



Der linke Rebell
als tragischer Held:
Alexis Tsipras im Porträt
Seite 11

Das menschliche
Leid hinter dem
Fünf-Euro-T-Shirt
6 Seiten ÖkoStandard



VIENNA CONTEMPORARY
24.-27.9.2015

Showrooms
Sankt Martin · Linz · Wien
Hamburg · London



STEININGER
DESIGNERS
www.steinger-designers.at

Bezahlte Anzeige

SA./SO., 19./20. SEPTEMBER 2015 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,50

Fluchtziel und Hoffnungsort Europa



Foto: Daniel Etter

1. September 2015, Röszke (Ungarn): Europa, so nah, so fern. Eine erschöpfte Gruppe von Flüchtlingen, die meisten von ihnen aus Syrien, in Ungarn nahe Röszke nach dem Grenzübertritt aus Serbien.

Wir hatten eine Schwerpunkt- ausgabe zum Thema Flüchtlinge für einen späteren Zeitpunkt geplant. Aber wir wollten auf die aktuellen Ereignisse reagieren und möglichst rasch Hintergründe liefern, warum so viele Menschen fliehen. Dass diese Bewegung erst jetzt eingesetzt hat, ist nur unser Eindruck in der Mitte Europas. **Daniel Etter** (Porträt Seite 38) begleitet schon



seit vielen Jahren Menschen auf der Flucht. Seine Bilder finden Sie auf zahlreichen Seiten dieser Ausgabe, die von **Lisa Nimmervoll** koordiniert und von **Simon Klausner** gestaltet wurde. Wir bringen viele konkrete Beispiele, wie sich Menschen für Flüchtlinge engagieren – als Anregung.

Alexandra Förderl-Schmid
Chefredakteurin

derStandard.at/Flucht

85 Prozent sind stolz auf Österreichs Hilfe für Flüchtlinge

Für 43 Prozent „zu viel des Guten“ getan
Umfrage zeigt wachsende Angst vor Terror

Linz – 85 Prozent der Österreicher meinen, dass Österreich stolz auf das sein kann, was unser Land für Flüchtlinge getan hat – mehr als jeder Zweite von diesen bekundet sogar sehr großen Stolz. Besonders ältere Befragte stimmen dieser Aussage zu – eher zurückhaltend sind Grün-Wähler, die sich noch mehr Engagement wünschen würden, erläutert David

Pfarrhofer vom Linzer Market- Institut, das die Umfrage für den STANDARD durchgeführt hat.

Er verweist darauf, dass viele Befragte „sozial erwünschte“ Antworten geben – etwa Mitleid mit Bootsflüchtlingen bekunden. Andererseits gebe es aber eine gar nicht so kleine Minderheit von 43 Prozent, die meint, dass Österreich schon „zu viel des Guten“ für die Flüchtlinge tue. 62 Prozent beklagen übertriebene Großzügigkeit, 63 Prozent fürchten einen Zustrom von Terroristen. (red)

Seite 14, Gastkommentare Seiten 46, 47
Kommentar Seite 48

Kündigung älterer Arbeitnehmer soll deutlich teurer werden

Wien – Der Abbau von älteren Mitarbeitern dürfte für die Arbeitgeber künftig deutlich teurer werden. Bei Mitarbeitern über 60, die schon länger im Betrieb waren, soll die Auflösungsabgabe auf 2600 bis 2800 Euro steigen, erfuhr DER STANDARD in Koalitionskreisen. Bei jungen Mitarbeitern soll sie etwas sinken – von derzeit 118 auf rund 90 Euro. Dazwischen ist eine Staffelung nach Alter und Betriebszugehörigkeit geplant.

Auch bei der sechsten Urlaubswoche für Arbeitnehmer mit mehr als 25 Jahren Berufserfahrung hat man sich angenähert. Die Arbeitgeber bekamen im Rahmen eines größeren Arbeitsmarktpakets zusätzliche Förderungen, wenn sie Arbeitslose einstellten, und flexiblere Arbeitszeitmodelle. (red)

Seite 15, Kommentar Seite 48

HEUTE

Kopf des Tages

Die österreichische Anthropologin **Elisabeth Oberzaucher** erhielt in Harvard den Ig-Nobelpreis für kuriose Forschung. **Seiten 41 und 48**

„Wir haben eine Chance“

Für Italiens Außenminister Paolo Gentiloni gibt es einen Schimmer Hoffnung für einen politischen Übergang in Syrien. **Seiten 9, 10, 48**



Das 108 Seiten starke Magazin liegt bei oder ist bestellbar unter aboservice@derStandard.at

Westen: 9 bis 18°	Süden: 13 bis 20°	Norden: 11 bis 21°	Osten: 14 bis 22°
----------------------	----------------------	-----------------------	----------------------

Wetter 42



ZITAT DES TAGES

„Je elitärer Wien wird, je näher man an die Spitze kommt, umso spießiger wird es. Aber dort, wo Wien schön durchmischt ist – dort ist es frei.“

Ernst Molden, Musiker Anders gefragt Seite 22

STANDARDS

Finanzen & Märkte	33
Sport	35, 36
Veranstaltungen, Kino	42, 43
Medien/Wissenschaft	41
TV, Switchlist	44, 45
Kolumne Paul Lendvai	46
KarrierenStandard	10 Seiten
ImmobilienStandard	10 Seiten
Rätsel, Sudoku, Freizeit	18

Hier ist der Westen

„Die wichtigste Ingredienz der Verhetzung ist nach wie vor der Fremdenhass.“ Dieses Zitat von Simon Wiesenthal, dem Sucher nach Gerechtigkeit in der Welt der NS-Verbrechen, ist ein Motto in der neuen Wiesenthal-Ausstellung im Wiener Jüdischen Museum. Eine wichtige Erinnerung angesichts der Fremden, die zu Tausenden über unsere Grenzen kommen und zum Teil auch bleiben werden.

Aber damit ist es nicht getan. Die Flüchtlinge kommen aus einer Kultur mit zum Teil ganz anderen gesellschaftlichen Grundwerten. Das wurde hierzulande – und im Großteil Europas – anlässlich der großen ersten Einwandererwelle vor Jahrzehnten vernachlässigt oder verdrängt. Heinz Buschkowsky, der ehemalige streit-

bare SPD-Bürgermeister des Berliner Stadtteils Neukölln, drückte es so aus: „Es geht hier um Haltungen, Werte und tradierte Kulturriten. Ein feudales Patriarchat, Akzeptanz von Gewalt innerhalb der Familie, die Unterordnung der Frau ... All diese Dinge stehen mit dem Menschenbild unserer Gesellschaft auf Kollisionskurs.“

RAU

Wenn tausende Syrer oder Iraker neu hinzukommen, wird man diesmal von Anfang an klar sagen müssen: Hier ist es anders, hier gelten die Werte der Aufklärung und der Moderne. Hier geben einander Frauen und Männer die Hand, hier sind arrangierte Ehen (obwohl es sie gibt) nicht in Ordnung. Hier steht der Clan nicht über dem Recht. Hier ist der Westen.

#nichtderstandard

Der Technik.

Der Platine. Der Computermaus. Der Bandbreite. Der Elektronik. Der Datenautobahn. Der Maut. Der Überholspur. Der E-Mail. Der Firewall. Der Automatisierung. Der Software. Der Hardware. Der Mailbox. Der Message. Der Site. Der Webcam. Der Domain. Der Hochfrequenz. Der Zahl. Der Eisenbahn. Der Autobahn. Der Straßenbahn. Der Batterie. Der Leistung. Der Planung. Der Cloud. Der Telekommunikation. Der Installation. Der Innovation. Der Applikation. Sie merken schon: Technik ist definitiv auch weiblich.

Deswegen begeistert Kapsch seit jeher interessierte Mädchen und Frauen für technische Berufe. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Programmen, wie beispielsweise „FIT – Frauen in Handwerk und Technik“. Zudem gibt es für Kapsch Mitarbeiterinnen vielfältige Initiativen, um ihre Karriere im Unternehmen zu fördern. Alles in allem ein Engagement, das noch nicht überall der Standard ist, aber hoffentlich schon bald alle **always one step ahead** bringen wird.



www.kapsch.net

kapsch >>>

Bezahlte Anzeige

Die EU zwischen Abschottung und hohen Rechtsstandards



Foto: Daniel Etter

12. August 2015, Kos (Griechenland): Ein syrischer Flüchtling wäscht seine Tochter an einem Strand im Hafen von Kos – für viele andere ebenfalls die erste Station in Europa. Fotografiert wurden die beiden von Daniel Etter, der seit Jahren die Schauplätze der globalen Flüchtlingskrisen dokumentiert.

Schönes, schreckliches Europa

Die EU ringt bisher vergebens darum, eine einheitliche Antwort auf die Flüchtlingskrise zu finden. Dabei war die Union in den vergangenen Jahren alles andere als untätig. Warum tun sich die Staaten dann so schwer, gemeinsam zu handeln?

András Szigetvari aus Brüssel

Zu den besonders aufrüttelnden Bildern der vergangenen Tage zählt ein Foto aus Röszke an der serbisch-ungarischen Grenze. Darauf zu sehen sind Polizisten in Kampfmontur, die Tränengas auf Flüchtlinge sprühen. Genauso symbolhaft war ein Bild, aufgenommen beim Wiener Westbahnhof, auf dem freiwillige Helfer zu sehen sind, die Schlange stehen, um Kleider und Lebensmittel für Flüchtlinge abgeben zu können. Europa zeigt in seinem Umgang mit der Asylkrise zwei Gesichter: eines der Abwehr und eines des Willkommens.

In Brüssel und Straßburg, am Sitz der wichtigsten EU-Institutionen, war das nicht anders. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hielt vergangene Woche im EU-Parlament in Straßburg eine bewegende Rede, in der er eindringlich zu mehr Solidarität in Europa aufrief. Juncker warb auch um mehr Verständnis für Flüchtlinge: „Stellen Sie sich nur für einen Moment vor, Sie wären selbst in dieser Lage, mit Ihrem Kind im Arm. Sie würden jeden Preis bezahlen, jede Mauer, jede Grenze zu überwinden versuchen, um dem Krieg zu entkommen.“ Da war es, das mitfühlende Europa.

Vorwürfe und Streit

Nur wenige Tage später dominierte wieder Streit. Ein EU-Treffen der Innenminister in Brüssel, bei dem über die Aufteilung von 160.000 Asylwerbern beraten wurde, endete ohne Ergebnis, dafür aber in einem Reigen an gegenseitigen Vorwürfen. Mehrere ost-

europäische Staaten, darunter Polen und Ungarn, verhinderten eine Einigung. Der Eindruck, dass die EU in der Krise nicht handlungsfähig ist, hat sich damit in der Öffentlichkeit verstärkt.

Dabei hat die Union in den vergangenen 15 Jahren eine Reihe von Gesetzen erlassen, die überall einheitliche und geordnete Asylverfahren garantieren sollen. Die EU-Kommission nennt das stolz „gemeinsames europäisches Asylsystem“. So legt eine Richtlinie Mindeststandards dazu fest, wie Asylverfahren ablaufen müssen. Flüchtlinge müssen gehört werden, haben ein Recht auf unentgeltlichen Rechtsbeistand. Eine andere Regelung bestimmt, wann Länder Asyl gewähren müssen. Eine EU-Behörde, EASO in Malta, wurde beauftragt, laufend Informationen aus Krisenländern wie Syrien zu sammeln. Europa weit sollen Gerichte einheitliches Wissen darüber bekommen, wo Menschen verfolgt werden.

Doch ein Blick auf die Statistik zeigt, dass ein gemeinsames Asylsystem nur auf dem Papier existiert. Zunächst spielt es eine große Rolle, wo Asyl beantragt wird. 2014 gab es EU-weit 357.000 erstinstanzliche Asylentscheide. Im Schnitt erhalten 45 Prozent der Antragsteller Schutz. In Schweden lag diese Quote bei 80, in Deutschland und Österreich bei 40 Prozent. In Griechenland erhielten 15, in Ungarn gar nur neun Prozent der Antragsteller Schutz.

Der Grund für die unterschiedlichen Quoten liegt vor allem in nationalen Traditionen und der

Praxis vor Ort, sagt der Migrationsexperte Andrew Geddes von der Universität Sheffield. Wo Behörden ablehnend sind, helfen auch die Vorgaben aus Brüssel nicht, weil die EU nur Mindeststandards festlegt.

Auch sozial trennen die Länder Welten. EU-weit gibt es eine Richtlinie zu den Grundstandards für die Versorgung von Asylwerbern. 2011 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die belgischen Behörden aber verurteilt, weil sie einen Afghanen nach Griechenland zurückgeschoben hatten. Belgien handelte rechtswidrig, weil bekannt hätte sein müssen, dass die Zustände für Asylwerber in Griechenland untragbar sind, so der EGMR. Der Afghane wurde entgegen EU-Regeln in Haft genommen, durfte Sanitäreinrichtungen nicht nutzen. Die Rechte von Asylwerbern werden also auch von Unionsländern systematisch verletzt.

Alle 28 EU-Länder haben eigene Regeln über den Arbeitsmarktzugang. In Österreich dürfen Asylwerber nur als Saisonarbeiter, etwa in der Landwirtschaft, jobben. Auch Deutschland ist restriktiv. Am anderen Ende der Skala ist Schweden: Wer eine dauerhafte Stelle in dem Land findet, kann als Arbeitsmigrant bleiben, wenn sein Asylantrag abgelehnt wird.

Auch die finanzielle Hilfe ist unterschiedlich. Asylwerber haben Anspruch auf Versorgung und Unterkunft. In Italien und Griechenland gibt es ansonsten keine Geldleistungen. In Deutschland wird 140 Euro Taschengeld pro

Monat ausbezahlt, in Österreich 40 Euro. Deutlich wird aus einer Untersuchung der EU-Kommission, dass Asylwerber nirgendwo viel bekommen. Warum wollen dann so viele Asylwerber in die Bundesrepublik? Immerhin 40 Prozent der Asylanträge im ersten Quartal 2015 wurden in Deutschland gestellt.

Laut Migrationsexpertin Sandra Lavenex von der Uni Genf sind soziale und wirtschaftliche Gründe nicht ausschlaggebend dafür, wohin Menschen fliehen. Die wichtigsten Faktoren seien Sicherheit und eine faire Behandlung. Die BRD hatte bis in die 1990er-Jahre ein Grundrecht auf Asyl in der Verfassung verankert. „Der Ruf Deutschlands als sicherer Asylstaat lebt bis heute fort“, sagt Lavenex. Hinzu kämen „Netzwerkeffekte“: Mehr Flüchtlinge kommen, weil schon viele da sind. Freunde und Familie werden nachgeholt.

Guter Ruf Deutschlands

Ein Kernproblem der europäischen Asylpolitik ist zudem, dass es keine Notfallmechanismen gibt, um mit dem Andrang fertig zu werden. Was es gibt, ist das Anfang der 1990er-Jahre entwickelte Dublin-System. Demnach ist jenes EU-Land für ein Asylverfahren zuständig, in das ein Flüchtling zuerst einreist. Mit Dublin sollte eine bessere Aufteilung erreicht werden, weil schon damals die meisten Flüchtlinge nach Deutschland wollten. „Dublin enthält aber keine Vorkehrungen für den Krisenfall“, sagt Lavenex.

Die EU-Staaten müssen daher inmitten der Eskalation Kompromisse suchen. Wobei die Allianzen wechseln und Staaten abwechselnd blockieren. Während

Österreich derzeit die Verteilung von Flüchtlingen unterstützt und welche aufnehmen würde, war man im Juli nicht dazu bereit.

Hätte die EU früher vorsorgen müssen? „Das wäre nicht gegangen“, sagt Migrationsforscher Geddes. Selbst jetzt, inmitten der Krise, gelingt kaum eine Einigung, „wie viel schwerer wäre das in normalen Zeiten gewesen“. Dass die EU-Staaten sich gegen eine verstärkte Zusammenarbeit querlegen, liegt laut dem Migrationsforscher an der heiklen Materie: „Es geht um Fragen staatlicher Souveränität und bei Asyl und Migration auch immer um nationale Identitäten. Kein Land will da Kompetenzen abgeben.“

Wobei punkto Abschottung an einem Strang gezogen wird: Alle EU-Staaten haben das Recht auf „Botschaftsasyl“ abgeschafft. Wer in der EU um Schutz ansuchen will, muss zuerst einreisen. Doch das wird immer schwieriger. Nicht nur an der ungarisch-serbischen Grenze wurde ein Zaun errichtet. Auch in den spanischen Enklaven Melilla und Ceuta in Marokko trennt ein sechs Meter hoher Zaun samt Stacheldraht Europa von Afrika. Griechenland hat eine zehn Kilometer lange Mauer zur Türkei gebaut. Seit 2013 wird das Mittelmeer im Rahmen von Eurosur aus der Luft und per Satellit überwacht, um Schlepperboote aufzuhalten. Die EU-Regeln für faire Asylverfahren repräsentieren Europas freundliches Gesicht. Die Zäune und Mauern symbolisieren die Abwehrhaltung. „Es gibt inzwischen einen ganzen Geschäftszweig, der sich mit Abschottung und Überwachung der Außengrenzen beschäftigt“, sagt Geddes. „Und das Business boomt.“



Die aktuelle Asylkrise im Lichte der Genfer Flüchtlingskonvention

Hart umkämpftes Schutzbekenntnis

Sie ist schon über 60 Jahre alt, gestritten wird in Europa aber nach wie vor um sie: Die 1951 von der Uno beschlossene Genfer Flüchtlingskonvention ist vor allem den neuen nationalistischen Bewegungen ein Dorn im Auge.

ESSAY: Irene Brickner

Die aktuelle europäische Flüchtlingskrise hat traurige, ja erschreckende Wahrheiten über die Realverfassung der EU an den Tag gebracht. Durch die tausenden den Kontinent auf der Suche nach Schutz anpeilenden und ihn durchquerenden Menschen aus dem Nahen Osten, Teilen Asiens, dem südlichen Afrika auf die Probe gestellt, scheint von dem bisher so schmückenden gemeinsamen Bekenntnis zu den Menschenrechten, die immer auch Flüchtlingsrechte sind, wenig überzubleiben.

Dort, wo man diesen selbstgesetzten Werten weiterhin folgt, findet nun bilaterales Krisenmanagement statt: etwa zwischen Österreich und Deutschland. Anderswo grenzt man sich national ein: etwa in Ungarn. So wird Flüchtlingsrecht relativiert. Es ist eine Frage der Substanz: Bringt die Asylkrise das gemeinsame Friedensprojekt ins Wanken? Oder schafft es Europa, also die Europäische Union, in der größten Flüchtlingskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Vorgaben der Genfer Flüchtlingskonvention und des New Yorker Protokolls zu erfüllen?

Tatsächlich geht es auch heute, angesichts der vielen Schutzsuchenden in Europa, wieder um Einhaltung oder Nichteinhaltung der 1951 von den Vereinten Nationen beschlossenen und 1967 durch das New Yorker Protokoll erweiterten Genfer Flüchtlingskonvention. Nach wie vor ist sie die Messlatte jeder Flüchtlingspolitik, auch der Asylpolitik der EU.

Zwar wurde die Konvention, der 147 der weltweit 193 Staaten angehören, in den Jahrzehnten seit der Ausrufung vielfach als überholt bezeichnet. Dass sie zwecks Erneuerung nicht aufgeschnürt wurde, hängt mit der Einschätzung von Menschenrechtsexperten zusammen, ein ähnlich relevantes Papier wäre heute nicht mehr durchsetzbar. Mit ihrem inhaltlichen Schwerpunkt und Wortlaut scheint sie die asylpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts jedenfalls zu verfehlen.

Dennoch ist sie zentrales, weil einziges Bekenntnis der Weltgemeinschaft zum Schutz Verfolgter: Menschen, die gezwungen sind, die Heimat zu verlassen. Daher wird um ihre Auslegung nach wie vor gerungen. Im Exekutivkomitee des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR), der Hüterin der Flüchtlingskonvention, würden auch europäische Staatenvertreter, vielfach Innenminister, „viel darauf setzen, die Definition, wer Flüchtling ist und welche Flüchtlingsrechte auch Asylwerbern zukommen, möglichst zu verengen“, sagt Manfred Nowak, Menschenrechtsexperte der Universität Wien. Je restriktiver in den vergangenen Jahrzehnten die Asylpolitiken in Europa geworden seien, umso stärker sei auch dieser Druck geworden.

Brisantes Dokument

Doch was genau ist so brisant an einem Dokument, das, um zu klären, wer als Flüchtling zu gelten hat, über weite Strecken auf politische Ereignisse Mitte des 20. Jahrhunderts rekurriert? Das in weiterer Folge genau definiert, welche politischen und sozialen Rechte einem Menschen zukommen, der an seinem Fluchtziel bereits Schutz zuerkannt bekommen hat – was das heute zentrale Problem im Umgang mit Fluchtbewegungen, nämlich den Umgang mit Schutzsuchenden, nicht anspricht?

Die Wirkkraft liegt in dem Bekenntnis zum Schutz von Flüchtlingen als solchen. Flüchtling ist, wer sein Heimatland „aus wohlbegründeter Furcht, aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung“ verlassen musste, heißt es in der Konvention wörtlich. Mit ihrem Beschluss hatte die Weltgemeinschaft sechs Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine Lehre aus der fehlenden Aufnahmebereitschaft für die von den Nationalsozialisten verfolgten Juden gezogen.

Dass sechs Millionen Juden ermordet wurden, hatte auch damit zu tun, dass es nur beschränkt Schutz in anderen Ländern für sie gab. Und angesichts des damals beginnenden Kalten Krieges setzte die „freie Welt“ ein Zeichen gegen kommunistische Diktaturen.

Damit wurden entwurzelten Menschen, die meist als Gefahrenträger und Feinde betrachtet wurden, erstmals verbrieft Rechte zuerkannt: ein konfliktträchtiges Unterfangen, dem irrationale Befürchtungen entgegenstehen. Fakt sei, dass die bloße Präsenz von Flüchtlingen „archaische Ängste vor dem Fremden“ mobilisieren, sagt die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak.

Als „fremd“ gelte, wer „anders“, also ungewohnt, aussehe, von außerhalb komme, Landesgrenzen überschreite, andere Sprachen spreche – und daher „quasi als Eindringling in einen angenommenen nationalen Körper“ empfunden werde, erläutert Wodak, die jüngst ein Buch über *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean* veröffentlicht hat. Das sei auch im heutigen Europa so, wo vielfach weiterhin nur die nationalen Territorien, nicht die Union als Ganzes als Ort der Zugehörigkeit empfunden werden.

Klarer Auftrag

Den geschilderten Ängsten und Vorurteilen setzt die Flüchtlingskonvention den klaren Auftrag entgegen, Verfolgten Schutz zu geben: Wer direkt aus einem Gebiet komme, in dem sein oder ihr Leben in Gefahr sei, dürfe – unverzügliche Meldung vorausgesetzt – nicht wegen illegaler Einreise bestraft werden, besagt Artikel 31 der Konvention.

Aus diesem Artikel leitet die derzeitige ungarische Regierung unter Viktor Orbán ihr Recht ab, aus Serbien kommende Flüchtlinge mit Durchreiseabsichten als „illegale“ zu inhaftieren. Dass damit Menschen die Kriminalisierung droht, die einem Krieg entkommen sind und denen laut EU-Regeln eindeutig Schutz zukommt, wiegt weniger als nationale Schutzinteressen. Doch um Letztere zu stützen, behauptet man in Budapest – dem Wissen des UNHCR widersprechend – sowieso, die meisten Flüchtlinge hätten als „Wirtschaftsflüchtlinge“ lediglich Bereicherungsabsichten.

Überhaupt findet im Ringen zwischen Befürwortern und Feinden der Genfer Flüchtlingskonvention – in Österreich forderte die FPÖ in den vergangenen Jahren immer wieder ihre relativierende „Überarbeitung“ – manch Vernebelungsversuch statt. Die von Rechten immer wieder kommende Behauptung, auch „Wirtschaftsflüchtlinge“ hätten in der Praxis Chancen auf asylrechtlichen Schutz, entspricht keineswegs den Tatsachen: Wer auf der Suche nach Auskommen und Arbeit in ein anderes Land geht, unterliegt nicht dem Flüchtlings-, sondern dem Ausländerrecht. Da es nirgends in der EU Einwanderungsprogramme gibt, steht er oder sie in den meisten Fällen auf verlorenem Posten.

Auch der derzeit gängige Begriff „Kriegsflüchtling“ ist, asylrechtlich betrachtet, verwirrend, denn laut klassischer Lesart der Konvention ist Flucht vor Kriegshandlungen kein Asylgrund. Hier bietet in der EU eine Richtlinie „subsidiären Schutz“ (siehe Frage & Antwort Seite 5). Dass viele Syrer und Iraker in Europa dennoch Asyl bekommen, hängt damit zusammen, dass im Verfahren ihre Religion, politische Gesinnung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe im Vordergrund steht.

Als Angehörige „sozialer Gruppen“ erhalten in vielen Staaten Europas auch Homosexuelle und Frauen wegen Verfolgung Schutz – auf Grundlage einzelstaatlicher Regelungen. Die rechtliche Weiterentwicklung der Genfer Flüchtlingskonvention in Europa ist bemerkenswert, zu scheitern droht der friedensnobelpreisträchtige Kontinent vielmehr an kruden Vorurteilen und nationalistischen Egoismen.



Die Hüter der Genfer Flüchtlingskonvention sind auch in der aktuellen europäischen Asylkrise im Einsatz. Hier ein Mitarbeiter des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR an der griechisch-mazedonischen Grenze.



Cartier

CLÉ DE CARTIER
MANUFAKTUR-UHRWERK 1847 MC

SEIT 1847 ENTWICKELT CARTIER AUSSERGEWÖHNLICHE UHREN, DIE GEWAGTES DESIGN UND HOHE UHRMACHERKUNST PERFEKT MITEINANDER VERBINDEN. CLÉ DE CARTIER VERDANKT SEINEN NAMEN DER EINZIGARTIGEN KRONE, KLARE LINIEN UND EINE AUSDRUCKSTARKE SILHOUETTE SIND DAS RESULTAT BEACHTLICHER PERFEKTION UND BALANCE: EINE NEUE FORM IST GEBOREN.

Online-Bestellung: www.cartier.com 00 800 000 7474

Kritische Situation an kroatisch-serbischer Grenze

Kroatien schickt Busse Richtung Ungarn

Der kroatische Premier Zoran Milanović berief sich am Freitag auf die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und meinte, dass die Dublin-Regeln nicht mehr gelten würden. Flüchtlinge, die aus Serbien nach Kroatien kamen, wurden an die ungarische Grenze gebracht.

REPORTAGE: Adelheid Wölfl aus Zagreb

Salam alaikum“, sagt der Kroat mit der coolen Tropfen-Sonnenbrille scherzhaft. Er sitzt im Café Song an der Allee Dubrovnik, das vor dem Messegelände in Zagreb liegt, wo seit Donnerstag Flüchtlinge eintreffen. Hier sagt sonst niemand „Salam alaikum“, sondern „Bog“, was so viel wie „Grüß Gott“ bedeutet. Aber seit zwei Tagen ist alles anders. In das sonst so homogene Kroatien kommen erstmals viele Ausländer.

Helfer haben einige Flüchtlinge, die am Hauptbahnhof angekommen sind, abgeholt und zum Messegelände gebracht. Sie stehen nun vor dem Eingang der Betonhalle. „Die meisten Flüchtlinge sind schon wieder weg“, erzählt ein Polizist. „Die wollen hier nicht bleiben“, sagt auch die Flüchtlingshelferin. „Premier Milanović wird sie weitergehen lassen. Heute hat er ‚Fuck Schengen!‘ gesagt“, meint die schmale rothaarige Frau. „Fuck Schengen“ kommt bei Flüchtlingshelfern gut an. Aber „Fuck Schengen“ heißt übersetzt auch, dass Milanović so schnell wie möglich die Flüchtlinge loswerden will.

Zoran Milanović hat natürlich nicht wirklich „Fuck Schengen“ gesagt, aber am Tag zwei, nachdem erstmals Flüchtlinge nach

Kroatien gekommen waren, stellte der Premier fest: „Wir haben gezeigt, dass wir Herz haben, nun müssen wir uns besinnen, dass wir auch ein Hirn haben.“ Kroatien könne nur ein Transitland für die Flüchtlinge sein, mehr könne man nicht tun. Er berief sich auf die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und sagte, dass die Dublin-Regeln nicht mehr gelten würden, insofern werde man nun andere Regeln anwenden. Was er damit meinte, zeigte sich am Nachmittag: Laut kroatischen Medien wurden 20 Busse mit Flüchtlingen – etwa 1500 Personen – an die ungarische Grenze zurückgeführt. Die Flüchtlinge dachten dabei, dass die Busse sie nach Zagreb bringen würden. Medien zufolge kamen daraufhin aus Ungarn zahlreiche Busse und holten die Flüchtlinge an der Grenze ab.

Ungarn hat in der Zwischenzeit angekündigt, einen Grenzzaun entlang der 41 Kilometer langen ungarisch-kroatischen Grenze zu bauen. Und obwohl Kroatien alle sieben Grenzübergänge nach Serbien am Freitag geschlossen hat, kamen Flüchtlinge über die Felder, die Wiesen und die Wälder

nach Kroatien. Am Freitag haben sich mehr als 14.000 in Kroatien registrieren lassen, seit Mittwoch sind 17.000 angekommen.

Am Mittwoch hatte Milanović noch von einem Korridor Richtung Slowenien gesprochen, am Donnerstag hatte dann Innenminister Ranko Ostajić verkündet, dass die Flüchtlinge nicht weiter nach Slowenien gelassen würden, weil Kroatien die Schengen-Regeln einhalten wolle. Die widersprüchliche Interpretation der beiden hat wohl damit zu tun, dass der Innenminister zeigen will, dass Kroatien Schengen-reif ist – schließlich will man schon kommandes Jahr beitreten. Der Premier will hingegen dem Volk gefallen, in ein paar Monaten sind Wahlen, und die werden für Milanović äußerst knapp.

Die Situation in Tovarnik an der serbischen und in Beli Manastir an der ungarischen Grenze hat sich indes zugespitzt. Nach Beli Manastir kamen jene Flüchtlinge, die an der serbisch-ungarischen Grenze in Horgoš seit drei Tagen nicht weiterkönnen, weil Ungarn die Grenze dichtgemacht hat. „Wir wurden von der ungarischen Grenze abgeholt“, erzählt der junge Mann aus Aleppo, „dann sind wir mit dem Zug über Osijek nach Zagreb gekommen.“

Einige Hundert Flüchtlinge reisten bereits in der Nacht von Donnerstag auf Freitag nach Slowenien weiter. In Brežice nahe der Grenze wurden sechs Aufnahmehäuser eingerichtet.



Flüchtlinge kämpfen um einen Platz in einem Zug im kroatischen Beli Manastir, der sie nach Zagreb bringt.

Foto: EPA / Antonio Bat

KURZ GEMELDET

Jürgen Weise leitet künftig deutsches Migrationsamt

Berlin – Jürgen Weise, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, wird künftig auch das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) leiten, gab Innenminister Thomas de Maizière bekannt. Manfred Schmidt, bisher BAMF-Chef, hatte am Donnerstag seinen Rücktritt erklärt. Dem BAMF wird unter anderem vorgeworfen, mit einem Twitter-Eintrag den Zustrom von Flüchtlingen massiv verstärkt zu haben. (AFP)

Mittelmeer-Überfahrten im Winter kaum geringer

Genf – Die Zahl der Flüchtlinge auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa wird nach Einschätzung von Experten im Winter kaum geringer werden. „Wir erwarten keinen Rückgang, denn auch im vergangenen Jahr haben viele die Überfahrt gemacht“, sagte der Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM) am Freitag in Genf. (dpa)

Syrische Familie im Vatikan aufgenommen

Vatikanstadt – Die vatikanische Pfarrei Sant'Anna hat eine syrische Familie mit zwei Kindern aufgenommen. Untergebracht wurde die Familie in einer dem Vatikan gehörenden Wohnung in der Nähe des Petersplatzes, wie das päpstliche Almosenam am Freitag berichtete. Der Vatikan will noch eine zweite Flüchtlingsfamilie aufnehmen. (APA)

81.000 Flüchtlinge zogen durchs Burgenland

Bayern kritisiert Österreich, Faymann fordert Fünf-Milliarden-Euro-Hilfe für Lager rund um Syrien

Das Burgenland hat zwei turbulente Wochen hinter sich. Zwischen 4. und 15. September kamen, so zog Asyl-Landesrat Norbert Darabos (SPÖ) am Freitag Bilanz, 81.000 Flüchtlinge ins und durchs Land. „Eine enorme logistische Herausforderung.“ Die gibt es nun, zurück im Alltag, weiterhin. Die Quartierquote sei nunmehr erfüllt: 1742 Asylwerber beherbergt das Burgenland in Grundversorgung. Damit liege man aktuell bei 100,24 Prozent.

Das soll auch weiterhin so bleiben. 230 Plätze seien noch in Begutachtung, die katholische Kirche werde 200 weitere zur Verfügung halten. „Wir werden auch bei steigenden Asylanträgen unsere Verpflichtung erfüllen.“ Und sei es, wie Darabos ankündigte, mittels „Notverordnung“, um die bürokratischen Hürden bei Asylquartieren ein wenig zu senken.

In der Nacht auf Freitag wurden im Burgenland 300 Flüchtlinge aufgegriffen und mit Bussen weiter nach Wien transportiert. In Kärnten und Salzburg war die Lage laut Polizei ruhig. Am Grenzübergang Saalbrücke in Richtung Freilassing, wo am Donnerstag noch bis zu 400 Flüchtlinge auf die Einreise nach Deutschland warteten, befanden sich am Freitagvormittag keine Flüchtlinge. Laut der deutschen Bundespolizei wurden

am Donnerstag rund 3700 unerlaubte Einreisen von Flüchtlingen aus Österreich nach Deutschland registriert. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) warf Österreich am Freitag vor, europäisches Recht zu missachten. Anders sei es nicht erklärbar, dass massenhaft Personen, die weder ein Schengen-Visum vorweisen könnten noch als Flüchtlinge registriert seien, nach Bayern gelangen konnten.

Verstoß gegen EU-Recht

Österreich würde sich sowohl über die Schengen- als auch die Dublin-Verordnung hinwegsetzen. Die deutschen Kontrollen würden so lange bestehen bleiben, „bis in der EU wieder rechtmäßige Zu-

stände hergestellt sind“. Die Grenzkontrollen zwischen Salzburg und Bayern sorgten auch am Freitag wieder für umfassende Staus. Der fahrplanmäßige grenzüberschreitende Zugverkehr blieb unterbrochen. Seit Freitagfrüh werden aber wieder ÖBB-Züge übers Deutsche Eck – ohne Stopps in Deutschland – geführt.

In der Steiermark haben sich Einsatzkräfte und Rettungsorganisationen samt freiwilligen Helfern auf eine mögliche große Flüchtlingsbewegung an der steirisch-slowenischen Grenze vorbereitet. Am Grenzübergang Spielfeld wurden dutzende Zelte als Erstaufnahmestelle eingerichtet. 4000 Not schlafplätze stehen bereit. Am Freitag kündigte Innenministerin Jo-

hanna Mikl-Leitner (ÖVP) an, bis zu 30 „Spezialisten“ an die Schengen-Außengrenze zwischen Slowenien und Kroatien zu schicken, um Slowenien zu unterstützen. Das Land bereitet sich auf die Ankunft tausender Flüchtlinge vor, ob diese ungehindert weiter nach Österreich reisen dürfen, war noch unklar. In Österreich sind aktuell 1000 Soldaten im Grenzeinsatz, 600 helfen bei Verpflegung und Transport.

EU, USA und Golfstaaten

Kanzler Werner Faymann (SPÖ) forderte am Abend bei einem Treffen hochrangiger Sozialdemokraten in Wien ein fünf Milliarden Euro schweres Hilfspaket für Flüchtlingslager im Libanon, in der Türkei und in Jordanien. An dem Treffen nahmen Frankreichs Premier Manuel Valls, Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven, der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sowie Bürgermeister Michael Häupl teil. Die Summe soll nach Faymanns Vorschlag zu je einem Drittel von EU, USA und Golfstaaten gestemmt werden. Das Soforthilfepaket soll Faymanns Vorstellungen zufolge beim EU-Sonderrat am Mittwoch und im Rahmen der darauffolgenden Uno-Generalversammlung auf Schiene gebracht werden. (krud, wei)



Sozialdemokraten in Wien: Schwedens Ministerpräsident Löfven, Kanzler Faymann, der deutsche Vizekanzler Gabriel, Bürgermeister Häupl, Frankreichs Premier Valls, EU-Parlamentspräsident Schulz (v. li.).

Foto: AP/Zipak

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Flüchtlingskrise

System: Tot. Alternative: Keine

Die EU hält Flüchtlingsrechte im internationalen Vergleich hoch – und droht an der Asylkrise dennoch zu scheitern. Wie wird mit den Schutzsuchenden umgegangen? Warum versagt das Dublin-System?

FRAGE & ANTWORT: Irene Brickner

Frage: Politisch wird darüber gestritten, wie viele der Menschen, die derzeit auf eigene Faust nach Europa kommen, „Kriegsflüchtlinge“, wie viele „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind – gibt es tatsächlich verschiedene Gruppen von Flüchtlingen?

Antwort: Nein, laut der 1951 von der Uno verabschiedeten Genfer Flüchtlingskonvention, dem grundlegenden und wichtigsten Dokument über das Recht auf Asyl, gibt es nur Menschen mit und ohne Fluchtgründe. Wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung berechnete Furcht vor Verfolgung hat, ist ein Flüchtling. Armut und Verelendung gelten nicht als klassische Fluchtgründe (siehe Artikel Seite 3).

Frage: Stellt ein Flüchtling einen Asylantrag, ist er oder sie Asylwerber. Oft heißt es aber auch „Asylant“. Was stimmt?

Antwort: Der Ausdruck „Asylant“ wird seit Jahren von Rechten und Faschisten usurpiert. In ihm schwingt Ablehnung von Flüchtlingen mit. „Asylwerber“ – in Deutschland „Asylbewerber“ – ist der neutrale, korrekte Begriff.

Frage: In Österreich bekommen Asylwerber Grundversorgung. Was ist das?

Antwort: In der Grundversorgung erhalten Asylwerber und andere „hilfsbedürftige Fremde“ Verpflegung, Unterbringung und Hilfe, etwa bei Krankheit. Darüber hinaus werden jedem Asylwerber 40 Euro monatlich Taschengeld ausbezahlt – mehr nicht. Wer nicht in einer Unterkunft, sondern privat wohnt – also sich zu Marktpreisen einmietet –, bekommt einen Mietbetrag von 110 Euro monatlich in bar. Für die Verpflegung erhält ein privat wohnender erwachsener Asylwerber monatlich maximal 200 Euro.

Frage: Gibt es für Flüchtlinge EU-weit Grundversorgung?

Antwort: Obwohl die EU-Aufnahmerichtlinien die Mitgliedstaaten zu menschenwürdiger Versorgung verpflichten, sind die Regelungen von Land zu Land sehr unterschiedlich (siehe Artikel Seite 2). Das ist Teil des aktuellen Flüchtlingsproblems in der EU. Etliche Staaten, etwa im Baltikum, haben bislang keinerlei Strukturen für die Flüchtlingsversorgung.

Frage: Wie bezeichnet man einen Flüchtling, der Asyl bekommen hat. Welche Rechte und Pflichten hat er oder sie dann?

Antwort: Ein solcher Mensch ist ein „Asylberechtigter“ und hat gleiche Rechte wie Staatsbürger (vom Wahlrecht abgesehen) sowie unbegrenztes Aufenthaltsrecht.

Frage: Was geschieht, wenn ein Flüchtling kein Asyl bekommt?

Antwort: Hat er oder sie keine „klassischen“ Fluchtgründe, wäre aber im Fall einer Rückkehr an Leib und Leben bedroht, kann subsidiärer Schutz gewährt werden. Rechte und Pflichten entsprechen dann großteils jenen eines anerkannten Flüchtlings, der subsidiäre Schutz muss aber jährlich erneuert werden. Auch kann erst ein Jahr nach dessen Gewährung einen Antrag auf Familienzusammenführung gestellt werden, was ein Asylberechtigter

sofort tun kann. Ist eine Asylablehnung rechtskräftig, gibt es keine sonstigen Bleibegründe und ist das Heimatland zur Wiederaufnahme bereit, wird der abgelehnte Flüchtling dorthin abgeschoben.

Frage: Viele Flüchtlinge werden nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt, sondern in einen anderen europäischen Staat. Warum?

Antwort: Weil in der EU das Dublin-System gilt. Dieses trat 1997 in Kraft und besagt, dass jenes Land für die Abwicklung eines Asylverfahrens zuständig ist, in dem ein Flüchtling erstmals die Union be-

treten hat. Damit sollte garantiert werden, dass jeder Flüchtling in der EU ein Verfahren bekommt – aber eben nur ein einziges. Derzeit ist die Dublin-III-Verordnung in Kraft. Doch angesichts der aktuellen Lage gilt das Dublin-System bei immer mehr Experten und Politikern als tot. Grund dafür: Die Flüchtlinge, die keine legalen Einreisemöglichkeiten in die EU haben, konzentrieren sich in den für sie erreichbaren Dublin-Grenzstaaten. Ungarn, Italien und Griechenland sind überlastet.

Frage: Gibt es eine Alternative?

Antwort: Trotz der zum Teil dramatischen Lage bisher nicht. Eine Vereinbarung über Asylwerberaufnahmekoten in den EU-Staaten ist nicht mehrheitsfähig.

Frage: Welche Rolle spielt bei alledem das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen UNHCR?

Antwort: Als Hüter der Genfer Flüchtlingskonvention ist das UNHCR jene UN-Organisation, die sich um den Schutz von Flüchtlingen, innerstaatlich Vertriebenen und Staatenlosen kümmert. In der EU beschränkt sich ihr Mandat auf Regierungsmonitoring und -beratung. Auf griechischen Inseln und seit 14 Tagen in Serbien und Ungarn versorgt das UNHCR auch wieder Flüchtlinge.



Foto: Christian Fischer

Europa, wir kommen!
Es ist der Hoffnungsort vieler.

„DER STROMFRESSER MUSS RAUS!“
WIENERGIEBÜNDEL
BENEDIKT, WIEN 15

JETZT ENERGIEBERATUNG UND RED ZAC-GUTSCHEIN IM WERT VON 300 EURO GEWINNEN!
stromfresser-raus.at

RED ZAC
Elektronik. Voller Service.

Wien Energie
UNSERE KRAFT FÜR SIE.

Wien Energie, ein Partner der EnergieAllianz Austria.

Spielen Sie jetzt unser Stromfresser-Quiz und finden Sie heraus, wie viel Geld Sie mit energieeffizienten Elektrogeräten sparen können. Und mit ein bisschen Glück gewinnen Sie sogar eine Energieberatung inklusive Red-Zac-Gutschein im Wert von 300 Euro für ein neues, effizientes Gerät! Also: Gleich mitmachen auf stromfresser-raus.at

f t y g+ e www.wienenergie.at

Eine kleine historische Flüchtlingsgeschichte aus Ungarn und wie die Länder in Europas Norden sowie exemp

Als Ungarns Grenze eine Rettungslinie war

Die Geschichte des kleinen Dorfes Beloianisz

Wolfgang Weisgram

Nachdem der griechische Bürgerkrieg – eine heiße Variante des Kalten Krieges – 1949 zu Ende gegangen war, wurde umgehend die jahrhundertealte Balkanroute aktiviert. Die kommunistischen Kämpfer zogen sich zurück. Zehntausende waren schon zuvor auf der Flucht, um den „Umerziehungslagern“ der vom Westen unterstützten Regierungstruppen zu entgehen.

Die Kämpfer und ihre Familien suchten Schutz in den sogenannten Brüderländern der europäischen Sowjetzone. Seit 1948 gehörte Jugoslawien da nicht mehr dazu. Die beiden Alphamännchen Stalin und Tito waren aneinandergeraten, was auch ein Hauptgrund war für die Niederlage im griechischen Bürgerkrieg.

Der Weg nach Norden – die Führung der griechischen Kommunisten saß in Albanien, und viele flohen eher über das freundlichere Bulgarien – glich wohl ein wenig einem Spießrutenlauf. Bis sie dann an die vojvodinische Nordgrenze gelangten. Nach Horgoš zum Beispiel. Denn kaum waren sie drüben in Rösztke, waren sie bei Freunden. *Üdvözöljük a menekültek!* Refugees welcome, sozusagen.

Die südbalkanischen Bürgerkriegsflüchtlinge wurden nach einem Quotenschlüssel aufgeteilt. Einige Zehntausend kamen in der Tschechoslowakei unter und in Polen, wo die rund 15.000 Griechen hauptsächlich in Zgorzelec eine neue Heimat fanden – dem alten, nunmehr entdeutschen Görzitz, das ja auch einiges zu erzählen hätte von Krieg, Flucht und Vertreibung. Hier stand auch eine eigene Erziehungseinrichtung für griechische Kinder. Paidopolis nannte man die Stadt deshalb auch, Kinderstadt.

Ein Gutteil der zigtausenden griechischen – teils auch mazedo-

nischen – Flüchtlinge blieb aber auch in Ungarn. Erst – wie alle Flüchtlinge damals überall anders in Europa auch – in Lagern. Nach und nach aber fingen die Angekommenen an, sich umzuschauen, ob es nicht doch was gäbe, wo sie zusammenbleiben könnten. Ein wenig erhalten vom Eigenen im Fremden. Ein bisschen Sentimentalität in all der Predigerei zum Internationalismus in der sowjetischen Völkerverbundenheit.

Und so kamen die Griechen zu ihrem Griechendorf, dem Görögfalva südlich von Budapest. Am 6. Mai 1950, so exakt reicht die Erinnerung zurück, erfolgte der Spatenstich zum Bau einer neuen Siedlung – fast wäre man versucht zu sagen Kibbutz – für rund 400 Familien. Es entstand eine Tabakfabrik. Eine Kolchose, also eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, kam nicht infrage, dazu reichte das Ackerland nicht, obwohl Görögfalva auf durchaus reichem Grund errichtet wurde.

Aufsozusagen altgriechischem noch dazu. Denn die Gegend rund um das neu entstehende Görögfalva zählte zum nunmehr verstaatlichten Besitz der Familie Sina, die um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert aus dem Osmanischen nach Wien gezogen war. Die Baumwollhändler wandelten sich zu Bankiers, die unter anderem den in Athen tätigen Stararchitekten und späteren Ringstraßenvisagisten Theophil Hansen an die Donau holten. Das Bankhaus Sina war, rothschildgleich, eines der ganz großen, nicht bloß der Monarchie. In Ungarn machte es sich unvergesslich dadurch, dass es des Grafen Széchenyi Traum erfüllte und mit der Budapester Kettenbrücke die erste feste Donauquerung des Landes finanzierte.

Der schmucklos bloß Griechendorf benannten Siedlung in der Nähe der Donau wurde 1953, am 3. April, ein klingender, den Ohren der Kämpfer schmeichelnder Name verliehen: Beloianisz. Gehört – gewissermaßen verewigt – wurde damit der im Jahr zuvor hingerichtete Partisan Nikos Beloianisz, für dessen Begnadigung nicht nur zahlreiche Künstler – von Picasso bis Chaplin – intervenierten, sondern auch der des Kommunismus im Wesentlichen unverdächtige Charles de Gaulle.

Beloianisz ist mittlerweile ein unscheinbares ungarisches Dorf. So manche sind zurückgekehrt nach Griechenland. Viele aber sind doch geblieben und weitgehend Ungarn geworden. So, wie es eben immer ist in migrantischen Familien, denen die Zeit allmählich über das Heimweh wächst.

Eine Athén utca gibt es jedenfalls noch, parallel dazu verläuft aber, wie in jedem anderen ungarischen Dorf, eine Petöfi utca. Seit 1996 steht eine orthodoxe Kirche in Beloianisz, Oberhirte ist der in Wien sitzende Metropolit Arsenios. Eine griechische Volkstanzgruppe hält das Erbe hoch. Die sportlicheren Buben kicken. Im AEK Beloianisz FC. AEK heißt *Athlitiki Enosi Konstantinoupolios*. Dieser Name wäre dann aber eine andere – nein: eine weitere diesbezügliche – Geschichte.

„Denn kaum waren sie drüben in Rösztke, waren sie bei Freunden. *Üdvözöljük a menekültek!*“



23. Juli 2015: Aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea auf dem Frachtschiff SH 17 Stunden in einem 15 Meter langen Schlauchboot unterwegs, bis sie einen Notruf absetzten. Das vor

Nordeuropa plagt sich mit

Neben Deutschland zieht es immer mehr Flüchtlinge aus Finnland gelten als attraktiv. Vor allem Finnland wird den höchsten Ausländeranteil. Bis zum Zweiten Weltk

Andreas Stangl

Seit dem Beginn der Bewegung von Flüchtlingen aus Syrien sowie dem übrigen Nahen und Mittleren Osten haben Tausende Nordeuropa erreicht. Vor allem Finnland erwies sich dabei überraschend als das vermutlich beliebteste Zielland. Auch in Norwegen war der Andrang stärker als erwartet. Schweden hingegen, das bis dahin als eines der Hauptziele der Flüchtlinge gegolten hatte, verzeichnete auf hohem Niveau bisher einen vergleichsweise geringen Anstieg von Asylanträgen.

Im Innenministerium in Helsinki ging man für heuer bis vor kurzem von insgesamt 15.000 Asylanträgen aus – ähnlich wie in den vergangenen Jahren. Angesichts der unerwartet vielen Flüchtlinge, die nach ihrer Ankunft via Ungarn, Deutschland und Dänemark schnurgerade durch Schweden an der grünen Grenze im Bereich der grenzüberlappenden Doppelstadt Haparanda/Tornio Finnland erreichten, korrigierte das Ministerium seine Prognose für 2015 Mitte September auf bis

zu 30.000 Anträge. Auch diese Zahl könnte noch steigen.

Der vermutete Grund für das unerwartet hohe Flüchtlingsaufkommen in Finnland ist die Tatsache, dass es für Menschen aus bestimmten Ländern – allen voran dem Irak und Somalia – im Nord-europavergleich leichter ist, Asylstatus zu bekommen.

Inzwischen errichteten die Behörden in Nordfinland ein Auffanglager für Erstankömmlinge. Weitere provisorische Unterkünfte folgten an den Hauptverkehrsverbindungen in die Ballungszentren. Dort waren Mitte September alle existierenden Flüchtlingszentren weit über 100 Prozent ausgelastet, sodass die Anzahl der Zentren annähernd verdoppelt wurde. Während das zur Hauptstadtregion zählende Vantaa rasch in die Maßnahmen einwilligte, weigerte sich die westliche Satellitenstadt Espoo vehement, neue Flüchtlinge aufzunehmen.

Hingegen bot etwa ein Campingdortbesitzer in Lappland sei-

ne gesamte Sommerhäuschen-siedlung zur Unterbringung von Migranten an. Ähnliche Ansätze mit Sommerhäusern gibt es in Schweden seit mehreren Jahren. Das provokative Gedankenspiel eines Kommunalpolitikers, notfalls die Sommerhäuser von Familien vorübergehend vom Staat zu requirieren, brachte die rechts-extreme Szene, auch die offiziell als handzahn-patriotisch auftretenden Schwedendemokraten, zur Weißglut. Letztere dürften laut jüngsten Meinungsumfragen übrigens mittlerweile die stärkste politische Gruppierung in Schweden sein.

Die neue Situation in Finnland forderte nicht nur die Mitte-rechts-Regierung von Ministerpräsident Juha Sipilä, der zu Beginn der europäischen Flüchtlingskrise sein ehemaliges Familienheim in Oulu als Flüchtlingsunterkunft angeboten hatte. Sie stellte auch die teils gemäßigt-populistische, teils ultrarechte Partei der Finnen auf eine Zerreißprobe und strapazierte



Der Grenzzaun bei Rösztke zur serbischen Grenze.

Foto: APA / Herbert Oczerec

larisch in den ehemaligen Ostblockstaaten Tschechien, Slowakei und Polen mit der Flüchtlingsfrage umgehen



Maya. Von der libyschen Küste aus gestartet, waren 104 Menschen, darunter 25 Frauen und zwei Kinder, in einer privaten Initiative betriebene Rettungsschiff Sea-Watch und ein Frachter kamen ihnen zu Hilfe.

mit neuen Dimensionen

nach weiter in den Norden. Die skandinavischen Länder und immer mehr zum Zielland. Schweden hat mit 22 Prozent Krieg waren beide Länder typische Auswanderungsländer.

sogar das Verhältnis der sonst eng kooperierenden nordischen Länder untereinander.

Schwedens Außenministerin Margot Wallström erinnerte Finnland in ungewohnter Schärfe an seine historische Verantwortung und führte ins Treffen, dass das neutrale Schweden im Zweiten Weltkrieg ohne mit der Wimper zu zucken 70.000 finnische Flüchtlingskinder versorgt hatte. In Finnland kam die Wortspende Wallströms nicht sonderlich gut an.

Schweden schimpfte indes auf Dänemark, weil sich die dortige Regierung, offensichtlich hin- und hergerissen zwischen EU-Verantwortung und Druck der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, völlig unberechenbar verhielt und letztlich dann ohne viel Federlesens so gut wie alle aus Deutschland ankommenden Flüchtlinge nach Schweden weiterschleuste.

Norwegen, wo man für 2015 von 20.000 Asylanträgen ausgeht, kritisierte umgekehrt Schweden für die Weigerung, die Flüchtlinge vor der Weiterreise zu registrieren. Oslo und auch Helsinki erwägen deshalb die Einführung vorübergehender Kontrollen an der Grenze zu Schweden.

Schweden freilich kann für sich beanspruchen, im Norden bisher die größte Flüchtlingsverantwortung zu haben. 2014 verzeichnete Schweden einen Rekord von über 81.000 Anträgen – mehr als die anderen vier Mitglieder des Nordischen Rates zusammengerechnet. Die Quote von im Land lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beträgt mittlerweile fast 22 Prozent. Zum Vergleich: In Norwegen beläuft sich die Zahl auf 15,6 Prozent, in Dänemark 11,6 Prozent. Finnland ist mit 5,5 Prozent Schlusslicht.

Gelungene Integration
Was in Finnland relativ gut gelungen ist, ist die Integration von Flüchtlingen. Die sogenannten Ausländergettos, in denen es vor allem in Kopenhagen, Stockholm und Malmö in den vergangenen Jahren aus den unterschiedlichsten Gründen immer wieder teils schwere Krawalle gegeben hat, fehlen in Helsinki fast zur Gänze. In den kommenden Monaten und Jahren wird sich weisen, wie Skandinavien und Finnland mit

der hohen Anzahl von Flüchtlingen aus weit entfernt liegenden Ländern und Kulturen wie Syrien, dem restlichen Nahen Osten, Asien und Afrika zurechtkommt.

In der Historie mussten diese Länder meist nur Flüchtlingsbewegungen unter Nachbarn bewältigen. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist neben den finnischen Kriegskindern, von denen viele in Schweden blieben, die Umsiedlung von 400.000 Finnen aus Ostkarelien, das heute zu Russland gehört.

Schweden war nach dem Zweiten Weltkrieg auch mit einer Flüchtlingswelle aus dem 1945 von der Sowjetunion annektierten – oder, je nach historischer Lesart, okkupierten – Baltikum, aber auch aus Deutschland und anderen europäischen Ländern konfrontiert. Die meisten integrierten sich rasch und vollständig. Bis zum Zweiten Weltkrieg war die Situation im Übrigen noch umgekehrt: Da wanderten vor allem Schweden und Finnen jährlich noch zu Tausenden nach Nordamerika aus. Übrigens zum größten Teil als das, was man heute verächtlich „Wirtschaftsflüchtlinge“ nennt.

Flüchtlingsstreit in Prager Regierung

Erste Asylwerber aus Traiskirchen in Gabčíkovo

Gerald Schubert aus Prag

Grenzkontrolle!“ titelte die tschechische Tageszeitung *Lidové noviny* in großen Lettern und deutscher Sprache, nachdem Berlin vor einer Woche angekündigt hatte, das Schengener Abkommen wegen der Flüchtlingskrise auszusetzen. An den Kiosken mag der deutsche Aufmacher als Blickfang funktioniert haben, doch was die Bereitschaft betrifft, den freien Personenverkehr zu kippen, so sind auch die Tschechen nicht zimperlich: Angesichts der Bilder von provisorischen Zeltlagern und überfüllten Bahnhöfen in anderen Ländern sprachen sich in einer Umfrage des tschechischen Fernsehens jüngst 74 Prozent für Grenzkontrollen aus.

Ähnlich die Stimmung in der Slowakei: In Gabčíkovo, wo am Donnerstag die ersten syrischen Flüchtlinge aus Österreich eintrafen, hatten in einem nicht bindenden Referendum 97 Prozent gegen die vorübergehende Unterbringung von 500 Asylwerbern aus Traiskirchen gestimmt. Die slowakische Regierung ist strikt gegen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen verbindlichen Quoten und will auf freiwilliger Basis nur 100 Menschen dauerhaft Asyl gewähren.

Tschechiens Regierung glaubt ebenfalls, dass die Flüchtlinge ohnehin nicht im Land bleiben möchten, und argumentiert damit gegen einen fixen Verteilungsschlüssel: „Wie sollen wir tausende Menschen aufnehmen, die gar nicht bei uns sein wollen?“, fragt der sozialdemokratische Innenminister Milan Chovanec. „99 Prozent wollen nach Deutschland!“

Der Weg dorthin ist jedoch laut Hilfsorganisationen voller Hürden. Schutzsuchende, die in Tschechien aufgegriffen werden, würden häufig in Abschiebelager „mit eindeutigem Gefängnischarakter“ gesteckt, erklärt Martin Rozumek, Chef der Prager „Organisation für Flüchtlingshilfe“ im Gespräch mit dem STANDARD. Die Rechtsgrundlage für ihre Inhaftierung fehle jedoch meist, da eine Rückführung nach Ungarn oder gar Syrien derzeit keine Option sei. „Eine reine Abschreckungsstrategie also“, meint der Jurist.

Die meisten würden nach einigen Wochen einfach wieder freigelassen und setzen ihre Reise nach Deutschland fort. In der Regel seien sie dann ärmer als vorher: „Der Staat verrechnet pro Person und Tag 250 Kronen (circa neun Euro, Anm.) für die Unterbringung“, berichtet Monika Horáková von der Hilfsorganisation Hlavák, die auf dem Prager Hauptbahnhof Flüchtlinge mit Essen und Kleidung versorgt.

Freundliches Antlitz

Jiří Dienstbier, tschechischer Minister für Menschenrechte, plädierte am Mittwoch auf einer Pressekonzferenz in Prag dafür, in der Flüchtlingsfrage ein „freundliches Antlitz“ zu zeigen. Verbindliche Quoten lehnt zwar auch er ab, Tschechien könne aber freiwillig bis zu 15.000 Flüchtlinge aufnehmen – weit mehr als die 4300 aus dem Kommissionsvorschlag.

Das Nein des Innenministers kam prompt. Es handle sich um eine „persönliche Initiative“ Dienstbiers, erklärte Parteifreund Chovanec: „Ich wusste gar nicht, dass der Kollege eine so große Wohnung hat.“

Vor Europas Toren

Moralischer Appell aus Mittel- und Osteuropa

Gabriele Lesser aus Warschau

Angstverzerrte Fratzen, Hassparolen und Stacheldrahtzäune, um verzweifelte Flüchtlinge aus Kriegsgebieten von den eigenen Grenzen fernzuhalten: Nicht alle Menschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) sind mit diesem Bild ihrer Heimatländer einverstanden. „Wir stehen vor einer humanitären Katastrophe von außergewöhnlich großem Ausmaß“, mahnen knapp hundert Intellektuelle und ehemalige Spitzenpolitiker aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und den baltischen Republiken in einem offenen Brief an die eigenen Regierungen. „Hunderttausende Flüchtlinge [...] hoffen darauf, in unserem gemeinsamen Europa Zuflucht, Sicherheit und normale Lebensbedingungen finden zu können. Vor nicht langer Zeit sind wir es gewesen, die an die Tore Europas klopfen.“

Die Intellektuellen und Politiker, darunter die beiden Expräsidenten Polens Bronislaw Komorowski und Aleksander Kwasniewski, erinnern an die Solidarität als den fundamentalen Wert der EU. Im wiedervereinigten Europa sei es in den letzten Wochen

einer erneuten Spaltung gekommen. Sie habe eine moralische Dimension. Die Unterzeichner des Appells fordern Regierungen und Bürger zu praktischer Solidarität mit den Flüchtlingen auf.

Ob der Appell ein Nachdenken oder gar eine Kehrtwende der restriktiven Flüchtlingspolitik in den MOE-Staaten bewirkt, wird sich zeigen. Immerhin erkannten aber bereits Polens Medien, dass die bisherige Berichterstattung mehr Desinformation, Angst und dumpfe Xenophobie vermittelte denn solides Wissen. Schuld an dem Infodesaster sind auch rechtsnationale Politiker, die vor einer angeblichen „Islamisierung Polens“ durch die Aufnahme von ein paar Hundert muslimischen Flüchtlingen warnen, vor der angeblichen Einführung der Scharia und den künftig von Muslimen vollgepinkelten katholischen Kirchen.

Die EU-Kommission wiederum, die den Polen „Quoten“ aufdrücken wolle, bedrohe die Souveränität Polens, so wie es in Zeiten des Kommunismus Moskau getan habe. Rund 40 polnische Medien starteten nun die Infokampagne „Mehr Wissen, weniger Angst: Flüchtlinge in Polen“. Schirmherr und erste Informationsquelle ist das Ausländeramt Polens.

Syrier haben Afghanen von Platz eins der Flüchtlingsstatistik verdrängt

Es gibt mehr als einen Grund zur Flucht

Aus Syrien kommen täglich neue Kriegsflüchtlinge, aber auch jene in den „Warteräumen“, besonders in der Türkei, wollen weiter, um ein neues Leben im Westen zu beginnen. Die Menschen im Nahen Osten geben ihre Heimat auf, sie haben den Glauben an sie verloren.

ANALYSE: Gudrun Harrer

Eine irakische Facebook-Kampagne – mit bisher überschaubarer Anhängerschaft, aber man weiß, wie schnell sich das ändern kann – mit dem Namen „Ich wandere nicht aus“ zeigt, wie komplex die Verhältnisse sind, die nun endgültig aus dem Nahen Osten zu uns übergeschwappt sind. Im Bericht von Al-Arabiya über „Ich wandere nicht aus“ wird ein junger Mann in Nasiriya im Südirak vorgestellt: Er weiß von der Kampagne, bleibt jedoch dabei, dass er lieber heute als morgen gehen würde. Er könne aber seinen alten Vater nicht allein lassen.

Auch wenn die Lage in Nasiriya keineswegs automatisch auf jene anderer Flüchtlinge aus dem Irak oder anderswoher, die jetzt in Europa ankommen, übertragbar ist: Die Geschichte ist wohl auch ein Hinweis darauf, dass wir es zurzeit mit zwei unterschiedlichen Flüchtlingspopulationen zu tun haben: Menschen, die gehen müssen, um ihr nacktes Leben zu retten, und Menschen, die gehen, weil ihnen ihre Heimat keinerlei Hoffnung mehr gibt.

Bleiben sollen nur die einen

Und ein anderer Aspekt dieser Geschichte beantwortet eben gleich auch die Frage, was denn das Bleiben für manche so unerträglich macht, selbst in Gegenden, wo gerade kein Krieg ist:

Geht man auf die Facebook-Seite der Kampagne, dann wird man sie mit Zeichen und Bildern schiitischer Frömmigkeit garniert finden. Ein Sunnit, der diese Seite sieht, oder auch einfach ein irakischer Mensch, der in einer Welt ohne konfessionelle Kategorien oder religiöse Dominanz leben

will, wird das als folgende Botschaft lesen: Die religiösen Schiiten werden aufgerufen zu bleiben – um das Land endgültig zu übernehmen. Wenn der „Islamische Staat“, der andere Landesteile mit Krieg überzogen hat, einmal besiegt sein wird, ist noch lange nicht wieder alles gut im Irak.

Syrien, woher die meisten Flüchtlinge kommen – auch wenn man sich im Klaren darüber sein sollte, dass sich auch andere Araber in „Syrier“ verwandeln –, ist großflächig von Kampfhandlungen betroffen. Seit 2011 musste etwa die Hälfte der Bevölkerung ihre Wohnorte verlassen. Dass der Strom nach Europa in den vergangenen Wochen so angeschwollen ist, hat gleich mehrere Gründe.

Da gibt es tatsächlich eine Zunahme der Kämpfe zwischen dem Assad-Regime beziehungsweise dessen Hilfstruppen (vor allem der libanesischen Hisbollah) und verschiedenen Rebellengruppen: Beim Krieg aus der Luft nimmt das Regime keinerlei Rücksicht auf Zivilisten, aus manchen Gebieten, auch bei Damaskus, fliehen die Menschen vor allem vor den Bombardements. Dazu kommen die Blockade, die Aushungerung, die Krankheiten: Not, Elend, Tod.

Und neuer Schrecken ist noch zu erwarten wie etwa die große Schlacht um Aleppo. Aber das ist nicht der einzige Krieg, bei uns noch stärker wahrgenommen werden ja die stetigen Vorstöße des „Islamischen Staats“ (IS) – in die von den Kurden gehaltenen Gebiete im Norden, zurzeit auch im

Nordwesten bei Idlib, aber auch im Südwesten bei Deraa.

Der IS tritt oft als Profiteur der Kämpfe zwischen Regime und Nusra-Front auf, der Filiale von Al-Kaida in Syrien. Die Kämpfe zwischen IS und Nusra nehmen im Moment wieder zu. Das heißt ganz konkret: In Syrien findet zurzeit gleich auch noch der große Kampf um die Führung des internationalen Jihadismus statt.

Und dann gibt es noch den dritten Krieg: die Luftschläge der US-geführten internationalen Allianz gegen den IS, die sich ständig ausweiten – nun wird sich auch Frankreich beteiligen, das bisher nur im Irak Einsätze flog. Die Menschen fliehen nicht nur vor dem IS, sondern auch vor dem Luftkrieg gegen den IS.

Doch nicht alle Flüchtlinge kommen direkt aus den Kampfgebieten, viele haben Syrien schon vor Monaten oder sogar Jahren verlassen, um den Krieg in den Nachbarländern – Türkei, Libanon, Jordanien, um die am meisten belasteten zu nennen – abzuwarten. Doch das Ende ist nicht

nur nicht abzusehen, neue Flüchtlingsströme rücken ständig nach. Dass sich ihnen vermehrt syrische Mittelstandsfamilien anschließen, also Menschen, die Vermögen zurücklassen, verstärkt die Hoffnungslosigkeit aller: Niemand erwartet, dass in Syrien in absehbarer Zeit annähernd Normalität zurückkehrt. Ganz im Gegenteil, soeben tauchen wieder neue Akteure – etwa Russland – am Rande des Schlachtfelds auf.

Keine Hoffnung auf Anschluss

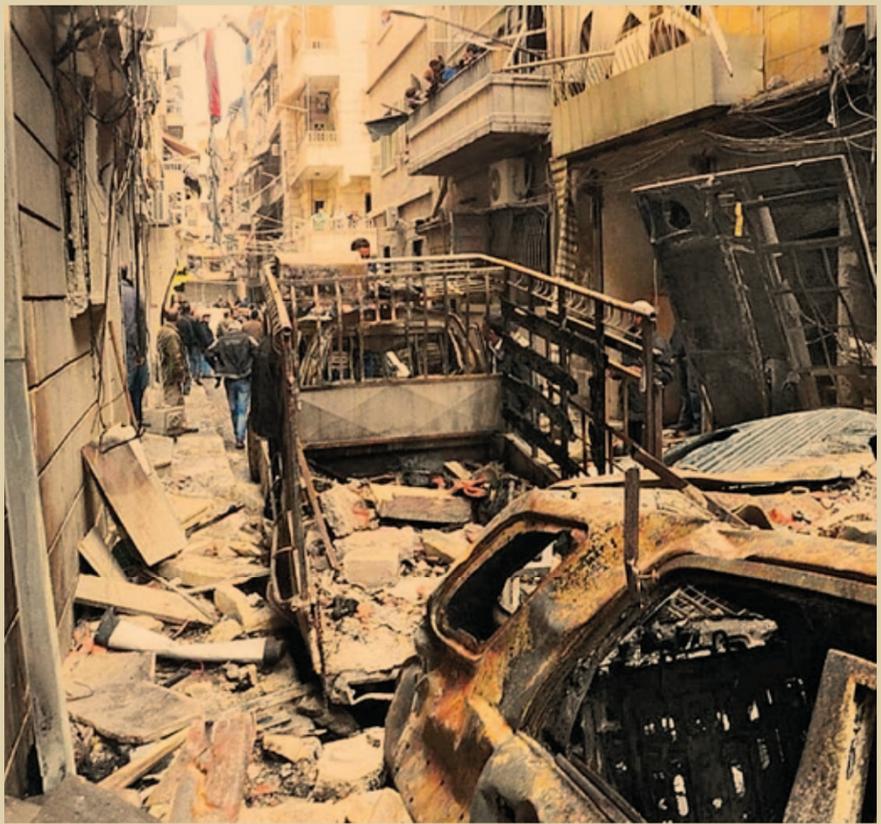
Die Syrier, aber auch die Iraker geben ihre Heimat auf, nicht nur physisch. 2003, nach dem Sturz Saddams Husseins, und noch einmal 2011 durch den Ausbruch des Arabischen Frühlings, gab es Hoffnung, dass die Region Anschluss finden könnte – in politischer, wirtschaftlicher, sozialer Hinsicht. Diese Hoffnung ist für die mittelbare Zukunft zerstört.

In den Kriegsjahren im Irak ab etwa 2005 war zu beobachten, dass Leute weggingen, sich jedoch die Option für eine Rückkehr offenhielten: Oft deklarierten sie ihre Flucht nicht einmal, schon allein deshalb, damit niemand ihr zurückgelassenes Eigentum als „frei“ ansehen konnte. Heute –

hört man, quantifizieren lässt sich das natürlich noch nicht – schließen mehr Flüchtlinge völlig mit ihrer Vergangenheit ab. Was sie haben, wird verkauft – da werden jetzt wieder ein paar Gesellschaftssektoren sehr reich –, auch um die immer teureren Schleperhonorare bezahlen zu können.

Sie sehen Europa nicht als Warteraum, sie kommen, um zu bleiben. Und es sind nicht die Schlechtesten. Was nichts daran ändert, dass auch die „Angry Young Men“ des Nahen und Mittleren Ostens im Strom mitwandern: Modernisierungsverlierer in ihren eigenen Ländern, durch lange Kriege Entwurzelte und Entkulturierte, die ihre Frustration – und den ihnen eingebläuten prämodernen Islam – mitbringen und, wenn sie ihrer Wut Ausdruck verleihen, als sozial nicht kompatibel angesehen werden.

Um sie besser zu verstehen, müsste man sich nicht nur die aktuellen Ursachen der Flucht, sondern jene für die Konflikte ansehen: natürlich die hausgemachten, aber auch jene angefangen vom Klimawandel über die Folgen der neoliberalen Wirtschaft bis zu den regional- und geopolitischen Machtspielen.



Eine von einem Raketenangriff im April verwüstete Straße in Aleppo: laut der syrischen Nachrichtenagentur Sana Folge der Kampfhandlungen zwischen IS und Nusra-Front.

Foto: EPA/Sana



Afghanistan und der ewige Krieg

Seit der sowjetischen Invasion 1979 folgt eine Flüchtlingswelle auf die andere

Es war einmal, da baten deutsche und österreichische Flüchtlinge in Kabul um Asyl, während des Ersten Weltkriegs, und, zugegeben, viele waren es nicht: Aus russischen Gefangenenlagern entkommen, hatten sie sich nach Afghanistan durchgeschlagen. Heute stellen die Afghanen die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe international – aber auf Platz zwei sind sie erst gerutscht, als sie von den Syrern verdrängt wurden.

Oft wird heute von einem „Dreißigjährigen Krieg“ im Nahen Osten gesprochen, in Analogie zum europäischen im 17. Jahrhundert: In Afghanistan sind die dreißig Jahre längst überschritten. Die erste große Flüchtlingswelle setzte 1979 ein, nach der sowjetischen

Invasion, die die alte Elite vertrieb. In den 1980er-Jahren fand der Krieg gegen die Sowjets statt, führend geschlagen von – von den USA gemeinsam mit Saudi-Arabien unterstützten – Islamisten. Diese setzten sich Mitte der 1990er in ihrer brutalsten Form, den paschtunischen Taliban, in Kabul durch: Wer sich nicht damit abfinden wollte, musste weg.

Nach 2001, als die USA infolge von 9/11 die Taliban gestürzt hatten, setzte eine Rückkehrbewegung nach Afghanistan ein. Aber die Hoffnungen der Heimkehrer und aller anderen, die glaubten, ein völlig neues Afghanistan aufbauen zu können, wurden bald frustriert. Seit dem offiziellen Auslaufen des internationalen Militäreinsatzes wird die Sicher-

heitssituation wieder schlechter, was wiederum zur Folge hat, dass sich auch die nach eineinhalb Jahrzehnten Aufenthalt in Afghanistan ermüdeten NGOs mit ihren Projekten zurückziehen. Sie waren auch Arbeitgeber.

Ausgebildet und arbeitslos

Der Krieg hat nie aufgehört. Auch die Hoffnungen auf einen politischen Neubeginn unter Präsident Ashraf Ghani haben sich nicht erfüllt. Gleichzeitig gibt es heute eine neue, nach dem Taliban-Sturz entstandene Schicht junger ausgebildeter Afghanen – ohne jede Perspektive.

Diesen Sommer hat mit großer Wucht eine neue Flüchtlingswelle eingesetzt, laut *New York Times* haben bereits im Juli, als es noch

nicht so schlimm war, 77.700 Afghanen die Türkei und Europa erreicht, im Vergleich zu 58.500 während des gesamten Jahrs 2014.

Die beliebteste, weil billigste Route, jene über den Iran, ist auch die gefährlichste, an der Grenze wird geschossen. Der Iran war besonders für schiitische Afghanen, die vor dem sunnitischen Extremismus flüchteten – im Teheraner Stadtbild fallen die vielen Hazara optisch auf –, erste Anlaufstelle. Laut UNHCR halten sich 950.000 Afghanen in der Islamischen Republik auf, in Pakistan sind es eineinhalb Millionen.

In beiden Ländern werden heute die afghanischen Flüchtlinge „ermutigt“ zurückzugehen. Etwa 140.000 sollen heuer Pakistan verlassen haben, hunderttausende



Eine Generation wandert aus: Afghanen in Deutschland.

Foto: AP / Matthias Balk

kamen in den letzten Jahren aus dem Iran zurück. Sie waren nicht die wirtschaftlich und sozial Erfolgreichsten in ihren Gastländern – und verstärken jetzt den existenziellen Druck auf die Jugend. Oft bringt eine Familie das Geld nur für einen auf: Nicht selten ist es der Jüngste, dem man den Neubeginn in Europa zutraut. (guha)

Wie der italienische Außenminister die Flüchtlingskrise einschätzt



Foto: Daniel Etter

17. August 2014, Khanaqin (Irak): Im Ali-Awa-Camp für Binnenflüchtlinge – „internally displaced people“ (IDP) –, in dem der Fotograf Daniel Etter dieses Mädchen beim Wasserholen fotografiert hat, leben 1200 Familien, darunter rund zehn Prozent Kinder, die jünger als drei Jahre alt sind.

„Sinnlos, die Augen zu verschließen“

Zwar entwickelt sich die Flüchtlingskrise schneller, als die Europäische Union darauf Antworten geben kann, dennoch ist Italiens Außenminister **Paolo Gentiloni** überzeugt davon, dass diese Herausforderung bewältigt werden kann. Erfolg werde man aber nur dann haben, wenn man das Problem gemeinsam und mitverantwortlich angeht.

INTERVIEW: *Flaminia Bussotti*

STANDARD: *Droht das europäische Projekt zu scheitern?*

Gentiloni: Das Risiko gibt es, auch wenn die EU zuletzt vorankam. Und zwar seit dem 18. April, als hunderte Menschen im Mittelmeer ertranken. Das war die Stunde null, danach war die Zuwanderung Topthema. Nun hat es EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf die Agenda gesetzt, und am Mittwoch wird es einen neuen Gipfel geben, aber die Krise ist viel schneller als die europäische Antwort.

STANDARD: *Gibt es Hoffnung, an der Krise zu wachsen?*

Gentiloni: Sie ist Bedrohung und Chance. Voraussetzung ist aber, wie Österreichs Kanzler Werner Faymann sagte, dass die Schuldzuweisung aufhört und man zu Mitverantwortung übergeht.

STANDARD: *Sind Quoten und Hotspots wirklich die Lösung?*

Gentiloni: Das ist selbstverständlich nicht genug, weil man die aktuelle Krise im Rahmen der 25 Jahre alten Dublin-Regeln nicht lösen kann. Diese allmählich zu überwinden heißt, Aufnahme, Asyl, Verteilung, Rückführung gemeinsam zu organisieren. Ein Kontinent mit 700 Millionen Einwohnern und einer, der zu den reichsten der Welt zählt, kann einige Hunderttausend Migranten jährlich verwalten.

STANDARD: *Europa ist ein zahnloser Tiger, was kann es in dieser schwierigen Lage tun?*

Gentiloni: In Zeiten des Multilateralismus geht es darum, diplomatische und wirtschaftliche Lösungen zu finden, und zwar mit Beteiligung Europas, der USA und der Länder der Region. Ich denke, wir haben eine Chance, wenn auch eine sehr zerbrechliche, auf eine Vereinbarung in Libyen. Und es gibt sogar einen Schimmer Hoffnung für einen politischen Übergang in Syrien.

STANDARD: *Ungarn schottet sich ab, und Kanzler Faymann zieht Nazi-Vergleiche. Stimmen Sie ihm zu?*

Gentiloni: Das Verhalten der ungarischen Regierung ist nicht im Einklang mit den EU-Grundsätzen. Man kann nicht nur den guten Teil nehmen und gleichzeitig verächtlich die Prinzipien ablehnen. Wir müssen einen Weg finden, diese Botschaft mit klaren Entscheidungen auf EU-Ebene umzusetzen.

STANDARD: *Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat viel Kritik geerntet für die zeitweilige Öffnung der Grenzen ...*

Gentiloni: Die Kanzlerin hat eine mutige Entscheidung getroffen. Ich habe nie an die „pull theory“ geglaubt, wonach manche Regierungsentscheidungen Flüchtlingsströme in Gang setzen können. Ich habe diese Theorien kritisiert, als sie

gegen Italien gerichtet waren, als wir die Rettungsoperationen auf hoher See durchführten; und ich kritisiere sie jetzt, wenn sie gegen Berlin gerichtet werden.

STANDARD: *Dublin muss also reformiert werden?*

Gentiloni: Angefangen von den Krisensituationen, braucht man eine gegenseitige Anerkennung des Asylrechts. Jene, die in Italien Asyl erhalten haben, können auch anderswo aufgenommen werden. Wichtig ist eine gemeinsame Rückführungspolitik. Es ist sinnlos, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, dass über ein Drittel der Migranten in Europa Wirtschaftsmigranten sind. Für Rückführungen braucht man Ressourcen, wirtschaftliche und logistische Vorkehrungen, diplomatische Vereinbarungen. All das können zwei, drei Länder allein nicht schultern. Wir sind ein Stück Weg gegangen, aber es bleibt noch viel zu tun, und wir müssen uns beeilen.

STANDARD: *Die Visegrád-Länder lehnen Quoten ab, zum Teil auch die muslimische Einwanderung. Liegen sie falsch?*

Gentiloni: Wer sich weigert – und ich glaube nicht, dass es alle Visegrád-Länder sein werden –, irrt sich. Ich respektiere natürlich unterschiedliche Meinungen, aber ich sehe nicht ein, warum man Solidarität verweigern sollte, die man in ein paar Jahren oder Mona-

ten vielleicht selber benötigen würde. Was die Religion angeht: Sie als Kriterium zu nehmen würde der Logik von Asyl widersprechen.

STANDARD: *Manche sagen, die Osterweiterung 2004 war ein Fehler.*

Gentiloni: Die Erweiterung war ein großer strategischer Schritt, um aus der Teilung in zwei Blöcke herauszukommen. Heute stehen wir mit der Zuwanderung vor einer neuen politischen, strategischen Entscheidung – und es wäre ein trauriges Paradoxon, wenn sich gerade jene Länder, die Protagonisten und Begünstigte der vorherigen waren, dieser Herausforderung entziehen würden.

STANDARD: *Stimmen Sie einem Europa mit einem harten Kern zu?*

Gentiloni: Die Lösung liegt in der Vorstellung der Koexistenz von zwei konzentrischen Kreisen mit unterschiedlichen Integrationsebenen; aber gekennzeichnet durch Mitgliedschaft und den Glauben an Grundprinzipien.

STANDARD: *Mit der aktuellen Welle an Einwanderung fürchtet man die Infiltration durch Terroristen ...*

Gentiloni: Wachsamkeit in allen Richtungen ist geboten. Die Geschichte dieser Monate lehrt uns aber, dass Terrorbedrohungen nicht nur von außen kommen können, sondern auch von Menschen, die bei uns leben.

PAOLO GENTILONI (60) ist italienischer Außenminister. Der Politologe war zuvor Lokalpolitiker, Journalist und 2006 bis 2008 Kommunikationsminister.

Langversion derStandard.at/Italien



Künstler steigen auf Krisenhilfe um

Bis vor wenigen Wochen wurden in der Zieglergasse 92 im siebenten Bezirk Wiens noch Lesungen, Ausstellungen und Poetry-Slams veranstaltet. Seit Anfang September werden die Räumlichkeiten des Vereins „Geheimer Kunstsalon“ jedoch nahezu rund um die Uhr dafür genutzt, um Hilfskonvois entlang von Fluchtrouten zu organisieren. Zunächst konzentrierte sich die Hilfe auf das ungarische Rösztke, derzeit wird Flüchtlingen in Tovarnik (Kroatien) und in Sid (Serbien) geholfen. Gut 50 Fahrzeuge voll mit Essen, Kleidung, Medikamenten, Hygieneartikeln und Decken wurden seither geliefert. Etwa 16 Leute, zum großen Teil Mitte 20, bilden das Kernteam des Kunstsalons. Via Internet, per Telefon und persönlich informieren sie über benötigte Hilfsgüter, nehmen diese in Empfang, geben Tipps für die Anreise und leisten direkt in den Krisengebieten Hilfe. (burg)
Telefon: 0676/630 94 86
www.soskonvoi.com



Paolo Gentiloni,
der Außenminister
Italiens.

Foto: APA/EPA/Hamzeh

Das mühsame Wurzelschlagen in einem fremden Land



13. August 2015, Kos (Griechenland): Ein Mann aus Pakistan betet an einem Strand der griechischen Insel Kos, nachdem er und andere Flüchtlinge die Überfahrt von der im Südwesten der Türkei gelegenen Stadt Bodrum aus auf einem Schlauchboot überlebt haben.

Foto: Daniel Etter

Die provenzalischen Schwaben

Eine Gruppe donauschwäbischer Flüchtlinge hat 1950 tatkräftig damit begonnen, ein kleines Dorf in Südfrankreich zu reanimieren, über das selbst der damalige Bürgermeister schon das Kreuz geschlagen hatte. Eine kleine, europäische Geschichte von Wirtschaftsmigration, Vertreibung, Flucht und Neuanfang.

Wolfgang Weisgram

Im Jahr 1950 war das kleine Dorf La Roque-sur-Pernes, wenn schon nicht tot, so doch todgeweiht. Gerade noch 17 Alte lebten in dem Dorf mit der mächtigen romanischen Kirche. Von den mehr als 1000 Hektar, die einst unter der sanften provenzalischen Sonne bewirtschaftet worden waren, waren noch 50 im Kulturbetrieb. Der Bürgermeister – Édouard Delebecque hieß er – schrieb gerade an einem Buch, das 1951 unter dem Titel *Un village qui s'éteint* erschien. Ein Dorf, das verlischt.

Um zu erzählen, warum es dann doch nicht so weit gekommen ist, muss man weit ausholen. Bis tief ins 18. Jahrhundert, als nach der Zweiten Türkenbelagerung 1683 ganz Ungarn und der Nordbalkan unter habsburgisches Szepter kam. 1718 wurden im Frieden von Passarowitz die habsburgisch-osmanischen Interessengebiete für die nächsten 200 Jahre abgesteckt.

Habsburg regierte damit über ein weites, aber weitgehend auch unkultiviertes, sumpfiges Land. In drei großen Migrationsbewegungen holte man deshalb zwischen 1722 und 1787 Zigttausende; Menschen, die sich später dann einmal als Donauschwaben eine Art Stammesnamen gegeben haben. Irrtümlicherweise wurde dieser Name aber stets eher auf „Schwaben“ betont als auf „Donau“.

Denn keineswegs zogen nur Schwaben nach Ungarn, in den

Banat, in die Batschka. Aus aller Herren Länder taten sie das, aber alle eben über die Donau. Die meisten vom Donauhafen Ulm weg in den berühmten Ulmer Schachteln.

Viele dieser „Schwaben“ stammten – nicht zufällig – aus Lothringen. Sie folgten dem Ruf ihres angestammten Herzogs (zu erzählen, warum dieser Franz Stephan das nicht geblieben ist, würde zu weit führen, nämlich mitten hinein in den polnischen Erbfolgekrieg), der als Gatte von Maria Theresia das Ansiedlungsprojekt in die Hand genommen hat.

Die erwies sich dabei als ein so goldenes, dass die habsburgisch-lothringische Privatschatulle reichlich gefüllt wurde. Unterstützt wurde Franz Stephan dabei vom Pressburger Wolfgang von Kempelen, dessen berühmter mechanischer „Schachttürke“ nicht nur Maria Theresia entzückte. Von Kempelens Ingenieurskunst ermöglichte erst die Trockenlegung des Banater Tieflandes.

Die Donauschwaben – ob sie nun Elsässer waren oder Lothringer, Pfälzer, Breisgauer, Italiener oder Franzosen – sind Auswanderer gewesen. Sie waren keineswegs die Einzigen, die sich damals aus dem kriegerischen Westeuropa auf Wanderschaft begaben. Viele zog es über den Atlantik, nicht wenige nach Russland. Diese Wanderer wurden gerufen. Manche gar bestochen: Habsburg bot Grund- und jahrelange Steuerfreiheit. Die Befreiung aus der

Leibeigenschaft lockte auch viel Know-how an die Donau und die Theiß. In der donauschwäbischen Exodusgeschichte dominiert freilich die Entbehrung. „Den Ersten der Tod“, erzählten und erzählen sie einander und jedem, der es hören wollte und weiterhin will, „den zweiten die Not, erst den dritten das Brot.“ Eine nicht speziell schwäbische migrantische Generationenperspektive.

Donauaufwärts retour

200 Jahre später sind aus den Nachkommen der einstigen Wirtschaftsmigranten mit einem Mal Flüchtlinge geworden, Vertriebene. Als Donauschwaben gerieten sie alle in den Strudel der Vergeltung für die nazistischen Gräueltaten, in die auch Landleute, aber keineswegs alle, involviert gewesen waren. Zu hunderten zogen sie, wie sinnbildlich, wieder donauaufwärts. Ihr erstes Ziel war Österreich. Aber nicht das letzte.

Eine Gruppe Banater – sie kamen aus dem rumänischen Banat, wo die Verfolgung allerdings nicht so umfassend war – entsann sich der Tiefe ihrer Ahnenreihe. Der aus Blumenthal/Maşloc/Mászlak stammende Jurist Johann Lamesfeld nahm die Sache in die Hand, gründete das „Komitee der aus Frankreich stammenden Banater“ und lag als dessen Präsident den französischen Besatzern nachhaltig in den Ohren.

Die waren durchaus offen, das Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv war penibel geführt, und somit konnten die nachrecherchierenden Offiziere nach Paris melden: Es stimmt. Unweit von Blumenthal gibt es sogar ein Mer-

cydorf, benannt nach dem Lothringer Claudius Florimund Graf Mercy, Prinz Eugens Gefährte und erster kaiserlicher Gouverneur von Temesvar.

Die französischen Besatzer halfen zunächst also, die vom Komitee namhaft Gemachten unter eigene Oberhoheit, sozusagen in Schutz vor allfälligem sowjetischem Zugriff zu bringen, in ein Lager ins Tiroler Kematen. Mit einem Brief, eingeklebt in die Tracht einer Banater Puppe, gelang es von dort aus, Kontakt mit dem französischen Premier aufzunehmen. Umgehend kam die Antwort von Robert Schuman: „Ich als Lothringer kenne die Geschichte der Banater.“

Von November 1948 bis April 1949 kamen also mehr als 10.000 Banater ins Elsass und nach Lothringen. Und wie alle Flüchtlinge standen auch sie, die da in Colmar herzlich willkommen geheißen wurden, vor der Herausforderung, neu anfangen zu müssen. Viele fanden Arbeit auf den elsässischen Weingütern, viele in den lothringischen Industrien.

Was aber sollten die Bauern tun? Eine Colmarer Zeitung brachte eine wöchentliche Beilage von und über die Banater, und in dieser wurde 1950 einmal auch diese Frage behandelt. Dass so mancher Tieflandbauer aus dem Osten auf der Suche nach Grund und Boden sei. Das las einer, den

es aus Lothringen in die Provence verschlagen hat. Mit der Zeitung in der Hand klopfte er bei Édouard Delebecque an, der gerade am Manuskript seines Abgesanges werkte. Und so entstand die Idee.

Eine Woche später schon war Lamesfeld bei Delebecque. Wieder wurde Schuman – mittlerweile Außenminister – eingeschaltet. Ein Prominentenkomitee machte Stimmung, sammelte Spenden.

Nach und nach bevölkerte sich das Dorf wieder. Die Schwaben

krepeln die Ärmel hoch, setzen die Ruinen im Ortskern instand, roden mehr als 200 Hektar, pflanzen 30.000 Obstbäume, legten Weingärten an. Nicht ganz 500 Menschen leben heute hier, in der Nähe von Avignon. Sind, no na, Franzosen. Sind aber doch auch, no na, Schwaben geblieben.

Peter-Dietmar Leber, Chef der deutschen Landsmannschaft der Banater Schwaben und auch ein Chronist des wieder erblühten La Roque-sur-Pernes, bringt das identitäre Dilemma – so es denn, was füglich bezweifelt werden darf, wirklich eines wäre – wunderbar auf den Punkt. Auf seine diesbezügliche Frage, so schreibt er, erklärte ihm eine alte La Roquerin unmissverständlich: „Wir sind Franzosen und bleiben Franzosen!“ Um wenig später in ebendieser Weise zu ihrem Mann zu sagen: „Du weißt doch, wie die Franzosen sind!“



Was die Österreicherinnen und Österreicher über die Flüchtlingskrise denken



21. April 2014, Sabrata (Libyen): Libyen ist eines der wichtigsten Transitländer für afrikanische Flüchtlinge und Migranten auf dem Weg nach Europa. Im Bild hat Daniel Etter eine Gruppe aus Eritrea in einem Haftzentrum in Sabrata, einem der libyschen Hauptschmuggelhäfen, fotografiert.

Schwere Kritik an EU und Regierung

Kann man zu viel helfen? Ja, meinen 43 Prozent der Österreicher über die Hilfe, die Österreich leistet. Nur elf Prozent erklären, dass eigentlich mehr für die Flüchtlinge getan werden müsste.

Conrad Seidl

Die Bundesregierung kann es nicht – und die EU kann es erst recht nicht. Das ist die klare Antwort, die 82 beziehungsweise sogar 89 Prozent der Wahlberechtigten in einer aktuellen Umfrage des Linzer Market-Instituts auf die Frage geben, ob die jeweilige Institution die Probleme mit den Flüchtlingen im Griff hätte.

Und: 47 Prozent sind voll und ganz der Meinung, dass die EU Österreich in der derzeitigen Situation allein lasse. Besonders ältere und weniger gebildete Personen üben starke Kritik an der EU-Flüchtlingspolitik.

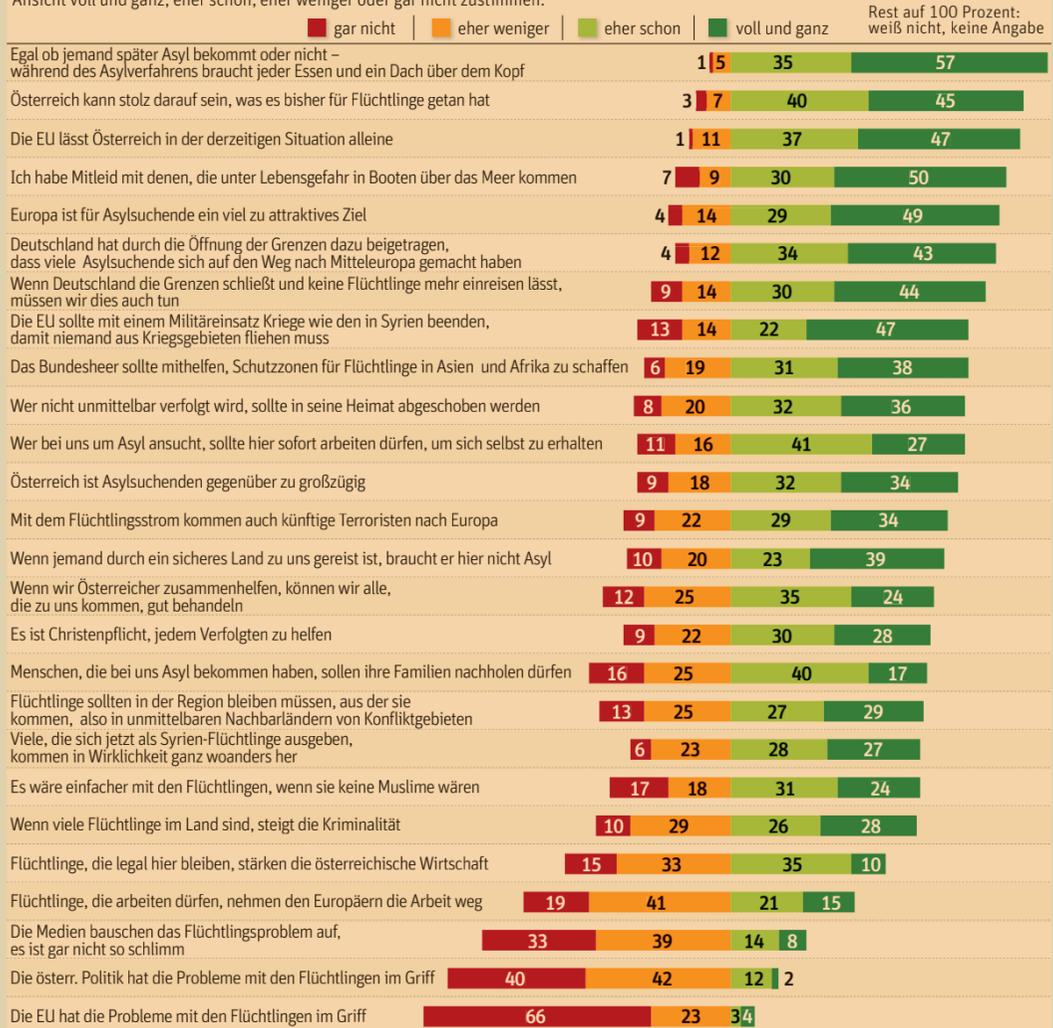
Gleichzeitig zeigt sich, dass die gestiegene Zahl der Flüchtlinge die Prioritätensetzung stark verändert hat: „Der Wunsch, dass Flüchtlinge gerecht in der ganzen EU verteilt werden sollten, rangiert jetzt als Topaufgabe für die Bundesregierung, gefolgt von dem Schutz vor Terror – noch im Juni lagen beide Themen hinter den Sorgen um Arbeitsplätze, dem Wunsch nach Steuerentlastung und der Forderung nach Ausbildung für alle Menschen unter 18 Jahren“, erinnert sich Market-Studienleiter David Pfarrhofer.

43 Prozent sehen zu viel Hilfe

Die in der Vorwoche durchgeführte Umfrage belegt auch: Die Österreicher sind zwar stolz auf die geleistete Hilfe – aber 43 Prozent sagen gleichzeitig, dass Österreich schon zu viel des Guten getan hätte. Die entsprechende Frage lautete: „Es haben sich ja verschiedene Staaten und Institutionen um Hilfe für die Flüchtlinge gekümmert. Wer hat da zu

Was die Österreicher über das Flüchtlingsproblem denken

Frage: Über Flüchtlinge gibt es ja unterschiedliche Ansichten. Ich lese Ihnen nun einige davon vor und bitte Sie, mir jeweils zu sagen, ob Sie dieser Ansicht voll und ganz, eher schon, eher weniger oder gar nicht zustimmen.



markto Telefonische CATI-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren. Erhebungszeitraum: 15.–17. September 2015. Ergebnisse in Prozent, n=400

DER STANDARD

wenig gemacht, wer hat gerade richtig agiert, und wer tut vielleicht zu viel des Guten?“ 41 Prozent sagten, Österreich agiere gerade richtig, elf Prozent sagten, es habe zu wenig getan. Für Deutschland lauten die Vergleichszahlen: 49 Prozent „zu viel“, 35 Prozent „gerade richtig“ und ebenfalls elf Prozent „zu wenig“. Und für das eigene Heimatbundesland sagen 28 Prozent, dass es zu viel für die Flüchtlinge tue.

Der Caritas unterstellen bei dieser Frage 27 Prozent zu viel Engagement, den ÖBB 25 Prozent und dem Roten Kreuz 21 Prozent.

Der STANDARD ließ weiter fragen: „Und wie ist das mit den politischen Parteien Österreich? Ich lese Ihnen nun die Parteien vor und bitte Sie, mir zu sagen, ob die jeweilige Partei derzeit im Großen und Ganzen das Richtige tut oder ob sie eher das Falsche tut.“

Von der Kanzlerpartei SPÖ sagen 41 Prozent, dass sie das Richtige tue, ebenfalls 41 Prozent sagen, dass die SPÖ das Falsche mache. Für die ÖVP, die die zuständige Innenministerin stellt, sind die Werte ähnlich: 41 Prozent sagen, sie tue das Richtige, 38 Prozent meinen, was die ÖVP tue, sei falsch. Bei allen anderen Parteien überwiegt die Einschätzung, dass diese Partei das Falsche tue. Das gilt für die FPÖ mit 52 Prozent beinahe im gleichen Ausmaß wie für die Grünen (47 Prozent) – obwohl diese beiden Parteien bekanntlich gegensätzliche Ansichten vertreten. Pfarrhofer: „Bei beiden Parteien sagen auch jeweils 31 Prozent, dass sie das Richtige täten – die Positionen der Grünen halten eben eher die höher Gebildeten für richtig, die der FPÖ eher die Bildungsfernen.“

Sechste Urlaubswoche und ein Bonus/Malus light

Hinter den Kulissen haben sich SPÖ und ÖVP beim Arbeitsmarktpaket schon weit angenähert.

Die Kündigung von älteren Mitarbeitern soll bis zu 2800 Euro kosten, dafür gibt es häufiger die sechste Urlaubswoche.

Günther Oswald

Wien – Vor den Landtagswahlen in Wien und Oberösterreich wird es wohl nicht mehr das Licht der Welt erblicken. Hinter den Kulissen ist sich die rot-schwarze Koalition bei den Eckpunkten für ein Arbeitsmarktpaket aber schon relativ einig.

Von einer klassischen Bonus-Malus-Regelung zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer hat man sich wie berichtet verabschiedet. Im Regierungsprogramm war noch angedacht, für jede Branche eine verpflichtende Quote an Mitarbeitern über 55 Jahren einzuführen. Wer die Quote übererfüllt, hätte einen Bonus bekommen sollen. Bei Unterschreitung hätte ein Malus bezahlt werden müssen.

■ **Auflösungsabgabe:** Stattdessen wird es nun eine gestaffelte Auflösungsabgabe geben, in Koalitionskreisen spricht man von einem „Kündigungsmalus“. Statt wie bisher pauschal 118 Euro muss ein Arbeitgeber dann also bei Kündigungen, Entlassungen und einvernehmlichen Trennungen eine von Alter und Dienstzu-



Lange wurde verhandelt: Nun könnten Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, VP-Chef Reinhold Mitterlehner, Kanzler Werner Faymann und ÖGB-Chef Erich Foglar (v. li. n. re.) den Sack zumachen.

gehörigkeit abhängige Auflösungsabgabe zahlen.

Die derzeit wahrscheinlichste Variante: Für junge Mitarbeiter dürfte sie auf rund 90 Euro sinken, ab 40 Jahren soll sie etwas höher sein als bisher, danach bis zum Alter von 55 „sanft ansteigen“. Wer über 55-Jährige abbaut, soll dann wesentlich stärker zur Kasse gehen werden. Im Gespräch ist eine maximale Abgabe von 2600 bis

2800 Euro. Die soll dann anfallen, wenn der Dienstnehmer über 60 ist und mindestens zehn Jahre im Betrieb war.

Insgesamt soll das Modell aber aufkommensneutral sein. Sprich, man will in etwa so viel einnehmen wie bisher, also 60 Millionen Euro pro Jahr. Allerdings, und das wäre neu: Die Mittel sollen zur Gänze dem Arbeitsmarktservice (AMS) zukommen (bisher gehen

50 Prozent in das Budget des Finanzministers).

■ **Mehr Mittel für Förderungen:** Das AMS würde im Gegenzug – das wäre sozusagen der Bonus für die Wirtschaft – die Mittel für die sogenannte Eingliederungsbeihilfe aufstocken. Diese Beihilfe können derzeit Firmen beantragen, die Arbeitslose anstellen, die zumindest sechs Monate ohne Job waren. Künftig soll aber auch der Be-

zieherkreis größer werden: Auch Menschen, die beispielsweise fünf Monate arbeitslos waren, könnten – so das AMS das für sinnvoll hält – gefördert werden.

■ **Sechste Urlaubswoche:** Recht weit ist man auch bei der sechsten Urlaubswoche. Derzeit gibt es die nur, wenn man 25 Jahre in einem Betrieb gearbeitet hat, künftig können mehrere Dienstverhältnisse zusammengezählt werden. Wer also mit 20 zu arbeiten beginnt und nie arbeitslos war, bekäme die sechste Woche mit 45 Jahren. Strittig sind noch die Vordienst- und Ausbildungszeiten. Die Arbeitnehmer wollen bis zu sieben Jahre angerechnet haben, das wird aber bei der ÖVP eher nicht durchsetzbar sein. Die Wirtschaft klagt ohnedies bereits, dass die sechste Urlaubswoche Mehrkosten von bis zu 400 Millionen Euro verursache.

■ **Flexiblere Arbeitszeiten:** Im Gegenzug bekäme man aber endlich die seit Jahren diskutierten flexibleren Arbeitszeiten. In Betrieben mit Gleitzeit soll dann eine tägliche Arbeitszeit von zwölf (statt zehn) Stunden möglich sein, auch bei Dienstreisen soll es weitere Ausnahmeregelungen geben.

Betont wird aber von allen Seiten: Finalisieren müsse das Paket die Regierungsspitze. Und: Einen Abschluss wird es nur für ein Gesamtpaket, nicht aber für Teilspekte geben. Wie berichtet sollen ja auch strengere Regeln für Arbeitslose mitbeschlossen werden. Wie es ein Verhandler sagt: „Wenn die andere Seite eine Rosine herausnimmt, nehmen wir auch eine heraus.“

Kommentar Seite 48

Salafisten am Westbahnhof

Islamisten als Flüchtlingshelfer – Verfassungsschutz beobachtet

Sie verteilten Schokolade und andere Süßigkeiten an ankommende Flüchtlinge am Wiener Westbahnhof: Unter den zahlreichen freiwilligen Helfern war auch eine kleine Gruppe von Salafisten auszumachen, die versuchten, mit Ankommenden ins Gespräch zu kommen – mit mäßigem Erfolg. Kaum ein Flüchtling hatte Zeit, sich auf Gespräche mit ihnen einzulassen. Verständlich, rekrutierte die Terrormiliz „Islamischer Staat“ doch einige ihrer Kämpfer aus den Reihen der österreichischen Salafisten-Szene.

Der Verfassungsschutz beobachtet diese Aktivitäten der radikalen Islamisten. „Sollte es einen Verdacht auf strafbare Handlungen geben, wird eingegriffen“, sagte Innenministeriumssprecher Karl-Heinz Grundböck zum STANDARD: „Der Verfassungsschutz ist aufmerksam.“

Der Salafismus ist eine religiöse und politische Bewegung im Islam, die nur

von einer kleinen Minderheit der Muslime getragen wird. Er sieht in der islamischen Rechtsprechung, der Scharia, die einzig legitime Staats- und Gesellschaftsform und lehnt dementsprechend westliche Demokratien ab. Die Übergänge zwischen politischem und dschihadistischem Salafismus, dem gewaltbereiten Zweig, sind fließend.

Auch in Deutschland tauchten Salafisten bei Flüchtlingsunterkünften und Bahnhöfen auf. Sie sprachen gezielt unbegleitete Jugendliche an, die ohne ihre Familien auf der Flucht sind und nach Anschluss und Halt suchen.

Dieser Art der Sozialarbeit gilt als Markenzeichen der Islamisten, die immer auftauchen, wenn junge muslimische Männer vor gravierenden, oft existenziellen Problemen stehen und dadurch empfänglich für ihre radikalen Botschaften sind. Eine starke Vereinfachung des Islam dient ihnen dabei als Vehikel.

Keine Hinweise auf Terrorkämpfer

Dass Salafisten auf Bahnhöfen mit IS-Terroristen in Kontakt treten, ist möglich, aber unwahrscheinlich. Es gebe keine Hinweise darauf, dass islamistische Terrorgruppen die Flüchtlingsströme nutzen, um Kämpfer nach Europa zu schicken, stellte Gerhard Schindler, Chef des deutschen Bundesnachrichtendienst (BND), vergangene Woche in einem Interview fest. Daran hat sich nichts geändert, sagte eine Sprecherin des Geheimdienstes im STANDARD-Gespräch.

Die Terrorkämpfer seien schlicht nicht darauf angewiesen, diese beschwerlichen und waghalsigen Wege auf sich zu nehmen, sie könnten einfach mit gestohlenen oder gefälschten Papieren in ein Flugzeug steigen. Die eigentliche Gefahr gehe nämlich nach wie vor von jenen aus, die Deutschland und andere europäische Länder verlassen haben, um sich in Syrien oder dem Irak dem Dschihad anzuschließen. (sum)



Unter die Helfer, die die Flüchtlinge am Wiener Westbahnhof empfangen, mischten sich auch ein paar Salafisten.

Foto: APA / Roland Schlager



HELFFEN WIE WIR

HELFFEN SIE MIT! ALLE INFOS AUF
helfenwiewir.at | ORF TELETEXT 685

EINE INITIATIVE DES ORF IN ZUSAMMENARBEIT MIT

Caritas
& Du

Diakonie

HILFEN

OSTERREICHISCHES
ROTES KREUZ

SAMARITERBUND

volkshilfe.

Eine Flucht aus Südmähren. Zum Umgang mit den Altösterreichern



17. August 2014, Khanaqin (Irak): Daniel Etter besuchte das Ali-Awa-Lager, in dem Menschen leben, die innerhalb des Landes als IDPs, als „internally displaced people“, auf der Flucht sind. Tausende sind aus der nahen Stadt Jalawla geflohen, wo kurdische Truppen gegen die Terrormiliz IS kämpften.

Foto: Daniel Etter

„Der letzte Zug ist ohne uns gefahren“

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden zehntausende Altösterreicher von Tschechen verfolgt, verjagt oder ermordet – aber im kriegszerstörten Österreich waren sie auch nicht willkommen. Ein Vertriebenenschicksal.

Conrad Seidl

Tracht war ein deutsch besiedelter Marktort in der Nähe von Nikolsburg, der das Pech hatte, 1918 an die Tschechoslowakei zu fallen. Und der 1945 das weitere Pech hatte, dass die tschechische Mehrheitsbevölkerung alles, was irgendwie deutsch erschienen ist, ausradieren wollte. Otto Richter, der Bäcker des Ortes, der auf der Landkarte seither Strachotín heißt, hätte man vielleicht noch eine Zeit gebraucht – wenn er seine Familie im einige Kilometer entfernten Auspitzer Lager internieren hätte lassen.

Das aber wollte das damals 46 Jahre alte Familienoberhaupt in Kenntnis der inzwischen bekannt gewordenen Gräueltaten (das national-kommunistische Terrorregime hatte kurz zuvor den „Brünner Todesmarsch“ in der Nähe vorbeigeführt) lieber nicht riskieren.

Daraufhin warf man ihn aus dem Haus und enteignete im Handumdrehen die Bäckerei. „Wir durften nur mitnehmen, was wir tragen konnten, der Vater hat gesagt: Dokumente, etwas Warmes zum Anziehen und einen Topf, damit wir uns unterwegs vielleicht etwas kochen können“, erinnert sich Tochter Dorothea, die damals 14 Jahre alt war.

Warme Strümpfe mitzunehmen, das hatte sie vergessen. Als sie nochmals ins Haus wollte, um die zu holen, hat sie der Sohn des neuen tschechischen Hausherrn angeblafft: „Raus da, das gehört jetzt alles mir.“

Bei einem tschechischen Bauern im Ort fand die Familie für einige Nächte Unterschlupf. Als der Hinterausgang eines Nachts nicht bewacht war, „sind wir um drei in der Nacht losgezogen, der Vater, die Mutter, die Schwester und ich. Mein kleiner Bruder war da schon an der Ruhr gestorben, die hat sich nach dem Brünner Todesmarsch in unserer Gegend ausgebreitet. Später haben wir erfahren, dass man den Bauern erschossen hat, weil er unsere Flucht begünstigt hätte.“

Die Flucht ging zuerst zur österreichischen Grenze, die am Vormittag erreicht wurde – „da sind wir gut aufgenommen worden, wir konnten essen und uns ausschlafen bei einem Greißler, der uns auch Wolle und Strickzeug für neue Strümpfe geschenkt hat.“

Aber wohin von dort? Wien (wo Verwandte gelebt haben) war zerbombt und von einer Hungersnot geplagt. In Bayern hatte die Schwester eine Bekannte, also ging es quer durch Niederösterreich („ein Stück hat uns ein Russe mit dem Auto mitgenommen“) zur Ennsbrücke, die damals Grenze der Besatzungszonen war, und in den Turnsaal einer Schule. Die Engländer verschenkten weißes Gebäck – das den Vertriebenen prompt bei einer der nächsten Übernachtungen auf einem Bauernhof wieder gestohlen wurde. Aber weiter, weiter. Nach Salzburg, zweimal übernachten im Hauptbahnhof. Weiter nach Freilassing. Weiter nach Pähl, wo der Bürgermeister die Geflüchteten für einige Monate in

einem von Nonnen bewirtschafteten Schloss untergebracht hat.

Dann der Kontakt zu einem Onkel in Wien: 1946 konnten Vater, Mutter und Tochter zu diesem Onkel in die Wiener Hetzgasse ziehen und einen Schlafplatz auf dem Boden finden, die Schwester blieb in Bayern. In Wien gab es zwar Zukunftshoffnung, aber nichts zu essen. Denn ohne ordentliche Wohnung keine Lebensmittelkarten – dafür der Wunsch

der mit den Altösterreichern gar nicht glücklichen Regierung, diese wieder nach Deutschland abzuschicken: „Wir mussten uns registrieren lassen und sollten nach Ulm gebracht werden. Aber der letzte Zug ist ohne uns gefahren.“

Also blieb man in Wien, der Vater fand Arbeit in einer Bäckerei – „da hat er immer etwas mitgebracht, das man tauschen konnte. Etwa gegen einen Anzug, den ihm eine

Nachbarin aus einer alten Decke genäht hat.“ Und endlich wieder in die Schule gehen, „ich hatte ja seit der zweiten Hauptschulklasse keinen Unterricht mehr gehabt“.

Österreicher waren die Altösterreicher damit noch lange nicht: „Der Vater musste ein halbes Jahr in den Wäldern an der Neunkirchner Allee arbeiten, dann hat er die Staatsbürgerschaft bekommen. 1000 Schilling hat die gekostet, damals ein Vermögen.“

AUF DER FLUCHT



„Wir packen das!“ in Eisenerz

Colette M. Schmidt

Zuwanderung ist kein Problem, unter dem das steirische Eisenerz zu leiden hätte. Im Gegenteil. Die Bergbaustadt ist ein Paradebeispiel für postindustrielle Abwanderung: 1956 zählte man über 12.000 Einwohner, heute nicht einmal 4300. Die Jugend geht fort, die Stadt hat österreichweit den höchsten Altersdurchschnitt.

Doch fürs Jammern ist Bürgermeisterin Christine Holzweber (SPÖ) nicht zu haben. „Wir waren die Ersten, die gesagt haben, wir stellen uns dieser Realität.“ Vor Jahren begann man den von Soziologen begleiteten geordneten Rückbau mit dem Abriss von Häusern. Aber man habe auch Zukunftsprojekte: etwa ein Forschungszentrum in stillgelegten Stollen

und ein nordisches Ausbildungszentrum. Auch wenn es freilich zu wenig Jobs gebe: „Der Erzberg steht in voller Blüte“, betont Holzweber, „dort wird so viel Erz abgebaut wie lange nicht, nur nicht mehr unter Tage und mit weniger Arbeitern“. Eine alte Arbeitersiedlung wurde zum Tourismusprojekt. In Leerstände, wie jene, die das Alternativfestival Rostfest mit Urban Camping bespielt, können aber keine Flüchtlinge ziehen – sie hätten weder Strom noch Wasser.

Keine Untergriffe

Doch in eine andere Siedlung sollen im Oktober rund 45 Flüchtlinge einziehen. Mittwochabend lud die Stadtchefin zum Infoabend. Rund 300 kamen. „Es gab eine faire Diskussion“, sagt sie, „ich habe gesagt, jeder kann reden, solange er will, wenn es keine Untergriffe gibt.“ Am Ende sei

„der überwiegende Teil positiv gewesen, viele haben sich in Listen zum Helfen eingetragen“, so Holzweber zuversichtlich. Aus dem Rostfest-Umfeld gab es schon im Vorfeld eine Facebook-Initiative für die Aufnahme von Flüchtlingen.

Holzweber räumt aber ein: „Ein Teil ist noch abwartend. Ich habe auch klar gesagt, wenn jemand nicht helfen will oder kann, wird er nicht schief angeschaut. Aber ich fordere, dass auch die, die helfen wollen, nicht schief angeschaut werden.“ Man sei auch im Austausch mit der Nachbargemeinde Vordernberg, wo das – mittlerweile geteilte – Schubhaftzentrum steht. Dort gebe es gute Erfahrungen. Auch wenn 75 nach Eisenerz kommen sollten, ist Holzweber sicher: „Wir packen das!“

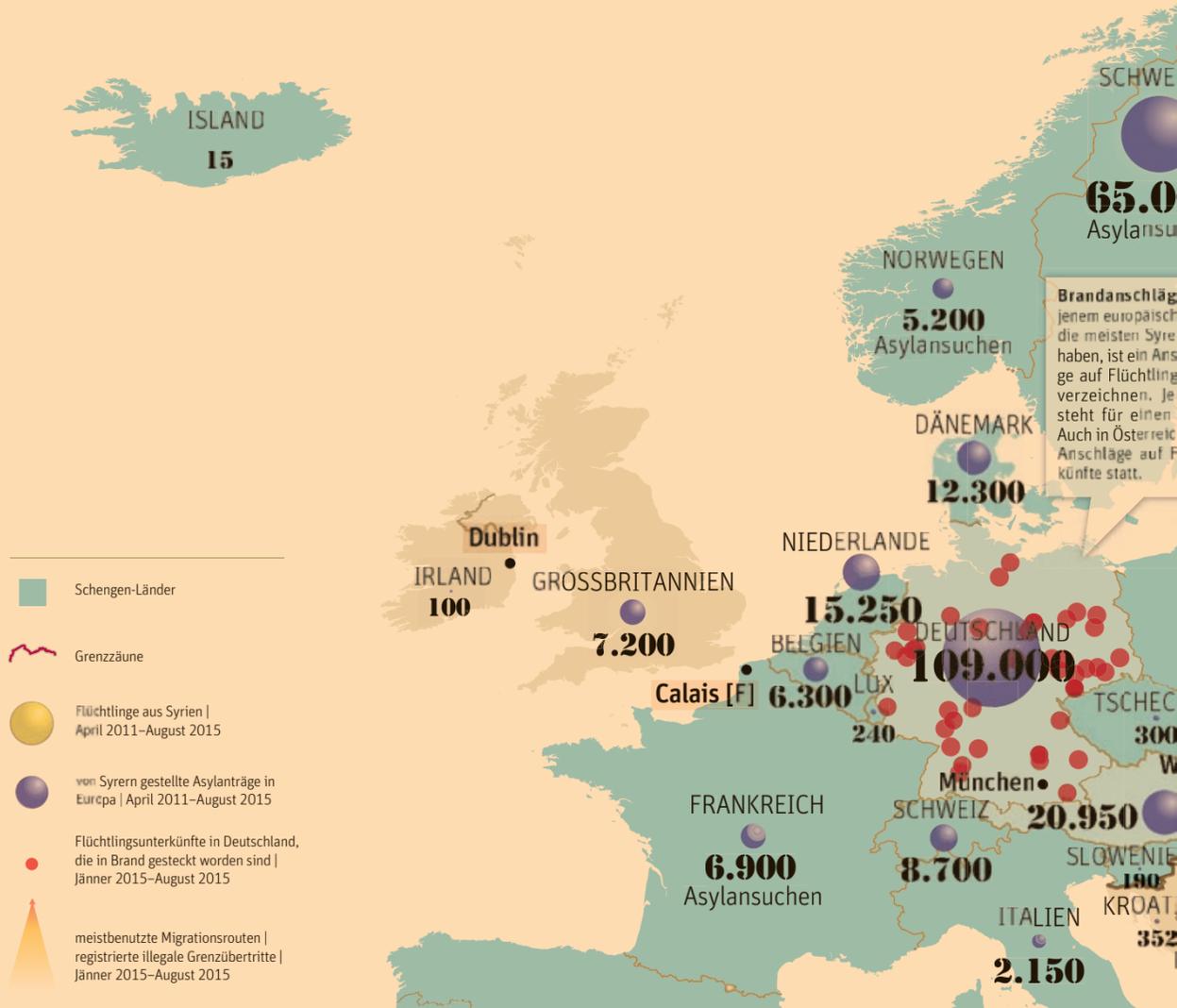


Millionen Syrer flüchteten in den letzten Jahren vor Krieg und Verfolgung, der größte Teil suchte Schutz innerhalb des Landes und in den unmittelbaren Nachbarstaaten Türkei, Libanon und Jordanien. Ein kleinerer Teil machte sich – wie Flüchtlinge aus anderen Ländern – auf den Weg in Richtung Europa. Sie riskieren ihr Leben im Mittelmeer, Grenzzäune bestimmen ihren Weg, ein positiver Asylstatus ist das Ziel.

Asylanträge in Europa: Zahlen und Fakten

	gestellte Asylanträge 2014	Positiventscheid aller Anträge 2014	Positiventscheid Asylanträge von Syrern, 2014
Deutschland	202.815	42 %	94 %
Schweden	81.325	77 %	100 %
Italien	64.625	58 %	64 %
Frankreich	64.310	22 %	96 %
Ungarn	42.775	9 %	69 %
Großbritannien	33.010	39 %	87 %
Österreich	28.065	*39 %	k. A.
Niederlande	24.535	67 %	91 %
Schweiz	23.770	70 %	96 %
Belgien	22.850	39 %	96 %
Dänemark	14.715	68 %	96 %
Bulgarien	11.080	94 %	100 %
Griechenland	9.435	15 %	60 %
Polen	8.025	27 %	100 %
Spanien	5.615	44 %	99 %
Finnland	3.625	54 %	87 %
Zypern	1.745	76 %	100 %
Rumänien	1.545	47 %	77 %
Irland	1.450	38 %	100 %
Malta	1.350	73 %	99 %
Tschechien	1.155	37 %	88 %
Luxemburg	1.150	14 %	89 %
Kroatien	450	11 %	0 %
Portugal	445	26 %	0 %
Slowenien	385	47 %	100 %
Lettland	375	26 %	100 %
Slowakei	330	61 %	43 %
Estland	155	36 %	50 %
EU-28	627.780	45 %	95 %

* Schätzung, Zahlen für subsidiären Schutz nicht enthalten



weltweit sind
3.841
 Menschen im Jahr 2015
 auf der Flucht gestorben*,
 davon
2.812
 im **Mittelmeer** ertrunken
 * Stand 17. September 2015

437.887
 Migranten und Flüchtlinge haben
 im Jahr 2015* das **Mittelmeer** überquert.
 * Stand 17. September 2015

Angekommene und Tote im Mittelmeer

Land	Angekommene	Tote
Italien	121.859	2.620
Malta	100	-
Griechenland	349.109	167
Spanien	2.819	25
Gesamt	473.887	2.812

Anzahl der Opfer im Mittelmeer

Vergleich Jänner–September | 2014 zu 2015



Österreich ist nicht das erste Mal Ziel- und Transitland großer Fluchtbewegungen. 1956/1957 kamen laut UNHCR rund 180.000 Menschen aus Ungarn nach Österreich, rund zehn Prozent blieben hier. 1968 flüchteten 162.000 Tschechen und Slowaken vor dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten, rund 12.000 davon ließen sich in Österreich nieder. Während des Jugoslawienkriegs flüchteten rund 90.000 Bosnier und rund 13.000 Menschen aus Kroatien nach Österreich. Nach 1995 kehrten viele zurück, rund 60.000 Bosnier blieben in Österreich. Als im Frühjahr 1999 die Vertreibung der Kosovo-Albaner eskalierte, nahm Österreich mehr als 5000 Flüchtlinge auf.

Größte Flüchtling

Durch Konflikte und Kri

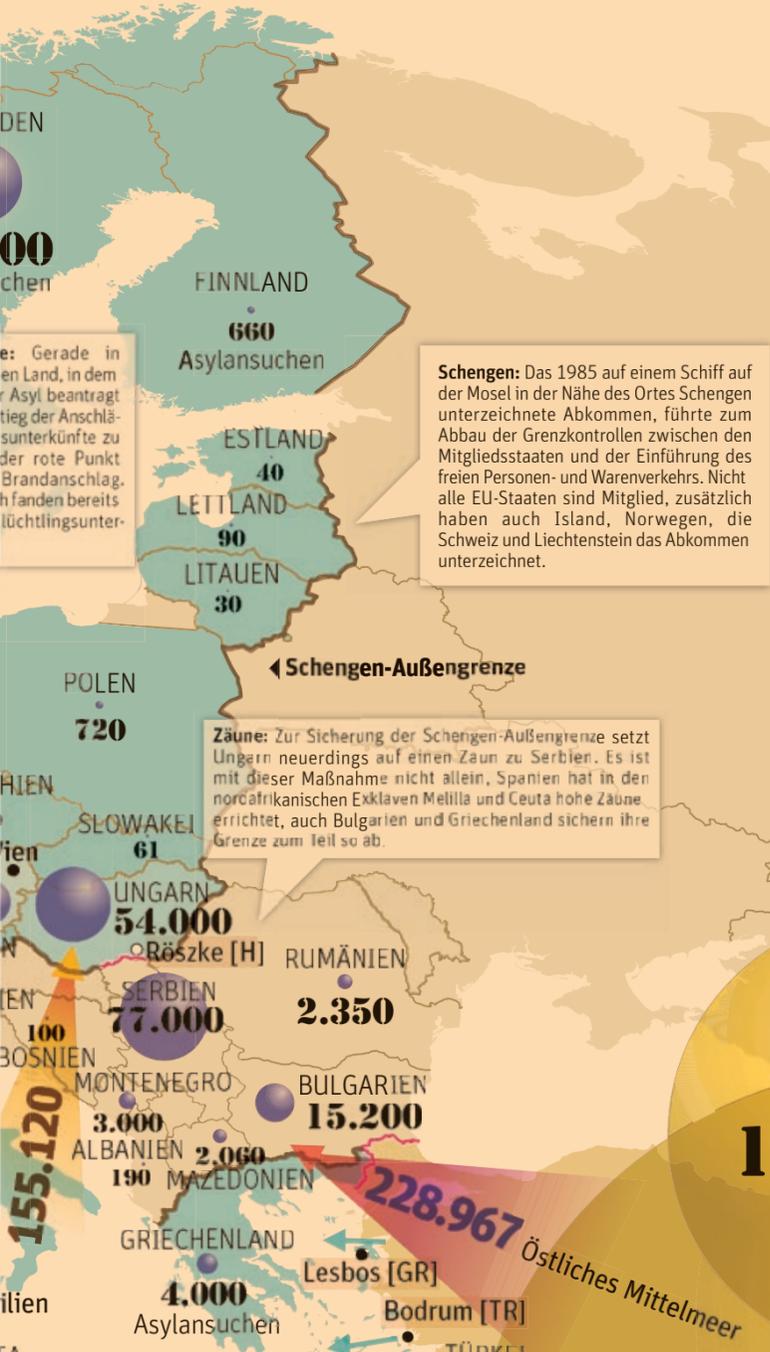
325.000

Tschechien

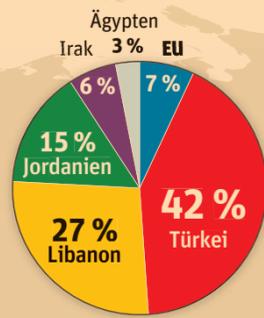
1999–2000

er Flucht

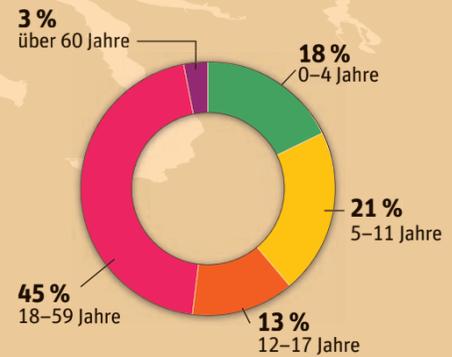
Die EU-Staaten sind sich – das wird in diesen Wochen deutlich – bei der Asylpolitik nicht einig. So gehen auch die Anerkennungsquoten weit auseinander und beeinflussen so auch die Flüchtlingsrouten. Eine Bestandsaufnahme von Fatih Aydogdu, Markus Hametner und Sebastian Pumberger. Für unseren unlängst gestorbenen Kollegen Michael „Mihi“ Bauer. Eine digitale Version finden Sie auf derStandard.at.



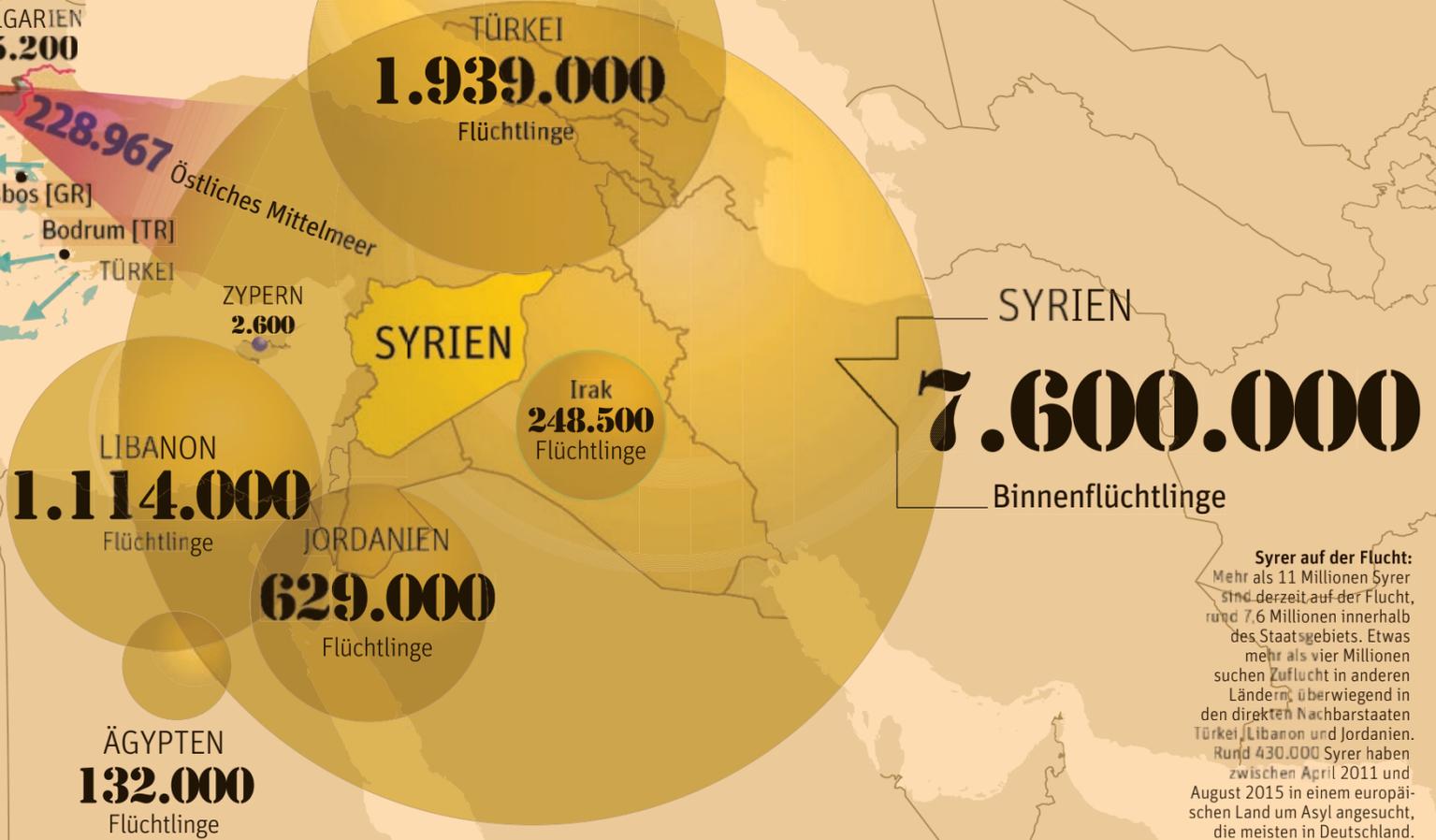
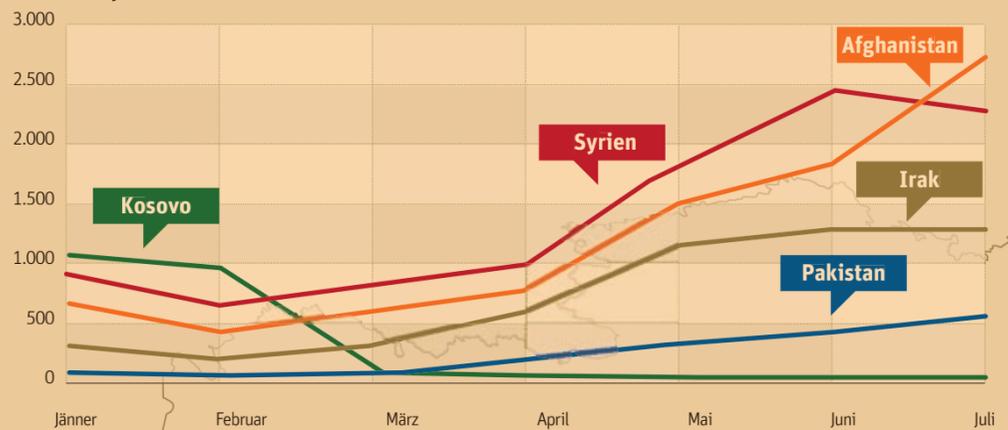
Verteilung der syrischen Flüchtlinge nach Aufnahmeländern | 2011–2015



Flüchtlinge nach Alter 2011–2015



Asylwerber in Österreich – Jänner bis Juli 2015



Flüchtlingskatastrophen unserer Zeit

Die Zahl der aus ihrem Land vertriebenen Menschen seit 1991



Die aktuelle Flüchtlingswelle im Bild weltweiter Migrationsbewegungen

Globale Migration steht nicht kopf

Zwischen 2005 und 2010 war die Zahl der Migranten weltweit ähnlich hoch wie 15 Jahre davor. Auch der Syrien-Konflikt, vergleichbar mit dem Ruanda-Krieg zu Beginn der 1990er-Jahre, hebt diesen Trend nicht grundsätzlich aus den Angeln.

Alois Pumhösel

Der Zerfall der Sowjetunion, das Ende des sowjetisch-afghanischen Kriegs und der Bürgerkrieg in Ruanda waren die Auslöser großer Migrationsströme zu Beginn der 1990er-Jahre. Später wurden sie von den Konflikten im Südsudan, der Masseneinwanderung von Menschen aus Simbabwe in Südafrika oder dem Zustrom von Arbeitern aus Indien, Nepal oder Bangladesch auf die Baustellen arabischer Staaten abgelöst.

Derartige Phänomene waren von 1990 bis 2010 Treiber der globalen Migration, nicht, wie man annehmen könnte, eine zunehmende Globalisierung. „Die globalen Migrationsbewegungen haben zwischen 1990 und 2010 keineswegs konstant zugenommen“, erklärt Nikola Sander vom Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in Wien. Mit ihrem Kollegen Guy Abel veröffentlichte sie im Fachjournal *Science* eine Studie, die, aufgeteilt in Fünfjahresintervalle, einem „Global Flow of People“ nachgeht.

Zwischen 1990 und 1995 emigrierten demnach 41,5 Millionen Menschen. Im dar-

auffolgenden Intervall waren es gut sieben Millionen weniger, bevor der Wert wieder anstieg und von 2005 bis 2010 erneut die 41,5 erreichte. Gemessen an der Gesamtbevölkerung der Erde sank der Anteil der Migranten pro Fünfjahresintervall damit von 0,75 auf 0,61 Prozent. Der gesamte Anteil der nicht im Geburtsland lebenden Menschen beträgt dagegen laut Uno etwa drei Prozent. Ein Fazit Sanders: „Mit der Globalisierung werden Migrationsbewegungen komplexer. Man verharnt nicht mehr so lange in einem Zielland.“ Der klassische Gastarbeiter, der nur einmal umzieht, ist selten geworden.

Die Zahlen, die erstmals globale Wanderungen quantifizieren, beruhen auf statistischen Modellen, die auf Daten der Uno aufbauen. In Sanders Studie sind auch Zahlen des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) integriert, ein tatsächlicher Anteil von Flüchtlingen an der globalen Migration lasse sich aber schwer quantifizieren. Unter Berücksichtigung der UNHCR-Schätzung, wonach 2014 insgesamt 2,9 Millionen Menschen in ein anderes Land geflohen sind, geht Sander davon aus, dass der globale Flüchtlingsanteil unter 15 Pro-



Foto: Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital

Im Bild die vom UN-Flüchtlingshilfswerk erfassten globalen Migrationsströme von 2005 bis 2010. Grafiken zurück bis 1990 auf www.global-migration.info.

zent aller Migrationsbewegungen liege. Die Flüchtlingsbewegungen, die der Krieg in Syrien auslöst – die Hälfte der Landesbevölkerung von 22 Millionen ist auf der Flucht, davon der größte Anteil im Inland, vier Millionen in Camps in Nachbarländern –, seien dabei durchaus mit dem Bürgerkrieg in Ruanda Anfang der 1990er-Jahre vergleichbar.

„Es ist aber keineswegs so, dass sich mit diesem Krisenherd die Werte der globalen Migrationsbewegungen auf den Kopf stellen“, sagt Sander. Nach Europa seien anfangs überwiegend eher gebildete Syrer gekommen, weil diese über die nötigen Ressourcen verfügten. Mittlerweile weite sich das angesichts der fehlenden Hoffnung auf ein Kriegsende auf weitere Bevölkerungsschichten aus. Ziel seien vor allem Länder mit bestehenden Communitys.

Die traditionell großen Migrationsziele Nordamerika, Europa und Australien qualifizieren sich neben ihrer relativ stabilen politischen Situation und bereits vorhandener Diaspora natürlich auch mit wirtschaftlichen Faktoren. Auffällig sei, so Sander, dass keineswegs Menschen aus den ärmsten direkt in die reichsten Länder emigrierten. „Der globale Trend zeigt, dass Auswanderer die Einkommensleiter Stufe für Stufe

hochsteigen.“ Menschen aus dem armen Indonesien gehen etwa nach Malaysia, ein typisches Transitionsland, wo sie mehr Wohlstand finden. Die Malaysier gehen dagegen ins reichere Singapur.

Laut Erhebungen, die sich auf Visa-Ausstellungen gründen, gibt es im OSZE-Raum drei große Gruppen von Migranten, erklärt Sander: Die eine resultiert aus der Freizügigkeit innerhalb der EU und kann keinem bestimmten Motiv zugeordnet werden. Ein zweiter großer Anteil besteht in Familienzusammenführungen. Ein deutlich geringerer Anteil basiert auf wirtschaftlichen Gründen, Jobwechsel oder Ausbildung. Flüchtlinge seien im Vergleich dazu eine kleine Gruppe.

„Auffällig ist aber, dass die Migration nach Europa relativ vielschichtig ist“, erklärt Sander. Im Vergleich zu Australien oder Nordamerika, die eine stärkere Selektion betreiben, gibt es mehr Motive und mehr Herkunftsländer. Europas Einwanderungspolitik sei dagegen passiv. Auch in der Syrien-Krise werde nur reagiert und nicht mitgestaltet. Es gebe etwa keinen legalen Weg für gebildete Syrer, nach Europa einzureisen. „Auch die wenigen Rot-Weiß-Rot-Cards, die Österreich vergibt, gehen hauptsächlich an Sportler.“ Was fehlt? „Eine transparente Einwanderungspolitik.“



Zeit für Fakten!



Jetzt neu!

Zeit für News.
www.news.at



Willkommen im Mostviertel

Mit dem zunehmenden Flüchtlingsstrom habe sich etwas geändert im Mostviertel, sagt Johann Pöcksteiner, Scheibbscher Polytechnikum-Lehrer und Obmann des Vereins „Willkommen – Verein zum Finden einer neuen Heimat“. Zum Positiven: „Jetzt gibt es viel mehr Bewusstsein in der Bevölkerung, mehr Bereitschaft zu helfen.“ Pöcksteiner hat gemeinsam mit der Frankenfelsner Landwirtin Birgit Fallmann 2014 den Verein gegründet. Auch sie sei letzten Endes überrascht gewesen, wie wenige negative Rückmeldungen es gegeben habe.

Dennoch, das strikte Nebeneinander, die Berührungängste seien schwer zu überwinden. Im Verein werden Deutschkurse, Flüchtlingscafés, Grillfeste und Konzertbesuche organisiert. Eines der größten Probleme auf dem Land ist mangelnde Mobilität. „Wenn ich Freikarten für ein Konzert bekomme, muss ich die Leute dort hinbekommen“, so Fallmann. Wichtig sei, Mitfahrgelegenheiten zu bieten, zu Festen oder nur zum Einkaufen.

Gerade für Jugendliche, die in der Abgeschiedenheit zur Untätigkeit verdammt sind, sei es schwierig. Oft werden sie de-

pressiv. „Speziell in Niederösterreich haben wir das Problem, dass Jugendliche ab 15 Jahren keinen Unterricht bekommen, wenn sie nicht ausreichend Deutsch können“, erklärt Pöcksteiner. „Der Landesrat sagt Nein, selbst wenn eine Polytechnische Schule zusagt. Nach der neunten Schulstufe ist da Schluss.“ In Wien, Oberösterreich und der Steiermark sei das anders, genauso wie in Bundesländern wie dem Scheibbscher Gymnasium. Zwei kurdische Mädchen aus Syrien, erst wenige Jahre hier, maturieren dort heuer. Eine davon gewann sogar schon einen Redewettbewerb.

Für eine gelungene Integration müsse aber auch von den Flüchtlingen etwas kommen, gibt Fallmann zu bedenken. „Es ist bigott, von dem profitieren zu wollen, was bei uns funktioniert, dann aber die hiesigen Moralvorstellungen verwerflich zu finden.“ Es habe etwa lange gedauert, bis eine Afghanin ihre Töchter hat schwimmen gehen lassen. Fallmann: „Man kann nicht in einer Generation alles umdrehen. Das braucht alles viel Zeit und Kommunikation.“ (pum)

www.willkommen-in-oesterreich.at



Steiler Weg zum Klimagipfel Seite 29

Fortsetzung der Fifa-Krise SPORT Seite 35

derStandard.at/Wirtschaft

Birgit Baumann aus Berlin

Habt ihr gerade wen für uns? Nein? Auch recht, wir sind ja oben.“ Gabriele Kolmorgen streckt nur kurz den Kopf durch die Bürotüre, dann läuft sie eine Etage höher und nimmt an ihrem Schreibtisch Platz. Die unbürokratische Anfrage hat gerade einmal zehn Sekunden gedauert.

Möglich ist sie, weil in Berlin-Spandau seit 1. September ein Modellprojekt läuft, bei dem zwei deutsche Bundesbehörden eng zusammenarbeiten. Am Askaniering, in einem schmucklosen Bau, sind Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) untergebracht.

Gabriele Kolmorgen gehört zum 15-köpfigen Team der Arbeitsagentur. Sie und ihre Kollegen schauen regelmäßig bei den Mitarbeitern des Flüchtlingsamts vorbei. Und diese machen die rund 130 Flüchtlinge, die hier pro Tag ihren Asylantrag stellen, auch gleich darauf aufmerksam, dass es hier nun eine neue Möglichkeit gibt.

Wer möchte, kann sofort eine Etage höher gehen und in der Arbeitsagentur ein erstes Jobgespräch führen. Das Angebot richtet sich allerdings nur an Menschen mit einer hohen Chance auf Bleiberecht. Wer vom Westbalkan kommt, der bekommt es nicht, Syrer hingegen schon.

Gerade war ein Syrer zum Gespräch da, der in seiner Heimat als Architekt gearbeitet hat. Auch ein Verkäufer, der aus Saudi-Arabien geflüchtet ist, wollte sich registrieren lassen. „Das ist eine freiwillige Angelegenheit, niemand muss davon Gebrauch machen“, betont Kolmorgen.

Viele Flüchtlinge jedoch ergreifen die Chance, weil sie die Überlegung der beiden Bundesämter auch als Vorteil sehen: Der Weg zum Job soll verkürzt werden. Ein ausführliches „Bewerbungsgespräch“ findet dann statt, noch bevor ein erwartbar positiver Bescheid ergangen ist.

Die deutsche Wirtschaft schaut wohlwollend auf das Projekt. Sie

Jobsuche beginnt im Flüchtlingsamt

Die deutsche Wirtschaft fordert schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge. In Berlin gibt es nun ein Modellprojekt: Die Suche nach einem Job beginnt sofort, wenn der Asylantrag gestellt wird.



Foto: APA/dpa/Murat

Nicht nur „arbeiten“ in deutscher Sprache richtig konjugieren zu können, sondern irgendwann auch arbeiten zu dürfen gehört zum Traum von einem besseren Leben in Europa.

hat die vielen Flüchtlinge, die seit Wochen nach Deutschland strömen, vor allem als Arbeitskräfte im Blick, denn derzeit sind in der Bundesrepublik offiziell 574.000 offene Stellen gemeldet – so viele wie noch nie zuvor.

Deutschland könne pro Jahr eine halbe Million Zuwanderer



verkräften, sagt der Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther. Er fordert von der Politik allerdings, die Zuwanderung besser zu steuern: „Das betrifft besonders Ostdeutschland.“ Hier seien fast zwanzig Prozent der Arbeitnehmer mit Schlüsselqualifikationen in mathemati-

schen, naturwissenschaftlichen, technischen oder Informatikberufen über 55 Jahre alt und gingen in absehbarer Zeit in Pension. Hüther: „Viele ostdeutsche Regionen werden in zehn Jahren entvölkert sein, wenn die Politik jetzt nicht umsteuert.“

Daimler-Chef Jürgen Zetsche spricht schon von der „Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder“. Und Ulrich Grillo, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), betont: „Wir sind bereit, allen Asylsuchenden mit berechtigten Chancen auf ein Bleiberecht den raschen und zeitlich gesicherten Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen zu ermöglichen.“

15 Prozent mit Uniabschluss

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Hans-Jürgen Weise, sieht die Flüchtlinge langfristig als „große Bereicherung“. Er warnt allerdings davor, die Lage nur rosig zu sehen. Einen Hochschulabschluss hätten nur 15 Prozent, es kämen auch viele Ungebildete. Diese Erfahrung macht man auch beim Spandauer Modellprojekt. „Natürlich fragen bei uns auch viele Analphabeten nach einem Job“, sagt Kolmorgen.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel will die Vermittlung in den Arbeitsmarkt nun beschleunigen. Sie hat Weise mit der Leitung des Bundesamts für Migration (BAMF) beauftragt. Dessen bisheriger Leiter, Manfred Schmidt, ist nach Kritik an der schleppenden Bearbeitung von Asylanträgen aus „persönlichen Gründen“ zurückgetreten. Dem BAMF wurde auch vorgeworfen, mit einem Twitter-Eintrag den Zustrom von Flüchtlingen massiv verstärkt zu haben.

Derzeit stauen sich in Deutschland 300.000 unerledigte Anträge. Doch nun will die Regierung gegensteuern. Laut *Süddeutscher Zeitung* arbeitet sie an einem Entwurf für massive Leistungseinschränkungen. „Dublin-Flüchtlinge“ – jene also, die eigentlich in einem anderen EU-Staat schon hätten registriert werden müssen – sollen nur mit einer Bahnkarte und etwas Essen wieder in diesen zurückgeschickt werden.



Fluchtachterl für den guten Zweck

Willi Schlögl ist ein junger Steirer in Berlin. Dort betreibt er die „Cordobar“, ein Weinlokal mit frecher Anspielung auf den balleslerischen Sieg Österreichs gegen Deutschland 1978. Schlögl wollte bei der derzeitigen Flüchtlingssituation nicht mehr wegschauen und überlegte, wie er helfen könnte. Dabei kam ihm die Idee, dass sich das „Fluchtachterl“, das letzte Glas eines Gastes, nicht nur aufgrund seines Namens gut eignet. Seitdem werden die Einnahmen der letzten Runde, rund 400 Euro pro Tag, an Hilfsorganisationen gespendet. Mit einer Video-Challenge auf Facebook lud Schlögl auch andere Lokale ein mitzumachen. Wein & Co in Wien habe ihm schon Zustimmung signalisiert. (ras)

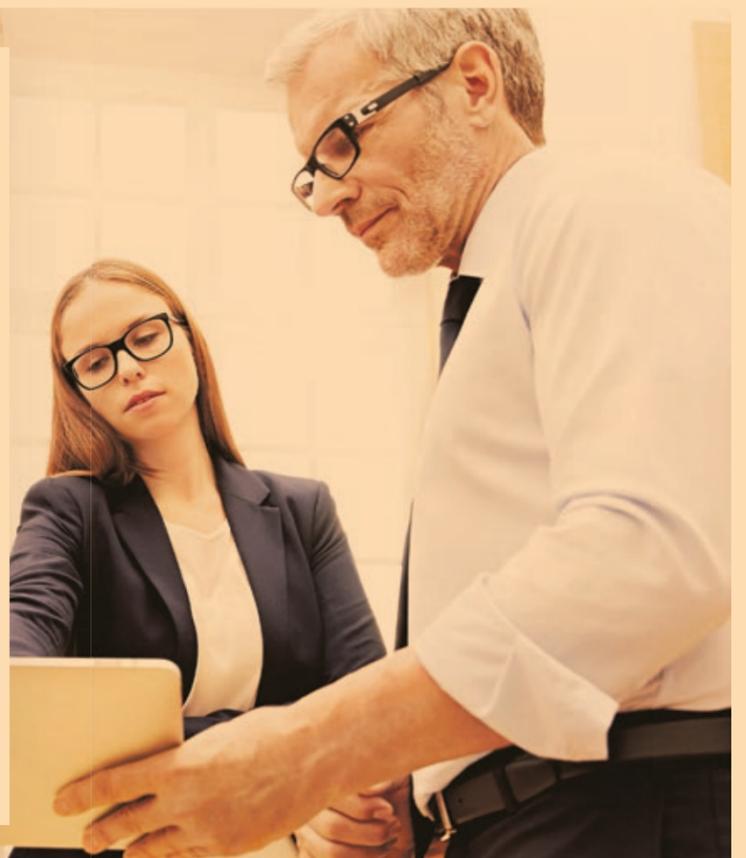
HAYS Recruiting experts worldwide

EXPERTEN FÜR SPANNENDE AUFGABEN

Wir bieten Experten genau das, was sie suchen: spannende Jobs und Projekte in interessanten Unternehmen. Nicht mit flüchtigem Blick auf morgen, sondern zukunftsorientiert und nachhaltig.

hays.at

ACCOUNTANCY & TAX/CONSTRUCTION/CONTACT CENTRE OPERATIONS/EDUCATION/LEGAL SERVICES/POLICY & COMPLIANCE/OPERATIONS/ENGINEERING/HUMAN RESOURCES/LOGISTICS/FACILITIES MANAGEMENT/PHARMACEUTICAL SERVICES/SOCIAL CARE/SALES & MARKETING/ENERGY/OFFICE SUPPORT/RESPONSE MANAGEMENT/HEALTHCARE/OIL & GAS/ARCHITECTURE/ASSESSMENT & DEVELOPMENT/PUBLIC SERVICES/ACCOUNTANCY & FINANCE/EDUCATION/PHARMACEUTICALS/CONSTRUCTION & PROPERTY/RESOURCE MANAGEMENT/RETAIL/INFORMATION TECHNOLOGY/SALES & MARKETING/PUBLIC SERVICES/RESOURCES & HUMAN RESOURCES/ENGINEERING/CONTACT CENTRES/SOCIAL CARE/ENERGY/HEALTHCARE/OFFICE SUPPORT/LEGAL/OIL & GAS



Helfen, miteinander leben, arbeiten: Wie eine deutsche Politikerfamilie zwei Eritreer bei sich zu Hause aufgenom-

CDU-Politiker öffnet sein Privathaus

Politik am Wohnzimmertisch: Der deutsche Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt (CDU) hat in seinem eigenen Wohnhaus in Brandenburg zwei junge Asylwerber aus Eritrea aufgenommen.

Birgit Baumann aus Berlin

Eines ist Martin Patzelt ganz wichtig: „Ich bin kein Gutmensch. Mein Handeln ist politisch motiviert.“ Der deutsche Bundestagsabgeordnete hat sich für eine in Politikerkreisen ziemlich unkonventionelle Art der Flüchtlingshilfe entschieden.

Seit Juni wohnen in seinem Privathaus in Briesen, einem 2000-Einwohner-Ort in Brandenburg, zwei junge Asylwerber aus Eritrea: Awet (24) und Haben (19). „Wir teilen fast alles“, sagt der Sozialpädagoge über die WG. Er und seine Frau haben fünf Kinder, vier davon sind schon aus dem Haus. Ein Sohn lebt noch im Dachgeschoß, im anderen Zimmer haben Awet und Haben Platz gefunden.

Das Bad benutzen sie gemeinsam, zum Essen kommen alle im Erdgeschoß, wo das Ehepaar Patzelt lebt, zusammen. „Abschließen gibt es bei uns nicht. Wir haben ein offenes Haus“, sagt der 68-jährige CDU-Mann, der seit 2013 im Deutschen Bundestag sitzt, von 2002 bis 2013 Bürgermeister von Frankfurt/Oder war und in der Region tief verwurzelt ist.

Wenn er sonntags in die Kirche geht, dann dauert der Heimweg ziemlich lange. Da ein Schwätzchen, dort eine Begrüßung, Patzelt kennt viele Leute und ist dank seiner Beliebtheit im „roten Brandenburg“ mit 33 Prozent als CDU-Direktkandidat in den Bundestag gewählt worden. Eines Tages nach dem Kirchgang fielen ihm die beiden Männer aus Eritrea auf.

Allein in der Kirche

„Es hat mich sehr berührt“, erzählt er, „da kommen die beiden zu uns in die Messe, und dann stehen sie ganz allein herum.“ Patzelt und seine Frau suchen das Gespräch mit ihnen, laden sie zum Mittagessen ein, und irgendwann, als man schon ganz gut bekannt ist, fragen die beiden: „Können wir nicht bei euch wohnen?“

Die Patzels zögern nicht lange, schon immer haben sie für kurze Zeit Studenten der 25 Kilometer entfernten Europa-Uni Frankfurt/Oder aufgenommen. Sie bitten Awet und Haben in ihr Haus – wohl wissend, dass die Herausforderung diesmal größer wird.

Im Juli verlassen die beiden das Asylwerberheim in Brandenburg und ziehen ins Dachgeschoß. Seither hat sich einiges im Leben des Politikers verändert. „Wir haben

jetzt durch die regelmäßigen Mahlzeiten wieder mehr Familienleben. Awet und Haben verlangen einfach Zeit, sie wollen mit uns zusammen sein“, sagt er. Irgendwann haben sie sich auch entschieden, die Patzels „Mama und Papa“ zu nennen. „Das war schon ein Moment des persönlichen Glücks“, erinnert sich der Abgeordnete. Er verhehlt aber auch nicht, dass es auch Situationen gibt, in denen man sich einfach auf die Nerven geht – so wie in anderen Familien auch.

Jeder tut, was er kann

Doch Patzelt ist überzeugt, dass seine Methode nicht die schlechteste ist. Nicht dass er jetzt von jedem seiner Abgeordnetenkollegen erwartet, auch eine WG mit Flüchtlingen zu gründen. Sein Motto lautet vielmehr: „Jeder tut, was er kann, und steckt damit andere an.“ Er plädiert dafür, Flüchtlinge in „kleinteiligen Strukturen“ unterzubringen: eben auch in einem Dorf wie dem seinen.

Sie aus der Anonymität von Flüchtlingsunterkünften herauszuholen hat für Patzelt einen großen Vorteil: „Sie werden viel besser integriert, weil sie als Menschen sichtbar sind.“ Awet und Haben fangen demnächst im Volleyballverein an, es waren die Vereinsmitglieder, die sie angesprochen haben.

Der pensionierten Deutschlehrerin, die zunächst nur einmal in der Woche mit ihnen üben wollte, gefällt der Unterricht nun so gut, dass sie ihn fünfmal in der Woche anbietet. Awet hilft ehrenamtlich im Gemeindezentrum aus, Haben macht ein Praktikum im Supermarkt. „Wir müssen weg von diesen Massenunterkünften“, sagt Patzelt. Denn: „Diese machen auch vielen Deutschen Angst, und dann kommt es zu Polarisierung.“

Er selbst wurde zunächst massiv per Mail als „Volksverräter“ beschimpft, es gingen sogar Morddrohungen ein, und Bundestagskollegen schüttelten den Kopf. „Ich wähle dich nie wieder“, haben ihn Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis angeschrien.

Doch Patzelt blieb bei seiner Entscheidung, denn: „Ich möchte Angst abbauen.“ Inzwischen spürt er, wie die Wertschätzung wächst – nicht nur im Bundestag, sondern auch bei ihm daheim im Dorf. Nicht alle, aber mehr und mehr Mitbürger sind der Meinung: „Das ist gar nicht schlecht, was du da machst.“



Katharina und Martin Patzelt wohnen nun mit Haben (li.) und Awet in ihrem Haus in einem kleinen brandenburgischen Dorf.



23. Juli 2015: Die Speedboot-Crew der Sea-Watch (li.), eines Privatschiffs zur Ersthilfe für Flüchtlinge in Libyen, waren 17 Stunden zuvor in Libyen gestartet, setzten einen Notruf ab, Sea-Watch reagierte, und an dies-

„Gut gebildete Flüchtlinge

Dass jemand mit Uniabschluss nach Österreich komme und hier einen Hilfsjob findet, sagt Soziologe August Gächter: Akademiker landen in Hilfsjobs

INTERVIEW

STANDARD: Warum wollen nur wenige Asylwerber in Österreich bleiben?

Gächter: Österreich ist wenig bekannt. Viele kennen Wien, wissen aber nicht, wo es liegt.

STANDARD: Wenn es darum geht, wo ein gut ausgebildeter Flüchtling bessere Jobchancen hat: Soll er nach Österreich kommen?

Gächter: Für jemanden mit höherer Bildung ist es nicht besonders vernünftig, da ist er in anderen europäischen Ländern besser dran. Laut OECD-Vergleich ist Österreich im Verwerten von im Ausland erworbenen Qualifikationen einer von fünf Problemfällen – neben Italien, Griechenland, Spanien, Zypern. Dabei ist die Bildung der Zuwanderer nach Österreich stark angestiegen.

STANDARD: Nehmen wir einen Chemiker aus Syrien. Wie wahrscheinlich ist es, dass er mit gutem Deutsch hier Karriere macht?

Gächter: Nicht hoch. Die Wahrscheinlichkeit dass er Hilfsarbeiter sein wird, liegt bei rund 50 Prozent. Das AMS sagt, das Wichtigste ist, dass die Leute irgendwie beschäftigt sind. Und die Betroffene

lassen sich darauf ein, weil sie hoffen, dass sie, einmal im Arbeitsmarkt drin, schon aufsteigen werden. Aber das gelingt ihnen nicht: einmal in der Schublade drin – und fertig.

STANDARD: Woran scheitert es?

Gächter: Ein AMS-Angestellter hat mich gefragt: „Was mach ich mit einer tschetschenischen Uniprofessorin für russische Literatur? Für die hab ich nie einen Job. Gelingt es mir, sie einmal als Putzfrau zu vermitteln, hab ich immer einen Job für sie.“

STANDARD: Was hätten Sie ihm geraten?

Gächter: Ein bisschen aus der Box hinauszudenken. Die Frau hat ihr Studium auf Russisch gemacht. Sie könnte bei uns auf Russisch russische Literatur unterrichten.

STANDARD: Und der Chemiker? Ist es ausgeschlossen, dass er an eine Stelle als Chemiker vermittelt wird?

Gächter: Nein. Aber das AMS hat wahrscheinlich keine Stellen für

Chemiker. Und selbst dann ist die Chance gering, wenn sein Abschluss hier nicht anerkannt ist.

STANDARD: Eine Reform der Anerkennung ist lange geplant ...

Gächter: Ich bin nicht optimistisch, dass viel herauskommt. Derzeit ist es das reinste Dickicht. Man geht zu A, der sagt, er sei nicht zuständig und schickt einen zu B, dort heißt es, beim A warst du eh richtig. De facto sind bei uns für die Anerkennung die Betriebe zuständig, und die machen das nicht, ganz simpel. Flüchtlinge haben ja keine Zeugnisse dabei, und wenn, dann vielleicht sind sie auf Arabisch – und würden den Personalchefs gar nichts sagen. Das muss man den Betrieben abnehmen.

STANDARD: Manche befürchten Lohndumping, falls Asylwerber arbeiten dürfen. Ist das so abwegig?

Gächter: Nein. Aber die Frage ist: Ist es die sinnvollste Lösung, die Leute aus dem Arbeitsmarkt aus-



kommen hat, wie eine Vorarlberger Gemeinde Flüchtlingspolitik betreibt und was auf dem Arbeitsmarkt passiert



Im Mittelmeer, hilft einer Gruppe aus Eritrea und Somalia an Bord des Frachtschiffs Shaya. Die Flüchtlinge vom Tag durften insgesamt 104 Flüchtlinge auf den großen Tanker. Aktuelle Position auf sea-watch.org.

Foto: Daniel Etter

in niedrige Jobs gedrängt“

an frühere Positionen anknüpfen könne, sei nicht wahrscheinlich, was das erhöht den Konkurrenzdruck auf dem Niedriglohnsektor.

von Maria Sterkl

zusperren? Soll man nicht eher überwachen, dass die Vorschriften eingehalten werden? Und Konkurrenz im Niedriglohnbereich entsteht ja auch dadurch, dass höherqualifizierte Flüchtlinge in niedrige Jobs gedrängt werden. Menschen nur in den Arbeitsmarkt zu drängen ist nicht die Lösung, es braucht flankierende Maßnahmen.

STANDARD: *Hilfe beim Deutschlernen?*

Gächter: Ja, wobei diese Fixierung aufs Deutsche bei uns schon außergewöhnlich ist. Man fragt erst einmal: Wie spricht diese Person? Unabhängig davon, ob es für den Job wichtig ist. Sprechen sie mit ihm, wissen sie danach ganz genau, welche Fehler er gemacht hat – aber nicht, was er gesagt hat. Es gibt viele Hinweise, dass ein Akzent ein echtes Hindernis ist am Arbeitsmarkt. Vorgesetzte müssten verstehen lernen, was Diskriminierung ist, dass ich das mit Wollen allein nicht wegkriege.



August Gächter: „Fixierung“ auf das Deutschlernen.
Foto: Andy Urban

Man braucht Prozeduren, etwa anonyme Bewerbungen.

STANDARD: *Warum haben sogar die Kinder von Zugewanderten schlechtere Karrierechancen als Kinder von Österreichern – selbst bei gleichem Bildungsabschluss?*

Gächter: Genau wissen wir es nicht. Diskriminierung ist ein Faktor. Eine Studie zeigt: Mit identischer Bewerbung und selbem Foto kriegt ein Michael mehr Rückmeldungen als ein Bewerber mit türkischem oder serbischem Namen.

STANDARD: *Inwiefern prägt Diskriminierungserfahrung?*

Gächter: Sie prägt unbewusst. Wir sehen, dass Betroffene meist nicht wissen wollen, dass sie diskriminiert werden. Die Leute merken vielleicht, dass mit ihnen nicht gerecht umgegangen wird, wollen es aber nicht als Diskriminierung sehen. Sonst heißt das ja, dass sie am kürzeren Hebel sitzen.

STANDARD: *Hat die Regierung die Flüchtlingskrise verschlafen?*

Gächter: Man muss den Bürgern Spielraum geben, etwas zu tun. Hatte man in den 1990ern für einen Flüchtling einen Job, durfte der sofort anfangen, heute ist es illegal, wobei ich dafür plädiere, es trotzdem zu tun. Die Politik hat derzeit ein Monopol darauf, nachhaltige Lösungen zu suchen. Für die Bürger bleiben nur Hilfsdienste – aber damit werden sie sich nicht zufriedengeben. Das wird in Frustration umschlagen, und dann ist ein Backlash zu fürchten.

STANDARD: *Welcher Backlash?*

Gächter: Wenn die Leute nicht zu Ende helfen dürfen, werden sie anfangen, die Bedürftigen abzulehnen. Dann richtet sich der Grant nicht gegen das Ministerium, sondern gegen die, denen man helfen wollte.

AUGUST GÄCHTER (56) ist Soziologe am Zentrum für Soziale Innovation.

➤ Warum ein Michael andere Chancen hat als ein Kollege mit türkischem oder serbischem Namen, lesen Sie in der Langfassung auf derStandard.at/Inland

Gemeindeinitiative unterstützt bei der Suche nach Arbeit

Jutta Berger

So ein Glück wie Laith, Ibrahim, Azad und Kollegen haben nur wenige Flüchtlinge. Die acht Männer aus Syrien landeten Ende Jänner in Alberschwende, einer 3200-Menschen-Gemeinde im Bregenzwald. Irrtümlich. Denn als sogenannte „Dublin-Fälle“ hätte man sie nicht aus dem Bezirk des Erstaufnahmezentrums wegschicken dürfen. Kaum in Alberschwende angekommen, drohte den Männern die Rückstellung nach Ungarn oder Italien.

„Das kann doch nicht sein“, dachte sich Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann (VP), „da haben wir uns so bemüht, Unterkünfte zu finden, und dann schickt man uns Menschen, um sie uns gleich wieder zu nehmen?“ Schwarzmann beschloss, Menschlichkeit vor Dublin-Verordnung zu stellen. Vehemente Unterstützung kam aus der Familie. Ehemann Erich und Sohn Jodok gründeten die Initiative „Wir sind Asyl“.

Abschiebungen und Rückstellungen wurden verhindert, heute haben alle Männer eine weiße Karte oder sind anerkannte Flüchtlinge. „Zwei konnten am Freitag ihre Familien am Flughafen Schwechat abholen“, freut sich Angelika Schwarzmann. Weniger erfreulich: „An-

dere warten seit Juni auf ihre Interviews, die Verfahren dauern lange.“

Die Arbeit der Alberschwender geht weiter. 20 Menschen engagieren sich täglich ehrenamtlich für und mit den Flüchtlingen, sagt Schwarzmann. „Dabei sind intensive Freundschaften entstanden, zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, aber auch unter Alberschwendern, die sich vorher nicht so gut gekannt hatten.“

Gemeinsam sucht man nun landesweit nach Wohnungen und Arbeit für die Flüchtlinge. Dazu wurde das Selbsthilfeprojekt „Wir sind aktiv“ gegründet. Koordiniert von Laith Alfandi und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wurde eine Drehscheibe für arbeitssuchende Flüchtlinge und Unternehmen eingerichtet. Schwarzmann: „Wir versuchen, Unternehmen zu finden, die Flüchtlinge eine Woche lang zum Schnuppern in ihrem Betrieb aufnehmen.“ Alles im Rahmen der Gesetze, betont Schwarzmann und freut sich über erste Erfolge: „Es gibt bereits eine Einstellungszusage.“

Auf Angelika Schwarzmann wartet die nächste Herausforderung. Zur Erfüllung der 1,5-Prozent-Quote braucht sie Quartiere für 45 Menschen. „Gemeinsam schaffen wir auch das“, ist sie überzeugt.



Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann (VP): „Beschäftigung für Flüchtlinge ist wesentliche Voraussetzung für Integration.“

Foto: Stiplošek

Wenn die „Crowd“ zusammenhilft

Wie geht es weiter? Auf diese Frage haben oder wagen politische Verantwortliche in der Asylkrise kaum eine Antwort. Eine Initiative gibt sich damit nicht zufrieden: Der Verein Respekt.net hat den Call4Europe ins Leben gerufen, mit dessen Hilfe „nachhaltige Konzepte und Projekte“ aus der Zivilgesellschaft realisiert werden sollen, die sich mit künftigen Herausforderungen Europas beschäftigen und dabei helfen könnten, „Flüchtlinge in alle Bereiche der Gesellschaft zu integrieren“, wie Vereinspräsident Martin Winkler sagte.

Bei Projekten, die es in den Call4Europe schaffen, wird die Hälfte der Projektkosten – je maximal 20.000 Euro – mittels Verdoppelungsspende von Respekt.net getragen. Die zweite Hälfte ist auf der Online-Plattform via Crowdfunding zu sammeln. Eine Jury, der unter anderem Irgard Griss, ehemals Präsidentin des Obersten Ge-

richtshofs, sowie der frühere EU-Kommissar Franz Fischler angehören, entscheidet, welche Einreichungen Zusatzspenden erhalten. Insgesamt stehen 100.000 Euro zur Verfügung. Unter anderem bewirbt sich das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte, das sich den Migrationsbewegungen wissenschaftlich nähern will, wie Margit Ammer, Asylrechtsexpertin des Instituts, ausführte. Dabei könne es etwa um die Frage gehen, welche Alternativen es zum Dublin-System gäbe.

Tina Deutsch will hingegen den CultureGym an allen Schulen Österreichs und später in weiteren europäischen Ländern etablieren. Ihr schwebt ein Tourbus vor, in dem Schüler unter anderem mit Flüchtlingen ins Gespräch kommen und kulturelle Kompetenzen erlernen könnten. (sPri)

➤ Einreichungen bis 16. 10. 2015 unter www.call4europe.eu Crowdfunding: www.respekt.net

Wie die Wiener Austria die Liebe zum Fußball mit Flüchtlingen teilt



29. Juni 2014, Nador (Marokko): Deutschland. Germany. Sehnsuchtsland. Migranten aus Mali sitzen um ein Lagerfeuer in einem selbstorganisierten Camp auf dem Berg Gourougou. Dort gibt es klare Grenzen, jede Community hat einen „Präsidenten“, und dieser scharft seine „Berater“ um sich.

Foto: Daniel Etter

Zeit für eine lässige Stunde

Die Wiener Austria lädt jeden Freitag unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zum Training in ihre Akademie ein. Der Spaß an der Sache soll für die Fußballspieler im Vordergrund stehen. Aber John aus dem Sudan will mehr.

Philip Bauer

John wirft sich nach links, John schmeißt sich nach rechts. Der schlaksige Bursche lässt die wuchtigen Bälle nicht abklatschen, nein, er hält sie fest. Keine Frage, der Torhüter ist ein Naturtalent. Im Fachjargon würde man ihn Spinne oder Panter nennen. Schier unüberwindbar ist er heute, der Panter von Favoriten! Ebendort steht die Nachwuchsakademie der Wiener Austria. Der Nationalheilige David Alaba ist ihr entsprungene, die ÖFB-Teamspieler Aleksandar Dragović, Markus Suttner und Rubin Okotie ebenso. An der Laaer-Berg-Straße werden einige der größten Talente des Landes zu Profis herangezogen, hier soll Nachschub für die Bundesliga und in weiterer Folge für das Nationalteam entstehen. Stolz tragen jugendliche Spieler verschiedener Altersklassen das Vereinswappen der Austria über die moderne Anlage. John ist keiner von ihnen. Der 15-Jährige stammt aus dem Sudan. Er entflohen der Gewalt in seinem Geburtsort Malakal, um im niederösterreichischen Hirtenberg im Laura-Gatner-Haus für unbegleitete Minderjährige eine neue Heimat zu finden. Nun, da die Austria jeden Freitag jugendliche Flüchtlinge zum Training einlädt, sieht er seine Chance gekommen. „Ich will Profi werden“, sagt er selbstbewusst – und fischt den nächsten Ball aus der Ecke.

Ralf Muhr ist Leiter der Akademie, er selbst drischt die Bälle von

der Strafraumgrenze Richtung John. „Wir wollen mit den Jugendlichen eine lässige Stunde verbringen, viele haben traumatische Erlebnisse hinter sich und sollen auf andere Gedanken kommen.“ Im Laufe der Saison hatte man bereits Flüchtlinge zu Matchbesuchen in die Generali-Arena eingeladen. Nun hat die Initiative connect.erdberg auch eine wöchentliche Trainingseinheit möglich gemacht. Mit sportlichen Aktivitäten will man der Gefahr eines Lagerkollers unter Flüchtlingen begegnen. Die Austria stellt nicht nur die gepflegten Kunstrasenplätze der Akademie, sondern auch ihre Profitrainer zur Verfügung. „Wenn man die große Hilfsbereitschaft in Österreich sieht, möchte man einen Beitrag leisten“, sagt Cem Sekerlioglu, Trainer der violetten U18. Natürlich müsse man sich Zeit nehmen, ein Blick in die freudigen Gesichter der Spieler spräche aber für sich. „Das sind keine verlorenen Stunden“, sagt Sekerlioglu, dreht sich um und gibt den Kickertipps in Sachen Ballannahme.

Nach dem Aufwärmen ruft Muhr alle Burschen zu sich. Man möge sich im Match auf den Spaß an der Sache besinnen, ein Pokal sei hier nicht zu gewinnen: „Let's have a good time“. Die Teenager nicken höflich, teilen sich in zwei Teams auf und gehen dann rustikal zu Werke. Das System variiert von 10-0-0 bis 0-0-10, Viererketten haben heute Pause. Professionelles Schuhwerk auch. Man sieht Sneakers, Straßenschuhe, nackte Füße. Der eine trägt ein Dress von

Bayern München, der andere eine Kappe von Schalke 04. Und schon zappelt der Ball im Netz, ein satter Schuss in die Kreuzecke. Der Torschütze streckt seine Arme Richtung Himmel, um seinem großen Gott für diesen Geniestreich zu danken. „Messi! Messi!“, ruft er. Die Trainer schmunzeln. Sie beobachten die Spieler genau, die Unterschiede sind augenscheinlich. Manche haben schon in ihrer Heimat gekickt, die anderen sind mit dem Ball per Sie.

Keine Zeit für Bürokratie

„Was eigentlich, wenn sich einer verletzt?“, fragt Muhr seine Mitarbeiter. Kollektives Achselzucken. „Wenn wir mit zu viel Bürokratie anfangen, können wir es gleich bleiben lassen“, zeigt sich der Chef flexibel – um dann doch das Telefon zu zücken. „Passt, alle versichert“, heißt es nach kurzer Rücksprache. Auch Roman Stary ist Teil des Trainergespanns. Er

coach im Alltag Austrias U16 und nimmt Goalie John unter die Lupe. „Ich würde ihn gerne in unserem regulären Trainingsbetrieb sehen. Das wäre eine unglaubliche Geschichte. Er ist sehr flink.“

Aber hier am Laaer Berg reicht es nicht, Talent zu haben. Hier braucht es langjährige sportliche Ausbildung, hier wird der nächste Robert Almer, der nächste Heinz Lindner gesucht. Und die haben nicht erst mit 15 angefangen. Wer John länger beobachtet, merkt, dass in Sachen Beinarbeit und Ballbehandlung einiges fehlt. Und ein Torhüter der Neuzeit braucht eben auch seine Füße. Ob diese Defizite überhaupt noch aufzuholen sind? „Er würde es sehr schwer haben“, sagt Muhr. Und während all die anderen Spieler Schluss machen, trinken gehen, Fotos schießen, steht John noch auf dem Platz. Er lässt sich die Bälle zuspülen. Immer und immer wieder. Alle auf den Fuß.



Fahrräder für Flüchtlinge

Die Salzburger Studentin Veronika Wintersteller organisiert gebrauchte Fahrräder für Flüchtlinge, um diesen Mobilität zu geben. Menschen, die Räder herzugefest haben, melden sich auf ihrer Facebook-Seite „Fahrräder für Flüchtlinge in Salzburg“, Wintersteller holt die Räder ab. Unterstützt wird die Studentin von einem Asylwerber aus Usbekistan, der die Fahrräder vorher repariert.

Die Idee zu ihrer privaten Initiative kam ihr, nachdem sie einige Flüchtlinge aus dem Zeltlager Alpenstraße bei einem Willkommensfest im Salzburger Volksgarten kennengelernt hatte. Zuerst habe sie nur Räder für ihre neu gewonnenen Freunde organisieren wollen, sagt die Studentin. Doch auf ihren Aufruf auf Facebook hin hätten sich sehr viele Menschen gemeldet. Deshalb gab sie immer mehr Räder an Flüchtlinge weiter. 45 funktionsfähige Räder inklusive Schloss konnte Wintersteller bereits an Flüchtlinge, die in den Zeltlagern der Alpenstraße und der Schwarzenbergkaserne untergebracht sind, übergeben. (ruep)



Trainer Cem Sekerlioglu beobachtet zwei Spieler aus Somalia beim Kopfballtraining: „Man möchte einen Beitrag leisten.“

Foto: Robert Newald

Fotograf Daniel Etter im Porträt

Der Fotograf, der nie mehr wegsieht

Daniel Etter reist seit vielen Jahren in Kriegsgebiete und begleitet Flüchtlinge auf ihrem Weg Richtung Europa. Es ist eine fotojournalistische Gratwanderung zwischen Aufklärungspflicht und Dokumentation des Grauens.

Fabian Schmid

Is man Daniel Etter erreicht hat, muss man einige internationale Nummern durchtelefonieren. „Rufen Sie die zweite deutsche Nummer an, die unter meiner E-Mail steht“, antwortete er, nachdem man ihn um ein Gespräch gebeten hatte. Doch das war vorgestern. Heute meldet sich niemand, weder unter der ersten noch unter der zweiten deutschen Nummer. Also wieder eine E-Mail. Prompt folgt die Antwort. „Hier erreichen Sie mich jetzt“, schreibt er, und die Nummer beginnt mit dem Ländercode + 34, also Spanien. Da hat der Interviewpartner also noch Glück: Denn prinzipiell pendelt Etter zwar zwischen Berlin und Barcelona, meistens ist er jedoch in irgendeinem aktuellen globalen Krisenherd anzutreffen.

So auch in den vergangenen Monaten, in denen der Fotograf sich an die Fersen der syrischen Flüchtlinge geheftet und Bilder von den griechischen Inseln oder der Balkanroute geliefert hat. Einige Aufnahmen davon – sowie von anderen Schauplätzen – illustrieren diese Schwerpunktausgabe des STANDARD.

Das Kosmopolitische hat sich bei Daniel Etter schon früh entwickelt: Seine erste Reise als Berufsfotograf führte ihn nach Indien, die geschossenen Bilder konnte er gleich an die *New York Times* verkaufen. Seitdem sind seine Bilder in fast allen renommierten Medien weltweit erschienen, zum Beispiel im *Time*-Magazin, in *Newsweek*, *Stern* und *Die Zeit*.

Brennpunkte der Welt

Der Weg zur professionellen Fotografie war für Etter hingegen alles andere als vorgezeichnet. Er hatte das Fotografieren zwar „seit vielen Jahren im Kopf“, erzählt er. Doch bevor er den Schritt zum Berufsfotografen wagte, studierte er noch Politikwissenschaften und klassischen Journalismus in Berlin. Das Studium finanzierte er sich teilweise schon mit Aufnahmen, vollends widmete er sich dieser Aufgabe ab 2010.

Seither war der 35-jährige Etter immer dort, wo es gerade brannte: im karibischen Haiti, um die Spätfolgen des verheerenden Erdbebens im Jahr 2010 zu dokumentieren. 2013 im Gezi-Park in Istanbul, wo die türkische Zivilgesellschaft gegen das autoritäre Gebaren des damaligen Regierungschefs und heutigen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan protestierte. Und immer wieder in Syrien, wo ein Aufstand gegen den Diktator

Bashar Al-Assad gewaltvoll niedergeschlagen worden ist. Seitdem herrscht Bürgerkrieg, islamistische Terrorgruppen ziehen Spuren der Verwüstung durch das Land. Die Folgen sind genau jene Flüchtlingsbewegungen, die Europa derzeit in Atem halten.

Überraschen sollte die europäische Politik das nicht. „Ich habe schon lange am Thema Flüchtlinge gearbeitet, weil es mich interessiert“, erzählt Etter. Allerdings sei das Medieninteresse – gelinde gesagt – zurückhaltend gewesen. Zumindest bevor zigtausende Syrer in Wien, München und Berlin ankamen.

Jetzt scheint es, als ob ganz Europa über kein anderes Thema mehr spricht – und Bilder den Ton dieser europaweiten Diskussion verändern. Eine dieser historischen Momentaufnahmen hat Etter geschossen: Das Foto zeigt einen irakischen Flüchtling, der nach der Überfahrt durch das Mittelmeer endlich auf der griechischen Insel Kos ankommt – und vor lauter Freude und Erschöpfung, seine kleine Tochter und

den Sohn im Arm, in Tränen ausbrach. Die *New York Times* druckte das Bild groß ab, in sozialen Medien wurde es hunderttausende Male weiterverbreitet.

„Bilder lösen etwas aus, sorgen für Emotionen“, sagt Etter. Es gehe beim Fotografieren darum, eine komplexe Materie auf einen Aspekt zu reduzieren, um so menschliche Nähe zum Thema herzustellen. Doch nicht bei allen Menschen gelingt das:

Wie umgehen mit jener „systemkritischen“ Masse an Menschen, die „Lügenpresse“ rufen und selbst Bilder wie jenes des toten syrischen Bubens anzweifeln, der am Strand im türkischen Bodrum angespült worden ist?

„Es gibt Menschen, die sich nicht überzeugen lassen wollen“, sagt Etter: „Sie sehen in jedem Fall eine Verschwörung.“ Er selbst versucht, seinen Job so gut und ausgewogen wie möglich zu erledigen. Als Aktivist sieht er sich nicht, auch wenn er natürlich „in erster Linie Mensch“ sei. Aber: „Wenn andere dort sind, die helfen – dann ist es meine Aufgabe zu fotografieren.“



Auf der Flutwelle dahergeschwommen

Chaos, Wellen, Tsunamis und überhaupt eine drohende Heuschreckenplage könnte man vermuten, wenn man einigen Schlagzeilen zum derzeitigen Geschehen in Europa und an Europas Grenzen folgt. Wobei die Erwähnung der Heuschreckenplage noch zu wenig weit ausholt. Die Wasser der Donau könnten sich wie Blut verfärben, und es könnte Kröten regnen. Biblisch alles, irgendwie. Und mittendrin die blauen Umrührer

und H.-C. Strache, ihr Prophet. Wer von Naturkatastrophen spricht und damit Fluchtbewegungen von Menschen meint, bewirkt, dass diese Menschen durch solche Wortwahl in Feinde und in Bedrohung verwandelt werden: Das befeuert Ängste und Abwehrhaltung einiger Bürger. Je größer die Zahl der Flüchtlinge, umso verstörender ist diese Wanderbewegung. Umso fremder die Flüchtlinge wirken, desto mehr Ängste lösen sie aus, je weiter man sich von ihnen entfernt, desto fremder wirken sie. Ein Teufelskreislauf, der nur durch Kontakt durchbrochen

werden kann: Jede Gemeinde, jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin, die sich dafür einsetzen, rücken die Welt wieder ein bisschen gerade. Aber es ist schwerer umzusetzen. Eine tägliche Arbeit, die langsam und langfristig wirkt und bei der ganz Europa gefragt ist. Kein Land kann diese Herausforderung im Alleingang stemmen.

Einmal das Maul aufreißen und Menschen verängstigen geht natürlich schneller und leichter. Leider setzten sich Tsunami-Oratoren und Chaos-Kassandren so gut wie nie dafür ein, vor Ort Hilfsmöglichkeiten und Entwick-

lungshilfe in ähnlich scharfgezeichneten Untergangsszenarios zu fordern: Denn die Menschen fliehen nicht, um reich zu werden, sondern um zu überleben. Wenn ihnen dieses Überleben in umliegenden Ländern leichter fiel, würden sich auch weniger auf den lebensgefährlichen Weg machen. Die heraufbeschworenen Bilder der Fluten haben übrigens etwas doppelt Widerliches: Denn nicht wir sind es, die ertrinken. Nicht wir, deren Leichen an Urlaubsstrände gespült werden. Die da angespült werden, sind jene anderen, denen die Überflutung vorgeworfen wird.



15. April 2014, Gharyan (Libyen): In einem Internierungslager am Fuße der Nafusa-Berge fotografierte Daniel Etter Flüchtlinge aus Eritrea, die beim Versuch, über das Mittelmeer nach Italien zu gelangen, erwischt und verhaftet worden waren.



Daniel Etter: „Es gibt eine Aufklärungspflicht.“

Krankenhaus. Was er darin fand, werde er „nie vergessen“: In jedem Zimmer waren Leichen, im Keller „stapelten sich die toten Körper“ sogar. Etter machte drei Fotos, doch dann brach er ab. Was solle es bringen, dieses Grauen festzuhalten?

Heute ärgert er sich darüber: Man hätte die Zustände dort dokumentieren müssen, die Verbrechen für die Nachwelt festhalten. Deshalb will er den Blick nicht mehr abwenden. In wenigen Tagen wird er wieder aufbrechen.

www.danieletter.com



GESCHÜTTELT, NICHT GERÜHRT

Von Julia Rabinowich

Philosophische Anmerkungen zur aktuellen „Völkerwanderung“



2. Juli 2014, Nador (Marokko): Diese Männer aus Côte d'Ivoire trainieren in einem Camp auf dem Berg Gourougou mit einem Seil, um irgendwann den extrem gesicherten Grenzzaun, der die spanische Exklave Melilla von Marokko trennt, zu überwinden. Er besteht aus drei Reihen und ist sechs Meter hoch.

Foto: Daniel Etter

„Viel falsches Bewusstsein im Spiel“

Ja, wir haben es mit einer Völkerwanderung zu tun, meint der deutsche Philosophieprofessor **Ferdinand Fellmann**. Nur wenn unsere Eliten sich dies eingestehen, können wir unser Selbstverständnis neu ordnen.

INTERVIEW: Georgios Chatzoudis

STANDARD: Professor Fellmann, Sie haben zuletzt einen Aufsatz veröffentlicht, in dem Sie konstatieren, dass der Blick auf die Geschichte seit der postmodernen Wende vor allem aus der Perspektive der Betroffenen erfolge. Durch diese Subjektivierung der Geschichte sei etwas verlorengegangen. Was denn?

Fellmann: Verlorengegangen ist die Distanz, die wir brauchen, um unsere gegenwärtige Lage realistisch einzuschätzen. Diese Distanz gewinnt man, wenn man sich an Ideen oder Werte hält, welche Epochen voneinander unterscheiden. Sicherlich kann es ergreifend sein, sich in den Standpunkt der Betroffenen zu versetzen, aber da bleibt man im Menschlich-Allzumenschlichen. Damit gelangt man nicht zu einem wirklichen Verständnis der Alterität, die vergangene Epochen von der Gegenwart trennt. Geschichtliche Wirklichkeit wird zur Fiktion.

STANDARD: Sie heben hervor, dass die Subjektivierung der Geschichte mit dem Lebensgefühl des postmodernen Menschen einhergeht. Läuft es auf eine Dichotomisierung hinaus – Emotionalität vs. Vernunft, Relativismus vs. Eindeutigkeit, hedonistisch vs. nüchtern?

Fellmann: Dichotomien sind so schlecht nicht wie ihr Ruf. Emotion und Intelligenz gehören im normalen Leben zusammen. Wenn aber das Emotionale zu dominant wird, ist es hilfreich, daran zu erinnern, dass man mit Affektprogrammen allein das kulturelle Leben nicht gestalten kann. Die Folgen für das gegenwärtige

Geschichtsbewusstsein sind, dass es dieses gar nicht mehr gibt. Es gibt nur noch Gegenwartsbewusstsein, das in die Vergangenheit projiziert wird. Zeitgeschichte, Zeitzeugen und Autobiografien bestimmen unsere Erinnerungskultur. Der Unterschied zwischen Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein entspricht jenem zwischen Erinnerung und Gedächtnis. Erinnerung setzt voraus, dass man selbst dabei war. Ich kann mich etwa daran erinnern, dass mir als Kind ein russischer Soldat Sonnenblumenkerne zu essen gegeben hat. Aber die erlebte Zeit entspricht nicht der geschichtlichen Zeit, die sich an den objektiven Daten orientiert. So der 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, nach dem nichts mehr

so war wie vorher. Die politische Bedeutung des polnischen Einmarsches in Schlesien nach der Kapitulation habe ich erst viel später von den Historikern gelernt. Das macht das historische Gedächtnis aus, das noch wirksam bleibt, wenn sich niemand mehr an die Erlebnisse erinnern kann.

STANDARD: Im Deutschlandfunk haben Sie zuletzt die These aufgestellt, bei der Flüchtlingsbewegung handle es sich tatsächlich um eine neue Völkerwanderung. Was genau meinen Sie damit?

Fellmann: Der Unterschied zwischen Flüchtlingsströmen und Völkerwanderung liegt nicht in der enormen Anzahl von Menschen, die nach Europa kommen, sondern in der Qualität der Bewe-

gung. In Analogie zur Völkerwanderung in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten ist die gegenwärtige Wanderung dabei, die Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Dass die Politiker das nicht anerkennen, hängt mit dem Mangel an historischem Bewusstsein zusammen. Unser Gegenwartsbewusstsein verzerrt unsere Wahrnehmung des Fremden. Wir verurteilen heftig fremdenfeindliche Ausschreitungen, und das mit Recht. Doch die meisten von uns wohnen und leben in Verhältnissen, in denen sie mit Ausländern nicht wirklich konfrontiert werden. Bei der Fremdeneuphorie der Intellektuellen ist viel falsches Bewusstsein im Spiel. Wir halten es für ein Zeichen der Toleranz, dass muslimische Mädchen in der Schule Kopftücher tragen dürfen, aber wenn unsere eigenen Töchter sich so anziehen müssten, bekämen wir es doch mit der Angst.

STANDARD: Wenn es nun diese neuzeitliche Völkerwanderung gibt, was bedeutet das für uns Europäer?

Fellmann: Meine Antwort lautet: Sein oder Nichtsein. Wir sprechen zwar von Integration, aber in Wahrheit bahnt sich eine Transformation unserer Kultur an, vor der wir panische Angst haben. „Angst essen Seele auf“ gilt nun auch umgekehrt für uns. Wir werden mit Wertvorstellungen konfrontiert, die unserem Liberalismus widersprechen, etwa mit der konservativen Rolle der Frau in der Familie, um nur ein Beispiel zu nennen, das mit dem Islam zusammenhängt. Dem hat unser überzogener Individualismus und Subjektivismus wenig entgegenzusetzen. Die Säkularisierung und die Verwandlung von Gottes-

häusern in Konsumtempel zeigen Parallelen zur Dekadenz der Oberschicht im Weströmischen Reich bei der ersten Völkerwanderung. Byzanz hingegen war durch seine gesellschaftlichen Strukturen resistenter. Ich will nicht so weit gehen, zu behaupten, dass unsere Gesellschaft dekadent ist, aber es gibt doch Alarmsignale. Abschied vom Prinzipiellen, grenzenlose Freiheit durch Selbstverwirklichung, Liebe als Beziehungskiste, das sind alles Symptome dafür, dass unsere Demokratie in ein spätkulturelles Stadium eingetreten ist. Spätkulturen aber sind kaum in der Lage, auf Dauer dem Druck standzuhalten, der von institutionell gestützten Lebensformen außereuropäischer Kulturen ausgeht.

STANDARD: Welche Folgen sind zu erwarten?

Fellmann: Um diese Frage zu beantworten, müsste ich Prophet sein. Der Prophet gilt bekanntlich im eigenen Lande nichts, und schon gar nichts, wenn er so alt und konservativ ist, wie ich es nun einmal bin. Aber die wirklich revolutionären Ideen stammen immer von den Alten, die über die bloße Erinnerung hinaus ein historisches Bewusstsein entwickelt haben. Aus dieser Position der Vernunft, die den Subjektivismus übersteigt, kann ich so viel voraussehen: Europa wird durch

die Wanderung der Völker aus Afrika und aus dem Nahen Osten wie damals das Weströmische Reich durch die Germanen in seinem Selbstverständnis neu geordnet. Nur müssen unsere Eliten zunächst einmal die Lage erkennen und die Sache beim Namen nennen. „Völkerwanderung“ ist keineswegs nur eine

Frage der Nomenklatur. Aus der richtigen Benennung („Richtigstellung der Namen“ ist ein Prinzip des Konfuzianismus, den ich sehr schätze) folgt die Bereitschaft, die eigenen Wertvorstellungen zu überdenken und an veränderte Lebensbedingungen anzupassen. Das muss nicht der Untergang des Abendlandes sein. Eher seine Wiederauferstehung aus den Ruinen unseres Lebensgefühls individueller Selbstverwirklichung, die in Wirk-

lichkeit eine Flucht vor der Verantwortung gegenüber der geschichtlichen Wirklichkeit ist.

Ferdinand Fellmann, Jg. 1939, promovierte und habilitierte sich bei Hans Blumenberg. Von 1980 bis 1993 Professor für Philosophie an der WWU Münster, von 1993 bis 2005 an der TU Chemnitz. Das hier gekürzt publizierte Interview erschien zuerst auf L.I.S.A., dem Wissenschaftsportal der Gerda-Henkel-Stiftung (www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de), dessen Online-Direktor Georgios Chatzoudis ist.



Wie Flüchtlinge und Hilfsorganisationen die sozialen Medien nutzen

Lebensrettende Alleskönner

Kein Ding ist für Flüchtlinge wichtiger als ihr Smartphone: Laut Ärzte ohne Grenzen können die modernen Geräte sogar Leben retten. Doch Hetzer haben Smartphones auch für die fremdenfeindliche Stimmungsmache entdeckt.

FRAGE & ANTWORT: Fabian Schmid

Frage: Warum ist das Smartphone für Flüchtlinge extrem wichtig?

Antwort: Das Gerät ermöglicht den Zugang zum Internet und erlaubt den Flüchtlingen dadurch die Nutzung einer ganzen Bandbreite an wichtigen Services. Außerdem kann der Kontakt mit Familienmitgliedern, von denen der Flüchtling getrennt wurde, aufrechterhalten werden.

Frage: Wie können sich Flüchtlinge die teuren Smartphones leisten?

Antwort: Die Geräte erfüllten schon vor der Flucht eine ganze Reihe an Funktionen, für die Österreicher jeweils einzelne Geräte benutzen: Die Smartphones sind etwa Internetzugang, Fernseher, Telefon, GPS-Gerät und Spielekonsole in einem. Außerdem werden im Nahen Osten und Afrika oft sogenannte Auskoppelungen moderner Smartphones verkauft, also günstigere Modelle mit etwas weniger Leistung.

Frage: Wie können Flüchtlinge die teuren Roaming-Gebühren bezahlen, die international anfallen?

Antwort: Ganz einfach: Flüchtlinge weichen meist auf nationale Wertkarten im jeweiligen Land aus, die sie etwa an Tankstellen erwerben. Via Internet können dann Kommunikationsanwendungen wie Skype, WhatsApp oder Viber genutzt werden.

Frage: Wie können Smartphones Leben retten?

Antwort: Die GPS-Funktion zur Ortsbestimmung ist auf der Flucht enorm wichtig. „GPS-Daten werden im Notfall mit der Beschreibung, was gerade passiert, an Freunde verschickt“, erklärt Edith Rogenhofer von Ärzte ohne Gren-

zen. Herrscht etwa schlechtes Wetter bei der Fahrt über das Mittelmeer, können so Rettungskräfte zeitnah informiert werden.

Frage: Wie schnell sprechen sich veränderte Bedingungen auf der Route herum?

Antwort: Das Smartphone sorgt dafür, dass Flüchtlinge binnen weniger Stunden über neue Gegebenheiten – etwa verschärfte Grenzkontrollen – Bescheid wissen. „Flüchtlinge tauschen sich darüber aus, welche Routen ‚sicher‘ sind“, so Rogenhofer. Das merkte man vergangene Woche, als Asylwerber plötzlich neue Wege nach Österreich und Deutschland wählten.

Frage: Wie kommunizieren Flüchtlinge mit Schleppern?

Antwort: Die Schleuser sind in sozialen Netzwerken hochaktiv, wo sie aktuelle Preislisten für den Transport in das Zielland angeben. Auf der Flucht halten die Flüchtlinge außerdem via Smartphone Kontakt mit den Schleppern, um etwa Verspätungen bekanntzugeben.

Frage: Spielen Smartphones also Schleppern in die Hände?

Antwort: Nur bedingt. Denn auf Facebook haben sich eigene „Selbsthilfegruppen“ für Flüchtlinge gebildet. Dort findet ein reger Austausch über Schlepper statt. Wer brutal ist oder Abmachungen nicht einhält, wird künftig von anderen Flüchtlingen gemieden.

Frage: Welche Rolle spielt das Smartphone, sobald Flüchtlinge im Zielland angekommen sind?

Antwort: Oft heißt es dann erst einmal abwarten. Die Tage bis zu



Schnell das Handy aufladen, bevor es weitergeht: Flüchtlinge am Keleti-Bahnhof in Budapest am 2. September 2015.

einer Entscheidung im Asylverfahren werden lang, Familienmitglieder sind meist noch in Gefahr. Durch Smartphones können Flüchtlinge mit ihnen in Kontakt bleiben. „Für viele ist es auch die einzige Möglichkeit, Fotos von ihrem alten Leben, Erinnerungen zu behalten. Viele haben Fotos von ihren Häusern in Syrien am Handy – Häuser, die inzwischen komplett zerbombt sind. Oder von Familienmitgliedern, die umgebracht worden sind“, erzählt die Bloggerin Madeleine Alizadeh, die sich in Traiskirchen engagiert.

Frage: Welcher Service ist im Zielland noch besonders wichtig?

Antwort: Dienste wie Google bieten kostenfreie Übersetzungsprogramme an. Die 24-jährige Selda lebt in einer WG in Wien. Sie ist aus Syrien geflohen. Mit dem Smartphone kann sie mit ihren Mitbewohnerinnen kommunizieren, beispielsweise über Onlinebanking informiert werden. Auch Emojis – also Symbole für Onlinekommunikation – helfen enorm.

Frage: Warum müssen wir über Flüchtlinge mit Smartphones reden?

Antwort: Eigentlich ist es logisch, dass viele Menschen weltweit im 21. Jahrhundert ein Smartphone besitzen. Doch Hetzer nutzen das Bild vom „reichen Flüchtling mit modernem Smartphone“ seit Monaten, um fremdenfeindliche Stimmung zu erzeugen.

Frage: Vernetzen sich nur Flüchtlinge in sozialen Medien?

Antwort: Ohne Smartphone und Facebook wäre die spontane zivilgesellschaftliche Hilfeleistung, wie etwa am Westbahnhof, nicht möglich gewesen. Stündlich aktualisieren Hilfsorganisationen im Internet abrufbare Listen, durch die sich Helfer über benötigte Gegenstände informieren können.



Vom Küssen und Kopulieren

Österreichische Anthropologen waren beim diesjährigen Ig-Nobelpreis erfolgreich

Wien/Boston – Was österreichischen Wissenschaftlern seit 1976 beim ehrwürdigen Nobelpreis aus Stockholm nicht gelingen will, schaffte nun schon das zweite Forscherteam binnen vier Jahren bei der beliebten Parodie Ig-Nobel, die seriös durchgeführte Forschungsarbeiten über skurrile Themen auszeichnet. 2011 war ein Team um Ludwig Huber von der Veterinärmedizinischen Universität Wien mit dem Nachweis erfolgreich, dass Gähnen unter Köhlerschildkröten nicht ansteckend ist. Donnerstagabend wurden an der renommierten Harvard University in Cambridge bei Boston Anthropologen der Universität Wien geehrt.

Elisabeth Oberzaucher nahm den Schmähprijs für ein mathematisches Modell entgegen, in dem sie gemeinsam mit Karl Grammer die Legenden um die enorme Zeugungsfreude eines marokkanischen Sultans aus dem 17. Jahrhundert auf ihren Wahrheitsgehalt überprüften. Mouley Ismael von Marokko (1672–1727), genannt „Der Blutrünstige“, soll laut Guinness Buch der Rekorde nicht weniger als 888 Kinder gezeugt haben – seit Jahren sorgt die-

se Annahme für Diskussionsstoff unter Wissenschaftlern. Oberzaucher und Grammer gingen vom Bericht eines französischen Diplomaten von 1704 aus, der meinte, dass Moulay 600 Söhne von vier Ehefrauen und 500 „Nebenfrauen“ hatte. Berücksichtigt man, dass damals nur die Töchter der Gattinnen leben durften, während die anderen nach der Geburt getötet wurden, kamen die Forscher sogar auf eine Kinderzahl von 1.171 in einer Zeitspanne 32 Jahren. Oberzaucher und Grammer beachteten dabei unterschiedlichste Faktoren: Religiöse Tabus wie Geschlechtsverkehr während der Menstruation, die Möglichkeit von Fehlgeburten und das Faktum, dass sich der Monatszyklus der Frauen im Harem wohl aneinander angepasst hat. Ergebnis: Der gute Mann musste zwar zweimal täglich Geschlechtsverkehr haben, aber die überlieferte Kinderzahl ist realistisch.

Der Ig-Nobelpreis wurde heuer zum 25. Mal vergeben. Das Motto des Erfinders und Zeremonienmeisters Marc Abrahams: zuerst lachen, dann nachdenken. Er will, wie er dem STANDARD erzählte, mehr Humor in den Wettstreit um

die besten wissenschaftlichen Arbeiten bringen.

Unter den diesjährigen Preisträgern sind Wissenschaftler, denen es gelungen ist, ein gekochtes Ei teilweise wieder in den ungekochten Zustand zurückzuführen. Beim Kochen falten sich Proteine in einer unstrukturierten Form an. Die Wissenschaftler haben es geschafft, die Proteine wieder auseinanderzuziehen – also quasi in den Rohzustand des Eis.

Ein US-Physikerteam bekommt die Auszeichnung, weil es herausfand, dass fast alle Säugetiere ihre Blase innerhalb von 21 Sekunden – plus oder minus 13 Sekunden entleeren. Ein internationales Team gewann für Experimente mit dem Ziel, die biomedizinischen Benefits und Folgen intensiven Kissens nachzuweisen. Und schließlich gewannen Niederländer das Ig-Nobel-Pendant zum Literaturnobelpreis für den Nachweis, dass das Wort „huh?“ (zu Deutsch: hä?) offenbar in allen Sprachen der Welt vorkommt. Alles Fragen, die man schon immer geklärt wissen wollte. Oder? (pi)

Kopf des Tages, Seite 48
 Weitere Preisträger und Bilder derStandard.at/Wissenschaft

MEDIENJOURNAL

„Charlie Hebdo“-Chef verteidigt Aylan-Karikatur

Potsdam – In der jüngsten Ausgabe von *Charlie Hebdo* ist der tote Flüchtlingsbub Aylan zu sehen. Im Hintergrund befindet sich die Werbung einer Fastfoodkette. Die Zeichnung mache sich nicht über den Tod des Kindes lustig, entgegnet Gérard Biard, Chef des Satiremagazins, Kritikern bei der Verleihung des Medienpreises M100 in Potsdam. Man wollte damit deutlich machen, dass der Westen den tausenden Flüchtlingen außer Konsumkultur nichts zu bieten habe. „Satire muss einen Schock provozieren.“ (afs)

Ukraine hebt Sanktionen gegen BBC-Reporter auf

Kiew – Nach der Kritik wegen Einschränkung der Pressefreiheit ruft der ukrainische Präsident Petro Poroschenko zurück. Einige Journalisten, darunter drei BBC-Korrespondenten, wurden von der Sanktionsliste entfernt. (red)

ORF-Fußball-App im Visier der Privatsender

Wien – Österreichs Privatsender prüfen, ob die neue Fußball-App des ORF gesetzeskonform ist. Sonst werde – wie bei der Ski-WM – der Rechtsweg beschritten. (red)

Eine Universität für Flüchtlinge

Ungeklärter Aufenthaltsstatus, fehlende Dokumente, mangelnde Sprachkenntnisse: Wenn Flüchtlinge ein Studium aufnehmen wollen, stellt sich ihnen eine Reihe an Hürden in den Weg. Die kürzlich in Berlin gegründete Kiron University will das ändern und ab Herbst 1000 Flüchtlingen ein Studium ermöglichen – ohne Zeugnisse und Identitätsnachweis. Die Kosten von 1,2 Millionen Euro werden per Crowdfunding eingeworben.

Erst nach zwei Jahren Onlinekursen ist ein Identitätsnachweis nötig. Ab dem dritten Studienjahr kommen die Kiron-Studenten an eine der 15 beteiligten deutschen oder eine ausländische Uni – darunter etwa die Oxford University. Mit einigen österreichischen Universitäten gibt es Gespräche. Am Ende steht ein staatlich anerkannter Abschluss. (ned, trat)

➔ <http://kiron.university/>

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Unterschiedliche Interessen und Ängste vor dem Fremden müssen angesprochen werden. Dabei geht es nicht nur um Aufklärung, sondern auch um Gefühle und ein Grundvertrauen in unsere Zukunft.
Anmerkungen zur Flüchtlingskrise.

Beate Winkler

Werden wir die Flüchtlingskrise bewältigen können? Wird es uns gelingen, dieser politischen und gesellschaftlichen Herausforderung mit klarem Blick für die Möglichkeiten – und auch Grenzen – gerecht zu werden? Und werden wir dabei gesellschaftlichen Konsens für eine humane Haltung erleben? Diese Fragen bewegen mich nicht nur als ehemaliges Flüchtlingskind, sondern weil ich seit Jahren die Themen „Migration“ und „Integration“ unter dem Blickwinkel von Chancen beleuchte – ohne Probleme zu verschweigen. Ich weiß, dass Krisen gut bewältigt werden können, wenn ich haltmache, mich mit der Situation auseinandersetze und entscheide. Nicht zuletzt besteht das Wort „Krise“ im Chinesischen aus zwei Zeichen. Das eine heißt „Gefahr“ und das andere „Möglichkeit“.



Viele Menschen haben Angst, dass die Unterbringungsprobleme zu groß werden, Schulen, Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt überfordert sind – um nur vier Beispiele zu nennen. Gleichzeitig ist „europäische Solidarität“ zu einem Fremdwort geworden und Abwehr Ratgeber in Krisensituationen. Die Dramatik und die Dimension der Flüchtlingskrise sind zwar neu, aber das Problem ist ein altes. Bereits Ende der 1980er-Jahre war klar, dass Europa in starkem Maß mit Zuwanderung und Flucht konfrontiert sein wird und einer umfassenden Migrations- und Integrationspolitik bedarf.

Thema „verschlafen“

Zitat aus einem Buch – geschrieben vor 25 Jahren: „Wir müssen die ganze Spannweite der Problematik im Blick haben, und es wird keine Patentrezepte geben. Doch eine vorausschauende, aktive Politik kann durch das Zusammenwirken der unterschiedlichen Gestaltungsbereiche kurz-, mittel- und langfristig auf Wanderungsbewegungen und Fluchtursachen Einfluss nehmen (z. B. Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Menschenrechtspolitik). Wesentlich kommt es darauf an, die Eingliederung von Einwanderern zu unterstützen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Konflikt- und Spannungsfelder möglichst weitgehend entschärfen.“ Auf umfangreiches Wissen und Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis kann zurückgegriffen werden.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben – welche Werte sollen es sein? Uns dieser Frage zu stellen,

haben wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs versäumt. Stattdessen wurde einem ungezügelter Neoliberalismus Platz gemacht, der zu einer Ökonomisierung unseres Denkens und Handels führte. Die Ereignisse der letzten Tage haben deutlich gezeigt, dass eine große Sehnsucht nach einer Gesellschaft vorhanden ist, die solidarischer ist als die, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Die Zivilgesellschaft zeigt ein Engagement, wie es für mich bisher nicht vorstellbar war. Dieses Engagement könnte durch eine gemeinsame Plattform gestärkt werden. Der Zusammenschluss von Organisationen, die von einer Plattform aus eine gemeinsame Botschaft an ihre unterschiedlichen Zielgruppen richten, hat sich in schwierigen Zeiten als hilfreich erwiesen: in London nach den terroristischen Anschlägen und in Deutschland nach Anstieg von Extremismus in den 1990er-Jahren.

Ängste aufgreifen

Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung müssen aufgegriffen werden. Die unterschiedlichsten Interessen – seien es demografische, wirtschaftliche oder kulturelle –, die wir an Einwanderung haben, gehören benannt. Aber Ängste allein mit Fakten entkräften zu wollen ist zu wenig. Es geht auch um Gefühle – vor allem um Angst. Daher brauchen wir Vertrauen in unsere Zukunft und in die Handlungsfähigkeit von Gesellschaft und Politik. NGOs, Wohlfahrtsverbände, der Flüchtlingskoordinator und Unternehmen wie die ÖBB haben in vergangenen Tagen und Wochen Hervorragendes geleistet. Sie machen Druck auf die Regierung – und auf die europäische Politik! –, Konzepte und Perspektiven zu vermitteln. Gefragt ist eine Politik, die über gute Koordinierungs- und Kommunikationsmechanismen verfügt und die in ihrer Realisierung durch ein eigenes Einwanderungs- und Integrationsministerium unterstützt werden könnte. Erfahrungen aus der Geschichte zeigen: Wanderungsbewegungen gibt es seit Jahrtausenden, und Menschen haben in Krisenzeiten Ungeheures geleistet. Das gelingt besonders gut, wenn wir uns auf

unserer Fähigkeiten und Begabungen konzentrieren – und die der „Fremden“.

Wir sind in dem tiefgreifendsten Veränderungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg. Für diesen Veränderungsprozess brauchen wir Zukunftsbilder, die positiver sind als die Abwehr, die mit jeder Veränderung einhergeht. Herausfordernde Zeiten liegen vor uns, die auch die Chance geben, sich mit der Frage auseinanderzusetzen: „Wie kann es uns gelingen, die Vielfalt der Fähigkeiten und Begabungen in unserer Gesellschaft wachsen zu lassen – nicht nur bei Flüchtlingen? Und in einer Gemeinschaft zu leben, die Zugehörigkeit vermittelt?“ In den letzten Tagen



Das Wort „Krise“ besteht im Chinesischen aus zwei Zeichen. Das eine heißt „Gefahr“ und das andere „Möglichkeit“.

haben wir eine tatkräftige und solidarische Gesellschaft erlebt. Wir sind am Scheideweg – und haben Schritte getan, um die Krise zur Chance werden zu lassen.

BEATE WINKLER beschäftigt sich seit mehr als 30 Jahren mit den Themen Migration und Integration. Sie war langjährige Direktorin der EU-Agentur – der jetzigen EU-Grundrechtsagentur – in Wien und hat u. a. 1991 das Buch „Zukunftsangst Einwanderung“ und 2015 das Buch „Unsere Chance. Mut, Handeln und Visionen in der Krise“ geschrieben.



Flüchtlinge so schnell wie möglich integrieren und in Ausbildung bringen: Bäckerlehrling Ghebru Aregay aus Eritrea blickt im deutschen Ulm durch eine Breze.

Fotos: dpa, Pawloff

PAUL LENDVAI

Österreich 1956–57



Vor einigen Tagen erhielt ich ein E-Mail von L. E., einer dreiundachtzig Jahre alten Österreicherin, die mich über die

Bemerkung eines ZDF-Journalisten in einer populären deutschen Diskussionsendung informierte. Er sagte sinngemäß, die rund 200.000 ungarischen Flüchtlinge nach dem Volksaufstand 1956 wurden in Österreich „unter katastrophalen Bedingungen in Flüchtlingslagern gehalten“. Dies hätte eine Katalysatorwirkung auf andere Länder gehabt, die dann bereit gewesen seien, Flüchtlinge aufzunehmen. Frau E. war sehr betroffen, da nach ihren Erinnerungen Österreich, „alles in seiner Macht Stehende für die ungarischen Nachbarn getan“ habe. Sie wollte von mir wissen, ob die Behauptung des ZDF-Mannes der Wahrheit entspricht.

Umgehend teilte ich ihr mit, dass ich und alle meine Freunde damals nur Gutes gehört und persönlich erlebt hatten. Die ungarischen Asylwerber hatten damals das gute Österreich kennengelernt, wo die Menschen nicht nachforschten, wer was ist oder als was er gilt, sondern einfach halfen. Vom ersten Tag an versuchte ich, als Journalist zu arbeiten. Ich schrieb kein einziges Wort auf Ungarisch. Stündlich hörte ich die Nachrichten aus dem unterdrückten Nachbarland und informierte die Korrespondenten der *New York Times*, der Nachrichtenagentur *United Press* und der *Londoner Times*. Ein Kredit mit minimalem Zinssatz wurde mir von einem evangelischen Hilfswerk zur Finanzierung der Ablöse für eine Einzimmerwohnung im Parterre in der Josefstädter Straße 9 ge-

währt. Vom PEN-Club bekam ich ein Stipendium: 60 Dollar, sechs Monate lang, damit ich eine Schreibmaschine mieten konnte. Kollegen wie Hugo Portisch (damals *Kurier*), Otto Schulmeister und Adam Wandruszka (*Die Presse*), die Ungarn-Experten Eugen Geza Pogany und Ladislaus Rosdy haben mir mit Rat und Tat geholfen. Wegen meiner Eltern in Budapest habe ich bis 1962 unter drei Decknamen (György Hollo, Arpad Becs und Paul Landy) die Artikel platziert. Im Spiegel der Korrespondenz sehe ich einen 27-jährigen staatenlosen Flüchtling, der trotz Enttäuschungen in Wien ein neues Leben anfang.

Ungarn war freilich auch ein Sonderfall. Wir alle waren privilegiert gewesen, weil wir aus Ungarn stammten. Wie mein verstorbener Freund und „Österreich-Lehrer“ Kurt Vorhofer zum 30. Jahrestag des Aufstandes in der *Kleinen* schrieb: „Die Magyaren sind das einzige Nachbarvolk, über das hierzulande eigentlich nicht gewitzelt oder gar gehöhnt wird.“ Ich schätze, dass rund 18.000 Flüchtlinge zu Österreichern geworden sind.

Deshalb schmerzt mich der beunruhigende Riss, der sich zwischen dem Land meiner Jugend und Österreich und seinen Menschen, die mir in „finsternen Zeiten“ (Bert Brecht) neue Heimat geboten haben, dieser Tage auftut. Die abstoßende Mischung aus Zynismus und Dilettantismus der Orbán-Regierung angesichts der beispiellosen Flut der Flüchtlinge verletzt die Grenzen des moralischen Zumutbaren. Der gewaltsame Ansturm der Grenze Ungarns durch Hooligans aus der Masse der verzweifelten Fremden – ungehindert von der serbischen Polizei – ist freilich ebenso zu verurteilen wie die Hassrhetorik von rechts in Österreich.



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

Vom Grenzwall zur Brücke ins Herz Europas

Die Hilfsbereitschaft vieler Österreicher zeigt einen substanziellen Wandel der eigenen Identitäten: vom Grenzwächter gegen die orientalischen Gefahren aus dem Süden zum Brückenbauer.

Andre Gingrich

Weiße Teile der österreichischen Gesellschaft haben zuletzt aktiv und engagiert jene zehntausende Menschen willkommen geheißen, die als Flüchtlinge vor Krieg, Gewalt und Tod aus dem Nahen Osten kommend den Weg in die Europäische Union gewählt hatten. Es war, als sei eine bis dahin schweigende Mehrheit in Österreich aufgestanden, um Zeugnis dafür abzulegen: Ihr Weg ist ein anderer als jener, der bis dahin durch eine zögerliche Politik und wütenden Nationalismus vorgegeben schien.

Gegen das Zögern

Menschliche Tragödien und deren mediale Vermittlung hatten schlagartig aufgerüttelt. Das aktive Engagement der nun nicht mehr schweigenden Mehrheit ließ den Nationalismus für einen Moment lang in betretenes Schweigen verfallen und erleichterte der Politik, das Zögern hinter sich zu lassen.

Jene schweigende Mehrheit hatte vor diesen Septembertagen 2015 schon bei jedem Urnengang seit 1945 per geheime Stimmabgabe unter Beweis gestellt, dass sie nichtnationalistischen Alternativen eindeutig den Vorzug gibt. Seine Bereitschaft zu integrem und menschenwürdigem Umgang mit Flüchtlingsströmen hatte das



Foto: EPA

Grenzübergang Nickelsdorf: Trotz tausender Flüchtlinge in den vergangenen zwei Wochen lief deren Einreise nach Österreich vergleichsweise reibungslos ab. Auch weil viele Freiwillige mit Spenden und Arbeitskraft mithalfen.

Land schon quer durch die Jahrzehnte davor wiederholt demonstriert: in der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenso wie in der Ungarn-Krise, nach dem Sowjeteinmarsch in die Tschechoslowakei ebenso wie nach dem Putsch gegen Allende in Chile oder während des Bürgerkrieges in Ex-Jugoslawien.

Neu und nicht selbstverständlich am Aufstehen der schweigenden Mehrheit im September 2015

war also Folgendes: Die Präferenz einer Mehrheit für einen nichtnationalistischen Weg wurde praktisch und öffentlich gemacht, indem diese sich für solche Flüchtlinge engagierte, zu deren Begrüßung Politik und Medien nicht von sich aus aufgerufen hatten.

Vielmehr waren die meisten Verantwortlichen in Politik und Medien zutiefst überrascht davon, dass und wie sehr ohne ihr eigenes Zutun da eine schweigende

Mehrheit aktiv wurde für Flüchtlinge, deren Herkunft als „politisch unpassend“ gegolten hatte.

Führende Kreise in manchen Nachbarländern Österreichs lancierten demgegenüber eine Haltung, die auch dem heimischen Nationalismus nicht fremd ist: Wir suchen uns jene Flüchtlinge aus, die uns gefallen, heißt es da im Grunde – „christliche Orientalen“ etwa sind mit unseren Vorlieben vereinbar, andere Orientalen hingegen nicht.

Diese Art der Selektion zwischen „guten und schlechten Orientalen“ fußt in Mitteleuropa tatsächlich auf einer jahrhundertalten Tradition, die Ostmitteleuropa als Grenzballwerk Europas und des „christlichen Abendlandes“ gegen diverse orientalische Gefahren begreift. Dieser schlechten Tradition liegt ein post-imperialer und nationalistischer Mythos zugrunde, in dem unsere Identität als eine von kämpferischen Grenzvätern gegen den Südosten und Osten hin beschworen wird.

Emotional aufgeheizt und benutzt werden konnte diese schlechte Tradition immer wieder für ganz verschiedene Zwecke: vom Kampf gegen die „Türken“ über die „Zivilisierung des Bal-

kans“ bis hin zur Verherrlichung einer „Ostmark“.

Was die nun nicht mehr schweigende Mehrheit in Nickelsdorf und Salzburg, am Wiener Westbahnhof und anderswo im Land Anfang September hingegen gelebt und praktiziert hat, beweist, dass hierzulande andere Identitäten gewollt und gefühlt werden als jene von kämpferischen Grenzvätern: Das schließt auch reichhaltige und ethisch gute Traditionen mit ein, die Österreich nicht länger als Grenzballwerk begreifen, sondern als Mittler und Brücke im Herzen Europas.

Auch diese Tradition hat eine lange Geschichte, die von Maria Theresia bis hin in die Kernphasen der Zweiten Republik reicht. Zugleich haben die Menschen Anfang September auch einander und der Welt vorgelebt, dass diese Tradition nicht nur eine stolze Vergangenheit, sondern auch eine ausbaufähige Zukunft hat.

ANDRE GINGRICH (Jahrgang 1952) ist Ethnologe und Anthropologe, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Direktor des Instituts für Sozialanthropologie dortselbst. Er ist auch Mitglied der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften.



Andre Gingrich: Die schweigende Mehrheit half.

Foto: Hendrich



BLOGSATZ

Quartiere: Fünf große Hürden

Der Altenglbacher Vizebürgermeister und Gemeindevand-Kommunikationschef Daniel Kosak schreibt:

Meine Gemeinde wird rund 20 Menschen Quartier und Versorgung anbieten können. Das sind 20 Quartiere mehr als bisher, damit verschwindet Altenglbach zumindest von der Landkarte jener Gemeinden, die keine Asylwerber aufnehmen haben. Es ist weniger als die Quote vorsieht, aber es ist ein Anfang. Einer, der schwer genug war.

Vor vier Monaten hat mein Bürgermeister mich angerufen und gesagt: „Kümmere dich darum, dass wir auch bei uns Flüchtlinge unterbringen können.“ Damit begann ein Spießrutenlauf, eine Odyssee durch bürokratische Urwälder und auch Lebensrealitäten. Die Gemeinden werden oft dafür verantwortlich gemacht, dass zu wenige Quartiere bereitstehen. In manchen Fällen vielleicht mir Recht, in vielen aber auch zu Unrecht.

Bei uns hat die Gemeinde zum Beispiel keine Quartiere, Häuser oder Wohnungen, die infrage kommen. Wir waren also darauf angewiesen, dass wir private Quartiergeber finden, die ihre Häuser oder Wohnungen zur Verfügung stellen oder vermieten. In vielen Gesprächen, vielen Aufrufen und Kontakten haben wir nach solchen Möglichkeiten gesucht. In manchen Fällen wurde auch Bereitschaft signalisiert. Dabei haben sich große Hürden aufgetan:

■ **Hürde 1:** Altenglbach hat 26 Ortsteile. Es wurden mehrere Häuser angeboten, die aber alle kilometerweit entfernt von jeglicher Infrastruktur liegen. Nur mit dem Auto

erreichbar, für nicht mobile Asylwerber daher ungeeignet. Auch im Rahmen einer Vollversorgung (Unterbringung inkl. Verpflegung) nicht machbar. Auch wir haben es für sinnvoll gehalten, nur im Kerngebiet der Gemeinde zu suchen, damit fällt aber die Hälfte der potenziell möglichen Wohnstätten schon einmal weg.

■ **Hürde 2:** Die hohen und komplexen Unterbringungsstandards. Der Papierkrieg für das Anbieten eines Quartiers beim Land NÖ ist rund 60 Seiten dick. Das ist absurd. Viele potenzielle Quartiergeber schrecken das ab. Die Auflagen sind auch nicht immer leicht zu erfüllen. Sie enthalten auch ein Punktesystem zur Bewertung. Infrastrukturelle Angebote zum Beispiel. Schule, öffentlicher Verkehr, Grünflächen, Einkaufsmöglichkeiten, usw.

■ **Hürde 3:** Die Zuständigkeiten sind oft unklar. In NÖ werden „organisierte Quartiere“, d. h. Vollversorgung, direkt über das Land abgewickelt. Das Land ist also Vertragspartner. Früher war das die ORS. Dem entsprechend knapp sind die personellen Ressourcen im Land. Vor der großen Flüchtlingswelle hat die ORS die Quartiere beschafft, Verträge abgeschlossen, das Land hat eigentlich nur bezahlt. Nun ist die Lage anders. Die Landesbeamten sollen das nun selbst machen, dafür sind sie nicht einmal annähernd mit personellen Ressourcen ausgestattet. Als ich das erste Quartier gemeldet habe, hat es vier Wochen gedauert, bis es begutachtet wurde. Viel Zeit, wenn in Traiskirchen Menschen in der Wiese schlafen müssen.

■ **Hürde 4:** Geltende Rechtslagen. Klingt grotesk, ist aber so. Eine

Bürgerin hat angeboten, für zwei Jahre die Kosten einer Wohnung zu bezahlen, damit wir dort eine Familie unterbringen können. Gute Idee eigentlich. Bis man auf die Rechtslage im geförderten Wohnbau stößt. Für die Anmietung einer Genossenschaftswohnung muss man seinen Hauptwohnsitz dort anmelden. Und man darf bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten. Die Dame darf diese Wohnung also gar nicht anmieten.

■ **Hürde 5:** Wir haben einen Turnsaal unserer Mittelschule als Notunterkunft angeboten. 350 Quadratmeter, dazu Aula, Schulküche und Sanitäranlagen. Platz für ca. 70 Personen. Zu klein, hat man uns beschieden. Erst ab 1500 Quadratmeter interessant. Die Logistik wäre für kleine Flächen genauso aufwendig, wie für große. Daher lieber große Flächen.

Ich bin froh, dass wir diese Hürden nach vier Monaten weitgehend überwunden haben.

LESERSTIMMEN

Eine Drehung zu viel

Betrifft: „Der Krieg im Nahen Osten hat erst begonnen“ von Eugen Sorg
DER STANDARD, 12./13. 9. 2015

Der gesamten islamischen Glaubensgemeinschaft eine Prädisposition zu jener Gewalt und Zerstörung zu unterstellen, wie sie von den Schlächtern in Syrien oder Nigeria täglich zu Schau gestellt werden, ist selbst für die Achse des Guten eine Drehung zu viel.

Abgesehen davon, dass ja alle Religionen auf den jeweils Einen schwören und solange an das einzig Richtige glauben, bis sie es

wissen. Also abgesehen davon, dass alle Religionen diese Überheblichkeit mitbringen, macht ein Glaubensbekenntnis nicht zum potenziellen Mörder.

Eine Drehung zu viel in einer medial und politisch aufgeheizten Zeit, mit tausenden muslimischen Flüchtlingen vor der Tür, die mit uns leben wollen und sollen.

Europa ist nicht mehr Blut für ein robustes Bekämpfen des Islam zu wünschen, sondern mehr Rückgrat, den eigenen Hetzern die Stirn zu bieten.

Ulrich Wild-Pelikan
1020 Wien

Mitreden auf derStandard.at

Betrifft: Mitreden – Flucht als Familiengeschichte

Flüchtlinge, das sind immer die anderen. Doch Österreich hat auch eine Geschichte als Flüchtlingsland.

Gibt es in Ihrer Familie eine Geschichte der Flucht oder Vertreibung? Waren Sie Teil einer der letzten großen Fluchtbewegungen nach Österreich? Posten Sie Ihre Kommentare im Forum auf derStandard.at

➤ Mitreden, Userkommentare: derStandard.at/User

RUSSLAND RÜSTET ASSAD AUF

Neuer Scheideweg in Syrien

Gudrun Harrer

Parallel zum Exodus aus Syrien gibt es diplomatische und militärische Entwicklungen, die die Spielregeln an den Kriegsfrenen entscheidend verändern könnten. Es sieht wie ein Scheideweg aus: Gelingt es, einen internationalen Konsens zur Bekämpfung des „Islamischen Staats“ (IS) zu finden? Er würde sehr bittere Aspekte enthalten, wie die Duldung einer zumindest temporären Rolle für das Assad-Regime. Oder wird stattdessen eine potenzielle neue militärische Konfliktebene in Syrien eingezeichnet? Sie verlief zwischen Russland und der US-geführten Anti-IS-Allianz und wäre brandgefährlich.

Was bisher geschah: Seit Monaten verfolgt Moskau seinen neuen Plan, eine allumfassende Koalition gegen den Terror zu schmieden. Er enthält den Versuch, die Moskauseptische syrische Opposition zu engagieren, aber vor allem die Assad-Gegner in der Region, allen voran Saudi-Arabien, zur Kontaktaufnahme mit Damaskus zu bringen.

Auf geheimsdienstlicher Ebene ist das angeblich gelungen. Die Gesprächsbasis mit den USA verbesserte sich – auch als Folge des Iran-Atomdeals, den Moskau offenbar als möglichen Katalysator auch für seine Syrien-Politik sah. Moskau zeigte sich im Uno-Sicherheitsrat konstruktiv, als es im August für eine Syrien-Resolution stimmte und Venezuela auf Linie brachte. Und es zeigt Unterstützung für die Syrien-Initiative von Uno-Emissär Staffan de Mistura.

Derwies sich wenig überraschend die Frage, wie man zum syrischen Regime steht: Russland deutet zwar immer an, dass Bashar al-Assads Zukunft als Präsident nicht in Stein gemeißelt ist, aber dass ihm und der syrischen Armee gegenwärtig eine Rolle zukommen muss, ist nicht verhandelbar. Genau umgekehrt ist es in Washington – während in Europa durchaus bereits einzelne Stimmen laut werden, dass man angesichts der Bedrohung durch den IS in den sauren Assad-Apfel beißen muss.

Seit kurzem eskaliert Moskau, indem es seine Militärpräsenz in Syrien hinaufführt und Assad aufrüstet. Dieser spielt seinen Part: Er startet eine Luftoffensive gegen den IS in Raqqa. In Briefen an die Uno beklagt er sich über die militärische Intervention Großbritanniens, Frankreichs und Australiens. Anders als die irakische hat die syrische Regierung ja nicht um westliche Hilfe gegen den IS ersucht – aber bisher auch nichts dagegen unternommen.

Eine große Anti-Terror-Koalition, die Russland und den Westen umfasst, würde Wladimir Putin helfen, aus der Isolation herauszukommen: Vielleicht ist ja das die Triebfeder. Die große Frage ist, wo man im Moment steht: Sieht der russische Präsident seine diplomatische Initiative als bereits gescheitert an und setzt neue aggressive Schritte – oder versucht er sie in Gang zu bringen mit der Demonstration dessen, wie es sonst weitergehen könnte?

Angesichts der Ukraine-Erfahrungen ist jeder Grad von Skepsis angebracht. Aber es ist nicht so, dass andere, überzeugende Syrien-Pläne auf dem Tisch liegen würden.

HÖHERE KÜNDIGUNGSABGABE

Die Schere im Kopf

Günther Oswald

Das Signal, das eine Einigung auf ein größeres Arbeitsmarktpaket aussenden würde, könnte Rot-Schwarz dringend gebrauchen. Es würde zeigen: Die Koalition arbeitet auch abseits der Flüchtlingsfrage. Es wäre auch ein Beweis dafür, dass beide Seiten bereit sind, über den eigenen Schatten zu springen und für die eigene Klientel unangenehme Entscheidungen zu treffen.

Auf SPÖ-Seite wird es sicher massives Grummeln geben, wenn Arbeitslosen noch längere Anfahrtswege zu offenen Stellen zugemutet werden oder wenn Arbeitstage mit zwölf Stunden häufiger vorkommen. Die schwarzen Wirtschaftsvertreter wiederum werden über die Zusatzbelastung durch den leichteren Zugang zur sechsten Urlaubswoche sowie über die diskutierten Verschärfungen im Arbeitsrecht (All-in-Verträge, Konkurrenzklausele) klagen.

Die Frage ist aber, ob jeder Kompromiss, auch wenn er schmerzvoll ist, gleich ein guter ist – etwa am Beispiel der Kündigungsabgabe, die künftig beim Abbau von über 60-Jährigen auf bis zu 2800 Euro steigen soll. Für den Arbeitgeber ist das ein spürbarer Betrag – im Gegensatz zu den bisherigen 118 Euro, die eigentlich nur eine bürokratische Schikane sind. Der Lenkungseffekt wird sich aber trotzdem in Grenzen halten. Bei einem größeren Personalabbau wird die Firma jene Mitarbeiter kündigen, die sie für zu teuer (tendenziell ältere) oder für zu unproduktiv (auch hier sind wohl die Jüngeren im Vorteil) hält. Bei punktuellen Kündigungen sind über 50-Jährige ohnehin bereits durch die Arbeitsgerichtsbarkeit besser gestellt.

Umgekehrt kann eine höhere Kündigungsabgabe aber zu einer zusätzlichen Schere im Kopf der Arbeitgeber werden. Nach dem Motto: „Bei Älteren ist alles teurer und komplizierter, die stelle ich erst gar nicht an.“ Es besteht also die Gefahr, dass man am Ende das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte – nämlich mehr ältere Beschäftigte.



derStandard.at/Cartoons

Jeder ist sich selbst der Nächste

Die Flüchtlingskrise zeigt: Die EU agiert nicht als Solidargemeinschaft

Alexandra Förderl-Schmid

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer gab es nicht mehr so viel Unsicherheit in Europa. Das gilt für politische Entscheidungsträger genauso wie für Bürger, von denen viele in beeindruckender Weise angesichts der Notlage anpacken.

Der Andrang von Flüchtlingen mitten in Europa bringt die Staatengemeinschaft ins Wanken. Nicht nur Abkommen und Abläufe werden plötzlich infrage gestellt. Es geht tiefer: Die Debatten darüber, was unter menschenwürdiger Behandlung und Solidarität zu verstehen ist, offenbaren, wie groß die Auffassungsunterschiede sind. Die vielbeschworene Wertegemeinschaft besteht den Praxistest nicht. In dieser Krise kommen so deutlich wie noch nie Egoismen und Nationalismen zum Vorschein. Jeder ist sich selbst der Nächste, das Ziel: Flüchtlinge rasch weiterschicken oder erst gar nicht ins Land lassen.

Im Vergleich zur Euro- und Griechenlandkrise ist die Gemengelage vielschichtiger. Es ist nicht klar, wer welche Position hat. Flüchtlinge menschlich behandeln? Ja. Sie dauerhaft aufnehmen? Nein. Diese Stimmungslage herrscht nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bevölkerung vor. Österreich ist ein Beispiel dafür. Auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel fährt diesmal einen Schlingerkurs. Welches Ziel sie in der Flüchtlingspolitik tatsächlich verfolgt, können nicht einmal langjährige Merkel-Auguren einschätzen. In ihrer Partei, nicht nur in der CSU, wächst die Unruhe. Die Frage, wie viele aufgenommen werden können, wird auch in Deutschland nicht offen diskutiert.

Weitgehend einig sind sich die meisten EU-Staaten, wenn es um Ungarns Umgang mit Flüchtlingen geht. Dass Ungarn internationales Recht verletzt hat, bestätigt sogar der UN-Menschenrechtskommissar. Der Aufschrei in anderen EU-Ländern darüber, dass die ungarischen Behörden mit Tränengas und Wasserwerfern sogar gegen Kinder vorgehen, hielt sich jedoch in Grenzen. Ingeheim sind viele Entscheidungsträger – auch in Österreich – froh, dass der neue Grenzzaun zu Serbien eine Barriere ist. Mit seiner Aussage, das Verschicken von Menschen in Zügen erinnere ihn an die dunkelsten Zeiten des Kontinents, wagte sich Bundeskanzler Werner Faymann am weitesten vor.

Wer in der heutigen Gedenkstätte Auschwitz/Birkenau an der Verteilrampe steht, wo Züge ankamen, und das Ghetto von Krakau besucht, kommt auf ähnliche Assoziationen.

Aber während Deutschlands Kanzlerin aus der Vergangenheit eine Verpflichtung ihres Landes zur Aufnahme von Schutzsuchenden ableitet, will sich Polen nicht daran beteiligen. Polen gehört zu den vehementesten Gegnern des von der EU-Kommission vorgelegten Verteilungsplans. Das Argument, das auch Tschechien, die Slowakei und Ungarn vorbringen: Uns wurden jahrzehntelang Entwicklungs-

möglichkeiten vorenthalten, und unsere Bürger haben selbst vergleichsweise wenig. Das schürt die Neid- und Verdrängungsdebatten.

Am Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich, dass einheitliche Menschenrechtsstandards nicht einmal in dem mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten EU eingehalten werden und Sanktionsmöglichkeiten fehlen. Beim Gipfel am Mittwoch müssen die Staats- und Regierungschefs rasch gemeinsame Lösungen für die dringendsten Probleme finden, sonst wächst mit der Unsicherheit der Erosionsprozess der EU.

KOPF DES TAGES

Humorpreis für eine Arbeit, die kein Witz ist



Elisabeth Oberzaucher ist Ig-Nobelpreis-Trägerin.

Foto: Marin Gazzari / Uni Wien

Der kleine Ort Förolach in Kärnten darf sich seit der vergangenen Nacht als Geburtsort einer österreichischen Ig-Nobelpreis-Trägerin bezeichnen. Das verspricht zwar nicht ganz die großen Freudenstürme, die es geben könnte, wenn die Förolacherin Elisabeth Oberzaucher, Anthropologin an der Universität Wien, den ehrwürdigen Nobelpreis gewonnen hätte.

Aber man darf nicht unbescheiden sein: Der Ig-Nobelpreis wird seit 25 Jahren an kuriose, aber seriös durchgeführte Forschungen vergeben. Anfangs dachte man noch, dass dieser Schmähpriest eine Kränkung für ein ernsthaftes Forscherleben ist. Bis heute werden alle Nominierten gefragt, ob sie die Auszeichnung annehmen wollen – kaum jemand lehnt ab. Und mittlerweile reißen sich die Wissenschaftler geradezu darum. Gut zwanzig Prozent der etwa 9000 Nominierten haben sich selbst vorgeschlagen. Sie haben aber wenig Gewinnchancen.

Elisabeth Oberzaucher, Jahrgang 1974, hat nun gemeinsam mit Karl Grammer, dem 1950 geborenen Verhaltensforscher und Anthropologen, für die Computersimulation der legendären Zeugungsfreude eines marokkanischen Sultans den Preis gewonnen. 888 Kinder soll dieser Mann gezeugt

haben, Oberzaucher und Grammer kamen zum Schluss: Ja, das geht sich aus – mit zweimal Sex am Tag. Angesichts des Themas hätten die beiden Wissenschaftler vermutlich ahnen können, zumindest auf eine Shortlist heißer Ig-Nobelpreis-Kandidaten zu kommen. Aber es ging ihnen wohl eher darum, am Computer einmal nachzurechnen, wie viele Kinder ein Mensch denn überhaupt haben kann. Dass die Arbeit vom renommierten Fachjournal *Plos One* publiziert wurde, beweist schließlich auch, dass es sich um seriöse Wissenschaft handelt.

Oberzaucher studierte an der Universität Wien Biologie und schloss das

Studium mit einer Diplomarbeit über positive Auswirkungen von Grünpflanzen auf die kognitive Leistungsfähigkeit ab. Ihr Doktoratsstudium am Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtethnologie schloss sie 2003 ab. Sie lehrt am Department für Anthropologie der Uni Wien – mit Grammer, der Leiter des Boltzmann-Instituts war, hat sie schon häufig publiziert. Darunter Studien, die auch Inhalte versprechen, die mindestens genauso lebensnah sind wie jene über das Zeugungsverhalten des Sultans: Eine handelte etwa von individuellen und geschlechtsspezifischen Körpergerüchen.

Peter Illtschko

Was bei Stakeholder-Dialogen falsch läuft s. K 6 Iventa kauft Mitbewerber Media4Jobs s. K 2



derStandard.at/Karriere

Gutes tun im Namen der Firma

Corporate Volunteering: Gesundere, weniger gestresste Mitarbeiter, bessere Teams – der Nutzen des Ehrenamts, das die Firma ermöglicht, ist belegt. Für alle Beteiligten. Gut möglich, dass gerade ein großer Trend entsteht.



Karin Bauer

So etwas kann man nicht anschaffen, das soll man auch nicht“, sagt Erste-Bank-Vorstand Peter Bosek. Anliegen von Unternehmen müsse es sein, ehrenamtlich soziales Engagement der Mitarbeiter zu „ermöglichen“. Eine betriebswirtschaftliche Einordnung des Nutzens hält er für „schwer, man soll solche Dinge auch nicht tun, um sich beliebt zu machen“.

Begonnen hat es bei ihm mit der Zweiten Sparkasse, wo 360 Mitarbeiter der Erste Bank ehrenamtlich Konto- und Bankdienstleistungen in Kooperation mit Caritas und Schuldnerberatung jenen zur Verfügung stellen, die sonst keinen Zugang hätten. Dann kam das Dauerprojekt „Vernetzte Welten“ dazu, in dessen Rahmen die Bank Mitarbeiter und ihr Know-how für drei bis sechs Monate an Sozialorganisationen „spendet“. Mehr als 1200 Banker sind in der „Time Bank“ registriert, wo Freiwilligenarbeit organisiert und vermittelt wird. Dienstzeit wird zur Verfügung gestellt.

Vor zwei Wochen kam aus der Belegschaft der Wunsch, eine aufgelassene Filiale als Flüchtlingsnotquartier umzubauen. Betten wurden aufgebaut, Mitarbeiter sind jetzt dort am Westbahnhof im Einsatz. Aber auch Vorstände werken mit. So genanntes Top-Down Commitment zählt, das zeigt auch ÖBB-Boss Christian Kern mit seiner Präsenz vor Ort.

Solche langfristigen und großangelegten Strukturen für Corporate Volunteering finden sich hierzulande schon vereinzelt in Konzernen. Jene 36 Prozent heimischer Unternehmen, die laut Erhebung des Fundraising-Verbands ihren Mitarbeitern ehrenamtliches Engagement ermöglichen, tun dies vorwiegend allerdings lokal bei Bedarf etwa als bezahlte Dienstfreistellung für Feuerwehreinsätze.

Der spontane Einsatz vieler Unternehmen in der aktuellen Flüchtlingsnot sei noch kein strategisches Corporate Volunteering, sagt Günther Lutschinger, Geschäftsführer des Fundraising-Verbands. Er verfügt über jahr-

zehnte Erfahrung in diesem Bereich. Aber es entstünden jetzt neue Schnittstellen zwischen For-Profit- und Non-Profit-Organisationen.

Ist das der Beginn einer neuen Qualität im Personalmanagement – nämlich aus diesem begeisterten aktuellen Engagement Langfristiges soziales Tun der Belegschaften klassischer Unternehmen zu machen?

Lutschinger hält das für gut möglich. Peter Bosek sowieso: „Wir haben intern langfristig und auch aktuell einen unfassbar guten Response – nur Integration ist noch ein anderes Paar Schuhe, da gehört der Zugang zum Arbeitsmarkt schnell gelockert.“ Da endet die Macht der Konzernchefs. Gratiskontos für Asylwerber gibt es aber immerhin schon einmal in der Ersten.

Die fruchtbaren Wirkungen bezahlter Freiräume für soziales Engagement sind jedenfalls für Unternehmen längst belegt – abseits möglicherweise erwünschter positiver PR- und Image-noten: Mitarbeiter, die Volunteering in Anspruch nehmen, fühlen sich weniger gestresst, gesünder, psychisch und physisch in besserer Verfassung. Personalchefs ermittelten bessere zwischenmenschliche und professionelle Kompetenzen (www.unitedhealthgroup.com).

So kommt auch quasi „nebenbei“ Innovation ins Haus, die Bindung zu Partnern wird verstärkt. Rewe und das Projekt Lernbuddy mit der Wirtschaftsuniversität Wien ist dafür etwa ein Beispiel und positioniert den Konzern im Ranking attraktiver Arbeitgeber auch messbar auf einen der besseren Plätze. Studien zufolge will ja gerade die nachrückende Generation einen Arbeitgeber, der seine gesellschaftliche Verantwortung nicht nur im Prospekt stehen hat.

Die förderlichen Auswirkungen von sogenanntem „Skill-based Volunteering“ (eingebracht wird in eine soziale Organisation die professionelle Kompetenz, etwa Accounting) auf das persönliche berufliche Fortkommen hat Deloitte in Studien belegt.

In einer Reihe von Unternehmen punktet soziales Engagement auch für eine Einstellung, etwa in der OMV, so Konzernpersonalchef Georg Horacek.



3. Juni 2014, Nador, Marokko: eine Gruppe von Männern aus Subsahara-Afrika, versammelt an einer Wasserstelle. Tausende Afrikaner warten auf dem Berg Gourougou auf ihre Chance, um von dort via Melilla nach Europa zu gelangen.

Foto: Daniel Etter

Karriere Einblicke



Innovative, internationale Projekte planen – sei dabei!

DI Johannes Roth
Project Planning Manager bei
AVL Commercial Driveline & Tractor Engineering



INHALT

Achtsamkeit: Was pluralistische Gesellschaften brauchen Seite K 8

Schule: Flüchtlinge willkommen – aber wie? Seiten K 9, 10

Folgen Sie DI Johannes Roth, Project Planning Manager bei AVL CD&TE, und lernen Sie seinen Werdegang kennen – via QR-Code oder direkt auf derStandard.at/KE1538 bzw. auf www.avl.com/jobs.



Wie sich Hochschulen engagieren

Die Universitätenkonferenz (Uniko) startet eine neue Initiative für Geflüchtete an Unis. Auch an Fachhochschulen wird geholfen. Ein Gesamtkonzept für die Hochschullandschaft gibt es bislang nicht.



7. November 2012, Subotica, Serbien: Ein Flüchtling aus Afghanistan isst auf einem Feld Früchte von einem Baum.

Lara Hagen

Man könne es sich einfach nicht erlauben, in einer Situation wie dieser untätig zu sein. Man könne nicht verantworten, dass eine Generation Geflüchteter heranwächst, die man in Zukunft als verloren bezeichnet. Deswegen haben sich die Unis dazu entschieden, mehr zu tun. Passend dazu der Name der Uniko-Initiative für Asylwerber und Asylsuchende: „More“.

„Die Weiterentwicklung der Gesellschaft ist eine der universitären Aufgaben“, sagt Gerald Bast, Vizepräsident der Uniko und Rektor der Angewandten. Heinrich Schmidinger, Präsident der Uniko, ergänzt: „Es ist unsere Pflicht, in dieser unglaublichen Not zu helfen.“

Seit Juli wurde das Vorhaben geplant, diese Woche präsentiert:

Teilnehmende Unis – bis jetzt 16 – nehmen im Wintersemester zwischen 15 und 100 außerordentliche Studierende auf. Spezielle Vorlesungen, Kurse und Workshops werden angeboten – allein an der Angewandten sind 33 geplant. Man konzentrierte sich auch auf den Bereich Sprachen und Sport, die Bibliotheken würden geöffnet, und es könne an Chorproben teilgenommen werden. Alles unter dem Motto: So wenig Bürokratie wie möglich. Studienbeiträge würden erlassen, Kursteilnahmen seien kostenlos. Im Zentrum stehe der Austausch, gegenseitiges Lernen – Asylwerber sollten nicht nur als Empfänger von Wohltaten gesehen werden, sagt Schmidinger, man wolle auch von ihnen lernen.

Ein paar Unklarheiten gibt es noch: Man wisse noch nicht, wie viele geflüchtete Studierende tatsächlich teilnehmen. „Wir kennen ja noch nicht einmal die normalen Inskriptionszahlen“, sagt Schmidinger.

Auch über mögliche Kooperationen mit anderen Hochschulen – Privatunis, pädagogische Hochschulen oder Fachhochschulen –, um Kräfte zu bündeln, hat man bislang nicht nachgedacht.

Bei der Fachhochschulkonferenz wurde man über die Initiative nicht informiert, es war aber an einzelnen FHs in den letzten Wochen bereits einiges Engagement vorhanden: Über den Sommer haben Fachhochschulen Campus, Mensa, Hörsäle und Infrastruktur für

Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. In Salzburg wurden Flüchtlinge vorübergehend in einem Studentenwohnheim untergebracht. Aktuell gebe es einige Überlegungen, wie man langfristig tätig werden kann. Vieles sei aber erst in Planungsphase.

Das Thema fließe auch in die inhaltlichen Auseinandersetzungen im Unterricht ein – etwa im Studienbereich Gesundheit und Soziales, wo die Situation von Flüchtlingen besonders intensiv behandelt werde (Traumatisierung, Betreuungs- und Unterbringungskonzepte).

Die Frage der Zulassung sei zentral, sagt der Generalsekretär der Fachhochschulkonferenz, Kurt Koleznik. Ausnahmen vom bürokratischen Normalvorgang seien sinnvoll. Die Entscheidung liege bei den einzelnen FHs.

<http://uniko.ac.at/projekte/more/angebot/>

PERSONAL MOVES

KARIN BAUER

Stakeholder: Alles gratis?



Wissen und Erfahrung weitergeben, teilen, fördern und unterstützen, ohne selbst im Vordergrund zu

stehen, Expertise einbringen, ohne abzucashen – das hält die Welt zusammen. Und sollte sowieso Maxime sein. Pro bono gehört sich einfach.

Zu hinterfragen ist allerdings, was im Zuge der populär gewordenen „Stakeholder-Dialoge“ passiert: Da holen sich Unternehmen tagelang Vertreter von Sozialorganisationen (NPOs) an den Tisch, um Wissen und Stimmungslage zum Unternehmen und zu Projekten „da draußen“ zu erfahren und das dann bestmöglich in die Firmenstrategie, die Geschäftsmodelle, das Risikomanagement einzubauen.

Dort entstehen neue Schnittstellen zwischen „For Profit“ und „Non Profit“. Dort öffnen sich Grenzen, und dort wächst Verständnis für andere Welten. Das ist toll und dringend notwendig. Aber: Wieso sind diese Leistungen der Sozialorganisationen, der „Stakeholder“ in den Sitzungszimmern der Wirtschaft, natürlich gratis und unentgeltlich? Das ist eine Unkultur, und das läuft falsch.

Die Konzentration auf Wirkungsorientierung von Sozialorganisationen kann nicht selbstverständlich Pro-bono-Leistung für Stakeholder-Dialoge der Wirtschaft bedeuten. Da fehlt Selbstbewusstsein einerseits aufseiten der Sozialen und andererseits monetäre Anerkennung vonseiten der Wirtschaft.

Erfahrene weibliche Persönlichkeit

in unterschiedlichen Bereichen (Leitung einer großen Musikstiftung, Hotelfachschule in der Schweiz, Herstellung von Wirtschaftskontakten international, langjähriges Eventmanagement und Promotion mit Prominenten), gebildet, mit erstklassigem Auftreten und ungebunden, sucht neue Herausforderungen, um ihre Kompetenzen zu erweitern.

Seriöse Angebote unter Chiffre-Nr. K158252 per Mail (chiffre@derStandard.at) an den Verlag.



GLOBAL 2000 (Friends of the Earth Austria) sucht eine/n

PressesprecherIn (Vollzeit)

mit Interesse an Umweltthemen und Politik.

Bewerbungen bis 04.10.2015 an:

bewerbung@global2000.at oder an

GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien

Nähere Informationen unter: www.global2000.at/jobs

French-Language Internet Researcher

Vienna based US Government office seeks an Independent Internet researcher on France related topics. Near-native proficiency in English, interest in current affairs and good writing and research skills required. Work at home as part of a virtual team. Own PC and broadband connection are essential.

Details: <http://austria.usembassy.gov/vacancies.html>

10 JAHRE BOKU ALUMNI

Alle AbsolventInnen sind eingeladen zum:

Alumni-Tag: 26. September 2015

im ehemaligen »Rosthaus«

Mit: **Rektor M. Gerzabek, Schauspieler Otto Schenk und Altrektor Manfred Welan**

Gitarrenkonzert von den Professoren Peter Schwarzbauer & Rupert Wimmer

Jahrgangstreffen 1965, 1975, 1985 und 1995 und zum letzten Mal: **Ausklang im TÜWI**

www.alumni.boku.ac.at

Verbindungen fürs Leben

Universität für Bodenkultur · Gregor Mendel Str. 33, 1180 Wien



FAKULTÄT FÜR INFORMATIK
Faculty of Informatics

2 Assistant Professors (Tenure Track)

The Faculty of Informatics at the Vienna University of Technology (TU Wien) invites applications for 2 Assistant Professor positions (tenure track). Candidates can apply in any of the Faculty's main research areas: Computer Engineering, Distributed and Parallel Systems, Logic & Computation, Media Informatics & Visual Computing, as well as Business Informatics. The initial appointment is for 6 years with the possibility of promotion to a permanent position as Associate Professor following a positive tenure evaluation.

We offer excellent working conditions in an attractive research environment in a city with an exceptional quality of life.

For a more detailed announcement and information on how to apply, please go to: <http://www.informatik.tuwien.ac.at/vacancies>

Applications (in English) should be sent to the **Dean of the Faculty of Informatics, Prof. Dr. Gerald Steinhardt**, in digital form (a single pdf file to: dekan@informatik.tuwien.ac.at).

Application deadline: **October 31, 2015**

„Achtsamsein muss kultiviert werden“

STANDARD: *Achtsamkeit ist Modethema der Arbeitswelt – sie soll dort vor Stress schützen. Da gerät doch leicht die altruistische Komponente des Konzeptes aus dem Blick?*

Kleinrath: Achtsamkeit zur Leistungssteigerung zu missbrauchen ist falsch. Wichtig wäre, dass sie ethisch ausgerichtet ist. Studien zeigen zwar, dass Achtsamkeit Stress reduziert – aber eben auch Ruhe und Empathiefähigkeit fördert.

STANDARD: *Wie hilft das Konzept im Umgang mit Menschen anderer Herkunft?*

Kleinrath: Indem wir lernen, nicht willkürlich zu reagieren. Gerade weil es ein wesentliches Prinzip ist, nicht zu werten, hilft Achtsamkeit im Umgang mit fremden Menschen, fremden Erfahrungen. Wir nehmen Abstand von voreiligen, willkürlichen Wertungen und Reaktionen, die allzu oft Kontakt verhindern und auch, dass wir die Menschen und Situationen genauer wahrnehmen.

STANDARD: *Ein Erfolgsrezept für Multi-kulti-Organisationen also?*

Kleinrath: Achtsamkeit fördert Teams darin, Vielfalt als Wert zu verstehen. Aber nicht nur in Organisationen, sie ist insgesamt wichtig in pluralistischen Gesellschaften. In unserem ganzen Sein und Tun. Ich meine sogar, dass sie zu einem wertschätzenden, friedlichen Zusammenleben führt.

STANDARD: *Bräuchte es Achtsamkeitstrainings für alle?*

Kleinrath: Achtsamkeit ist natürlich nicht das Patentrezept. Für die Arbeit im Team hilft sie aber. Und auch Führungskräfte: Sie können die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter besser wahrnehmen – und so auch deren Kreativität, deren Wohlbefinden steigern.



Foto: iStock

Migrationsforscherin **Katharina Kleinrath** plädiert für eine ethischere Ausrichtung von Achtsamkeit. So verstanden könne sie zu einem wertschätzenderen Umgang führen.

INTERVIEW: *Lisa Breit*



Achtsamkeit müsse mit Kontinuität betrieben werden, sagt Katharina Kleinrath.

Foto: Donau-Uni Krems

schaft das Konzept zunutze gemacht hat: Medizinische, psychologische oder neurowissenschaftliche Zugänge werden reflektiert. Der Lehrgang richtet sich vor allem an Menschen, die im pädagogischen und psychosozialen Bereich arbeiten.

STANDARD: *Achtsamkeit wird dort zur Traumatherapie eingesetzt – eignet sie sich auch zur Bearbeitung von Fluchterfahrungen?*

Kleinrath: Das Potenzial wäre auf jeden Fall da.

KATHARINA KLEINRATH ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Migration und Globalisierung der Donau-Universität Krems. Sie leitet dort den neuen Lehrgang „Achtsamkeit in pluralistischen Gesellschaften“, der, vorbehaltlich der Genehmigung des Universitätsrats, am 30. Oktober starten wird.

STANDARD: *Und sie handeln auch nachhaltiger, wenn es nach einschlägigen Studien geht ...*

Kleinrath: Weil Achtsamkeit bei Personen, die sich damit beschäftigen, den Weitblick fördert, den Sinn für das Größere. Achtsame, nachhaltige Unternehmen sind auch wirtschaftlich effizienter.

STANDARD: *Besteht da nicht die Gefahr der Instrumentalisierung?*

Kleinrath: Klar, wenn mit ihr nur mehr schnelle Ziele verfolgt werden, geht der Grundgedanke verloren. Achtsamkeit und Nachhaltigkeit sollten nicht zur bloßen Imagepflege eines Unternehmens gebraucht werden.

STANDARD: *Was sind weitere Herausforderungen?*

Kleinrath: Die Kontinuität. Wir können einen Augenblick achtsam sein, ethische Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen – aber permanent achtsam zu sein ist anstrengend und somit eine hohe Kunst.

STANDARD: *Wie kann die gelingen?*

Kleinrath: Indem die achtsame Haltung kultiviert wird. Nicht die Mitarbeiter zu Seminaren zwingen, aber regelmäßig welche anbieten.

STANDARD: *Sie bieten einen Lehrgang für Achtsamkeit an. Wie wird ein Konzept aus dem buddhistischen Raum akademisch gelehrt?*

Kleinrath: Den buddhistischen Ursprüngen widmen wir eine ganze Einheit. Außerdem wird es aber religionsübergreifend auch darum gehen, wie sich die Wissen-

gang für Achtsamkeit an. Wie wird ein Konzept aus dem buddhistischen Raum akademisch gelehrt?

Kleinrath: Den buddhistischen Ursprüngen widmen wir eine ganze Einheit. Außerdem wird es aber religionsübergreifend auch darum gehen, wie sich die Wissen-

Jugendstrafrecht: In Konflikt mit dem Gesetz

Was du beachten musst, wenn dich die Polizei anhält, wodurch sich eine strafbare Handlung definiert und welche Strafen es für Jugendliche gibt.

Lisa Breit

Frage: Was ist eine „strafbare Handlung“?

Antwort: Eine strafbare Handlung ist alles, was gegen das Strafgesetz und seine Nebengesetze verstößt, also zum Beispiel Diebstahl, Körperverletzung, Einbruch oder Besitz von illegalen Drogen oder Waffen.

Frage: Darf mich die Polizei einfach so durchsuchen?

Antwort: Die Polizei darf deine Identität feststellen, wenn sie angemessene Gründe dafür hat. Zum Beispiel, wenn sie bei einer bestimmten öffentlichen Veranstaltung für Ordnung sorgen muss. Dann musst du deinen Namen, dein Geburtsdatum und deine Wohnanschrift angeben. Alle anderen Fragen zu deiner Person – zum Beispiel: Name und Beruf der Eltern,

Hobbys, Freunde, Schule – musst du nicht beantworten. Die Polizei darf dich und alles, was du bei dir hast, nur dann durchsuchen, wenn du unter Verdacht stehst, etwas Strafbares getan zu haben oder gefährliche Gegenstände bei dir zu haben.

Frage: Können Kinder und Jugendliche für strafbare Handlungen ins Gefängnis gesteckt werden?

Antwort: Jugendliche sind bis zur Vollendung des 14. Lebensjahrs nicht strafbar. Das heißt, sie können weder eine Anzeige bekommen, noch verurteilt werden. Es können aber andere Maßnahmen getroffen werden, zum Beispiel Sozialstunden, was bedeutet, dass der Jugendliche für eine gewisse Stundenanzahl in einer sozialen Einrichtung mitteilt. Ab 14 werden Jugendliche gleichermaßen zur Verantwortung gezogen. Die Strafmaßnahmen sind aber deutlich niedriger als bei Erwachsenen.

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich dem Thema „Sind alle Kinder von Geburt an gleich? Über Armut und soziale Gerechtigkeit.“ Am Samstag im STANDARD.

http://oe1.orf.at
www.kinderuni.at



präsentiert von DER STANDARD

KARRIERENSTANDARD, BILDUNG & KARRIERE

Redaktion: Karin Bauer (Leitung)

Anzeigen: Stellenmarkt (+ 43/1) 531 70, DW 291, stellenmarkt.anzeigen@derStandard.at
Bildung & Karriere: (+ 43/1) 531 70, DW 432, anzeigen@derStandard.at

Chiffre-Post: Standard Verlagsges. m. b. H., A-1030 Wien, Vordere Zollamtsstraße 13, chiffre@derStandard.at

17./18. November 2015

Courtyard by Marriott Wien Messe

**BUSINESS
CIRCLE**
Die Nr. 1 bei Konferenzen

3. unabhängiger Treffpunkt für Unternehmen, Experten, Interessenvereinigungen und Politik

Lehrlingsforum 2015

- » Die Zukunft der Lehre – was passiert, wenn nichts passiert? Perspektiven & Lösungen aus Sicht der Jugend und Experten
- » Lernen von den Besten: Andritz, Billa, Hilti, Mark, MPREIS, Schindlerhof, Siemens, Spar, Stiegl und Wiener Stadtwerke

DIREKT ZUR ANMELDUNG



KONTAKT neubauer@businesscircle.at, T +43/(0)1/522 58 20-27

businesscircle.at

Die Caritas der Erzdiözese Wien stellt die Menschen mit ihren vielfältigen sozialen Bedürfnissen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Unterschiedlichkeit und Vielfalt schätzen wir auch bei unseren Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen.

Für unsere **Senioren-/Seniorinnen- und Pflegehäuser St. Elisabeth** und **Schönbrunn** suchen wir einen/eine

Pflegedienstleiter/in

Als Pflegedienstleiter/in übernehmen Sie die Verantwortung des bewohner/innen-orientierten Betreuungs- und Pflegeangebots für 175 Pflegeplätze. Zudem sichern und entwickeln Sie die Pflegequalität sowie den Betreuungsprozess beider Häuser unter Berücksichtigung fachlicher, gesetzlicher und qualitätsrelevanter Aspekte weiter.

Ihr Aufgabenbereich: • Qualitätsmanagement • Pflegepersonalmanagement und Mitarbeiter/innen-Führung • Planung von Fortbildungsmaßnahmen • Weiterentwicklung der Häuser, wobei Sie auch aktiv in Projekten mitwirken und gegebenenfalls die Projektleitung übernehmen • Mitarbeit bei der Vernetzung der verschiedenen Angebote der Caritas im Bereich Betreuen und Pflegen • Enge Zusammenarbeit mit dem/der Hausleiter/in

Wir bieten: • Gehalt je nach Berufserfahrung für 38 Wochenstunden ab € 2.585,90 brutto plus Leitungszulage, zusätzlich bei Familienbeihilfenbezug Kinderzulage € 55,00 brutto pro Kind • Sicherheit eines Kollektivvertrags und einer Betriebsvereinbarung • Eigenverantwortliches Betätigungsfeld, in dem kreative Veränderungsprozesse mitgestaltet werden können • Führung von motivierten, engagierten Teams • Berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten

Wir erwarten: • Diplom der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege • Sonderausbildung für Führungsaufgaben gem. § 72 GuKG • Fundiertes ökonomisches Grundverständnis • Leitungs- und Organisationserfahrung, Berufserfahrung in der Betreuung und Pflege • Identifikation mit den Zielen und Wertvorstellungen der Caritas

Wir wenden uns im Speziellen an Bewerber/innen, die ein hohes Maß an Sozial- und Führungskompetenz sowie Eigenverantwortlichkeit mitbringen. Wenn Sie Ihre Kompetenzen und Ihr Gefühl für das richtige Maß an Veränderung bei der Weiterentwicklung unserer Häuser einbringen möchten, freuen wir uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, vorzugsweise per E-Mail **bis spätestens 7. Oktober 2015!**

Bewerbungen von Menschen mit Behinderung sind ausdrücklich erwünscht.

Caritas der Erzdiözese Wien
Betreuen und Pflegen Wien
z.H. Frau Regina Herzog
Albrechtskreithgasse 19–21, 1160 Wien
regina.herzog@caritas-wien.at

**Caritas
&Du**

Feuer und Flamme statt ausgebrannt.

derStandard.at/Karriere



Wie sich Berliner Schulen auf Flüchtlingskinder eingestellt haben

Mehr als nur Sprache lernen

An Berliner Schulen gibt es für rund 5000 Flüchtlingskinder eigene „Willkommensklassen“. In diesen werden die Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, auf den Schulalltag vorbereitet.

Birgit Baumann aus Berlin

Vielleicht hat der Hausmeister etwas vergessen. Oder ein Lehrer will sich noch schnell frischmachen. Jedenfalls steht in einem kleinen Klassenzimmer der Carl-Orff-Grundschule (Volksschule) in Berlin eine Dose Rasierschaum. Mehdi (6) aber weiß schon, was jetzt kommt, und schaut erwartungsvoll.

Seine Lehrerin, Bettina Meyer-Herms, verteilt den Rasierschaum großzügig am Tisch in der zweiten Reihe. „Ein Bogen, runter und ein Strich“, sagt sie und malt einen Zweier in den Schaum. „Macht mal!“, fordert sie dann Mehdi und seinen Nachbarn Rihhard (7) auf. Die beiden kichern und tun es ihr eifrig gleich. „Bogen, runter, Strich und fertig“, erklärt Mehdi zufrieden. Auch Schulleiterin Domenica Aciri, die ihn beobachtet, ist angetan: „Vor zehn Tagen konnte Mehdi noch kein einziges Wort Deutsch.“

Mit seinen Eltern ist der Sechsjährige aus Syrien geflohen. Wie Tausende andere auch kam er nach Berlin, und nun soll er hier Schulbildung bekommen. Doch er spricht kein Deutsch, und deshalb sitzt er nun jeden Vormittag zuerst in der „Willkommensklasse“ der Carl-Orff-Schule. Eine „Willkommensklasse“ richtet sich an jene Kinder, die kein Deutsch sprechen. Es gibt diese Einrichtung in 226 Berliner Schulen. 478 Lehrkräfte kümmern sich darin um rund 5000 Schülerinnen und Schülern.

„Zügiger Spracherwerb“ lautet das vom Senat ausgegebene Ziel – damit die Kinder spätestens nach einem Jahr in die Regelklassen wechseln können. Doch in den Willkommensklassen wird weit mehr gelehrt als bloß die Sprache. Sie sind die Vorbereitung für das Leben in Deutschland.

„Es ist eine große Bereicherung, aber oft auch eine Herausforderung“, sagt Meyer-Herms, „denn wir wissen über die meisten Kinder gar nichts, wenn sie zu uns kommen.“ Nichts über ihren Bildungsstand, nichts darüber, ob sie in ihrer Heimat überhaupt eine Schule besucht haben, nichts über ihre Lebensumstände oder die Flucht.

Manches erahnen sie auch ohne konkrete Informationen. „Man merkt, dass viele Kinder sehr ängstlich sind. Sie haben Angst vor der Dunkelheit und vor fremden Personen“, sagt Meyer-Herms. Die Kerzen bei der Weihnachtsfeier waren auch nicht allen geheuer. Umso wichtiger ist es Meyer-Herms, dass ihre Schützlinge rasch Regeln lernen.

Diese sind in Form von Bildchen an der Tafel angebracht. Kuscheelige kleine Raben zeigen, wie man sich benimmt: Man trägt in der Schule Hauspatschen, man rennt nicht im Gang, man sitzt ordentlich auf dem Sessel. „Wir wollen eine gesellschaftlich-kulturelle Integration ohne Assimilation“,

erklärt die Lehrerin. Deshalb werden in der Schulküche auch libysche Süßigkeiten hergestellt, über die sich die Berliner Kinder genauso freuen.

„Ohne das Engagement der Eltern und anderer privater Helfer könnten wir das so niemals schaffen“, sagt Schulleiterin Aciri. Und so gibt es an der Schule „Patenschaften“ für Stifte, Hefte, Hausschuhe, Kleber, Schulhefte – für eigentlich alles, was Geld kostet und die Väter und Mütter der Flüchtlingskinder nicht bezahlen können.

Manchmal aber bleiben Schulsachen auch einfach zurück, und das Kind kommt von einem Tag auf den anderen nicht mehr. Im besseren Fall ist es mit seinen Eltern nur umgezogen, weil ein positiver Asylbescheid erging. Im schlechteren Fall ist es auf



Foto: Christian Fischer

Wer kein Deutsch kann, lernt in Berlin in „Willkommensklassen“.

dem Weg zurück in seine Heimat, weil die Familie abgeschoben wird. Das geht auch an den Lehrern nicht spurlos vorbei.

Mehdis Perspektiven aber sind gut, er wird wohl bleiben können. Jetzt, am späten Vormittag, ist er schon ein wenig müde und reibt sich die Augen. Das Lernen hat nun ohnehin ein Ende. Denn den letzten Teil des Schultags verbringen die Kinder schon in den Regelklassen, um sich dort einzugewöhnen. Auch wenn sie vieles dort noch nicht ganz verstehen, eine Beobachtung macht Schulleiterin Aciri immer wieder: „Die Verständigung zwischen den Kindern funktioniert völlig problemlos.“



Die richtigen Schritte tun

Der Bildungsbereich braucht neues Management-Verständnis

Josef Oberneder

Die Herausforderungen im Bildungsbereich verlangen ein neues Management-Verständnis in Österreichs Schulen. Die Leitung von Schule wird den kompetenten Umgang mit unvermeidlicher Unsicherheit und steigender Komplexität benötigen. Kurz: Widerstandsfähigkeit und Flexibilität, um Unerwartetes zu meistern und aus Turbulenzen gestärkt hervorzugehen. Dazu braucht es maßgeschneiderte Qualifizierungsprogramme für erfahrungsorientiertes Lernen der Schulmanager.

Im Expertenpapier „Freiraum für Österreichs Schulen“ sind viele begrüßenswerte Ziele formuliert, die durch qualifiziertes Schulmanagement erreicht werden sollen: eine zeitgemäße und effiziente Steuerung österreichischer Schulen durch klare und transparente Zuordnung von Aufgaben sowie eine deutliche Stärkung der Autonomie.

Hinderlich ist dabei, dass sich die Organisation Schule zunächst auf ihre pädagogischen Kompetenzen beschränkt. Sie reagiert auf Störungen durch neue Aufgaben im Management wie dem Aufbau von Qualitätsmanagement, der Stärkung von Autonomie durch Zuteilung von Ressourcen oder der Einführung standardisierter Prüfungen manchmal höchst selektiv.

Wir brauchen aber in unseren Schulen Leiter, die eine Lösungsvielfalt leben und die mit all diesen neuen Herausforderungen und ihren Konsequenzen umgehen.

Es wird nicht mehr reichen, pädagogisches Personal mit Leadership-Trainings, Workshops und Vorträgen im konventionellen Management von Schulen zu qua-

lizifizieren: Kommunikationstraining, Konfliktlösung, Schulrecht, Schulentwicklung, Projektmanagement. Nein, der Schulalltag verlangt eine Gegenposition zum organisierten Lernen: maßgeschneiderte Development-Programme im Sinne eines erfahrungsorientierten Lernens, in dem die Distanz zwischen Lernfeld und Arbeitsfeld aufgehoben wird.

Das Paradigma des „Action-Learning“ etwa als Grundlage: Hier geht es darum, Neuartiges zu erforschen und sich in Reflexion der eigenen Praxis zu üben. Der substantielle Unterschied zum organisierten Lernen in Form von Seminaren, Lehrgängen und Projektarbeiten ist, dass Lernen als „Aktion“ des Lernenden gesehen wird. Schulleiter eines Action-Learning-Programms müssen von sich aus ein Projekt beim Auftraggeber initiieren und durchbringen. Sie bekommen Lernpartner, Lernberater und Förderer an die Seite gestellt und sind mit dem

unmittelbaren Vorgesetzten über regelmäßig stattfindende Mitarbeitergespräche in Kontakt. Es ist ein gänzlich anderer Zugang des Lernens für Schulleiter, wofür es von Schulmanagern Mut und Risiko, vor allem aber Freiraum, Autonomie und ein engagiertes Team braucht. Um die Sprache des Fußballs zu verwenden: Wir werden sehen, wie das Team der Bundesregierung den gemeinsamen Anpfiff meistert. Hoffentlich mit viel Mut und Risiko, um die nächsten richtigen Schritte zur Qualifikation des Schulmanagements auszuprobieren.

JOSEF OBERNEDER ist Vizerektor für Hochschulmanagement und Schulentwicklung an der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich.



Foto: APA, HERBERT PEARHOFER

FLÜCHTLINGSHILFE IN ÖSTERREICH.

BITTE HELFEN SIE MIT!

CARITAS
AT16 3100 0004 0405 0050
BIC: RZBAATWW
KW: FLÜCHTLINGSFONDS

ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ (ÖRK)
AT57 2011 1400 1440 0144
BIC: GIBAATWWXXX
KW: FLÜCHTLINGSHILFE

DIAKONIE FLÜCHTLINGSHILFE
AT97 2011 1287 2204 5678
BIC: GIBAATWWXXX
KW: DACH ÜBERM KOPF

ARBEITER-SAMARITER-BUND ÖSTERREICHS
AT97 1200 0006 5412 2001
BIC: BKJAATWW
KW: FLÜCHTLINGSHILFE

CARE
AT77 6000 0000 0123 6000
BIC: OPSKATWW
KW: FLÜCHTLINGSHILFE SYRIEN

SOS KINDERDORF
AT62 1600 0001 0117 3240
BIC: BTVAAT22
KW: FLÜCHTLINGSKINDER

Volkshilfe Österreich
AT77 6000 0000 0174 0400
BIC: OPSKATWW
KW: FLÜCHTLINGSHILFE

Hilfswerk Austria International
AT71 6000 0000 9000 1002
BIC: OPSKATWW
KW: SYRISCHE FLÜCHTLINGSKINDER

Kindernothilfe Österreich
AT 142011131002803031
BIC: GIBAATWW
KW: SYRISCHE FLÜCHTLINGSKINDER

WG-Zimmer statt Flüchtlingsunterkunft

Warum können geflüchtete Menschen in Österreich nicht einfach in WGs wohnen statt in Massenunterkünften? Das war die zündende Frage, die zum Start des Projektes „Flüchtlinge willkommen“ führte.

Im Jänner dieses Jahres gegründet, war die Absicht außerdem, den Kontakt mit der Gesellschaft herzustellen und dadurch Flüchtlinge besser zu integrieren, sagt einer der Gründer, Politikwissenschaftlerstudent David Zistl.

Wie funktioniert das Ganze? Alles beginnt mit einem freien Zimmer. Dieses kann auf der Plattform angemeldet werden, das Team sorgt für Kontakt mit externen Partnern, die in der jeweiligen Stadt mit Flüchtlingen zusammenarbeiten. Sobald ein Kandidat gefunden wird, kommt es zum persönlichen Kennenlernen und Austausch.

Das kleine Team konnte sich schon nach kurzer Zeit freuen – der Zuspruch war enorm: 40 Anmeldungen aus 20 Orten gab es nach zwei Wochen, darunter eine Pensionistin, die klassische Studenten-WG und eine Familie.

Für die Finanzierung der Miete gibt es viele Möglichkeiten. Oft läuft sie über Crowdfunding ab – viele der WGs wurden etwa auf respekt.net für mehrere Monate vorfinanziert. Bislang wurden 52 Flüchtlinge in sechs Bundesländern zu neuen Mitbewohnern.

➔ <http://www.fluechtlinge-willkommen.at>

Wie in den Schulen mit Traumata der Flüchtlingskinder umgegangen wird



5. Juni 2014, Nador, Marokko: Ein Mann betet in einer behelfsmäßigen Moschee in einem Flüchtlingscamp auf dem Berg Gourougou. Europa ist so nah und doch unendlich fern. Nur zwölf Kilometer ist die spanische Exklave Melilla entfernt – hinter einem kilometerlangen meterhohen Stacheldrahtzaun.

Foto: Daniel Etter

Wenn Erlebtes am Lernen hindert

Bis zu 5800 Flüchtlingskinder werden bis Jahresende in den österreichischen Pflichtschulen erwartet. Dort sind die Pädagogen nicht nur mit sprachlichen Herausforderungen konfrontiert: Viele der Kinder müssen traumatische Erfahrungen verarbeiten, Orientierungslosigkeit und Angst erschweren die Konzentration im Unterricht.

Lisa Breit
Sophie-Kristin Hausberger

Mit dem diesjährigen Schulbeginn betreten nicht nur Taferlklassiker Neuland. Das Bildungsministerium rechnet bis Jahresende mit 5800 Flüchtlingskindern, die in Österreichs Schulen kommen.

Allein in Wien werden seit vergangener Woche 350 Flüchtlingskinder neu in Pflichtschulen unterrichtet. Doch das stellt nicht nur die Neuankommlinge, sondern auch Lehrer vor besondere Herausforderungen. Seitens des Wiener Stadtschulrats wird betont, dass die Zahl der Flüchtlingskinder „kein Problem darstelle“, sie würden durch „Neu-in-Wien-Kurse“ oder sonstige Sprachförderkurse auf den Unterricht vorbereitet werden.

„Die meisten Kinder müssen beim Deutschlernen bei null beginnen“, sagt Yana Grossegger. Die Pädagogin ist Sprachförderlehrerin an einer Neuen Mittelschule (NMS) in Wien und betreut Kinder zwischen elf und 15 Jahren in Kleingruppen. Heuer sind wieder einige syrische Kinder unter ihnen, drei davon unterrichtet sie zum ersten Mal. „Sie sprechen und schreiben nur Arabisch. Sie müssen sich komplett umstellen.“ Bis zu elf Stunden pro Woche verbringen die Schüler in Grosseggers Deutschkursen. Aufgabe der Pädagogin ist es, abseits des Regelunterrichts mit den Kindern zu üben – „damit sie dem normalen Unterricht folgen können“.

Doch die Einbindung in die Klasse ist mit weiteren Anforderungen verknüpft. Kinder aus Krisenländern seien zunächst oft be-

sonders empfindlich, zurückhaltend und schüchtern, beobachtet Sprachpädagogin Grossegger.

„Ich gehe davon aus, dass derzeit kein Flüchtlingskind nach Mitteleuropa kommt, ohne massiv Belastendes erlebt zu haben“, sagt auch David Zimmermann. Er ist Wissenschaftler an der Universität Hannover und hat ausgiebig zum Thema Migration und Trauma geforscht. Die Eindrücke der vergangenen Wochen und Monate könnten Flüchtlinge beim Grenzübergang nicht einfach abschütteln. Das Gesehene hole sie immer wieder ein. Im Traum ebenso wie im Alltag.

Auch Traumaforscher Klaus Ottomeyer weiß, dass die Flüchtlingskinder viel durchmachen: „Sie sind mit ihren Gedanken oft nicht im Klassenzimmer. Die einen flüchten in eine Trostwelt, andere sind mit den alten Erlebnissen beschäftigt.“ Das habe natürlich Auswirkungen auf die Schulleistungen und ihre Konzentration.

Die Folgen der Flucht

Solche Verhaltensmuster kennt auch Grossegger von den Schülern in ihren Kursen. Unter den drei neuen syrischen Kindern, die ihren Deutschunterricht besuchen, gebe es einen Buben, der sich im Unterricht kaum konzentrieren können und sich den Stoff schlecht merke. Er wird deshalb von einer Schulpsychologin, die sich speziell Kindern mit sozialen und emotionalen Problemen annimmt, betreut. Deren Vermu-

tung: Hinter seinen Schwierigkeiten steckt eine Traumaerfahrung, die Flucht, die belastet. Die Erlebnisse der Kinder äußern sich nicht ausschließlich in Konzentrationsstörungen, sagt Zimmermann. „Manche sind auch aggressiv, andere ziehen sich zurück oder haben scheinbar aus dem Nichts Angstattacken.“ Er rät Lehrern mit einem Flüchtlingskind in der Klasse, den anderen Schülern zu erklären, dass es gute Gründe für das Verhalten gebe und dass sie versuchen sollten, Verständnis zu zeigen. Pädagogen wiederum sollten das Kind nicht ständig zurechtweisen. In Wien unterstützen derzeit 450 Psychologen, Psychologen und Sozialarbeiter Kinder und Lehrer.

Was braucht es, um die Kinder schnellstmöglich einzubinden? Grossegger glaubt fest an die Kraft der Sprache: „Sie gibt den Schülern Orientierung, sich in diesem für sie fremden Land zurechtzufinden.“ Die Sprache zu lernen sei zwar wichtig, „aber nicht überlebenswichtig“, meint hingegen Zimmermann. „Überlebenswichtig ist für diese Kinder, auf Pädagogen zu treffen, die sich ihnen zuwenden und ihre Belastungserfahrungen aushalten können.“

Psychologin Ottomeyer plädiert dennoch dafür, den Flüchtlingskindern möglichst schnell einen geregelten Alltag zu schaffen: „Man soll ihnen auch nicht zu viel Sonderbehandlung zukommen lassen, sonst werden die inländischen Kinder eifersüchtig, und es entsteht Neid.“



Vorurteile und Hürden brechen

Mit unserer Initiative „Alliance for integration@work“ wollen wir unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund helfen, am heimischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, sagt der CEO des Arbeitskräftevermittlers Trenkwalder International. Erfolgreiche Integration sei die langfristige Antwort auf die akute Flüchtlingsfrage. Die heurige Bilanz des Projekts bis jetzt: Gemeinsam mit 30 Partnerunternehmen konnten 1500 Menschen, die ansonsten vor riesigen Hürden aus Vorurteilen hängenbleiben, in Arbeitsprozesse integriert werden. Bis Ende 2017 will Trenkwalder 10.000 solcher Menschen einen langfristigen Arbeitsplatz in Europa vermittelt haben. Es handle sich immer um ein „intensives Matching und lange Gespräche“, so die beteiligten Mitarbeiter von Trenkwalder. Daraus entsteht dann der Qualifizierungsbedarf vom Staplerschein über Fräsen bis zu Business Englisch, was die Partner gemeinsam mit Trenkwalder finanzieren. www.trenkwalder.com

Vollgetankt mit allem, was bewegt, Zukunft hat und Spaß macht – die Welt der Motoren und Maschinen im RONDOMobil.

Erscheinungstermin: 17. 10. 2015
Anzeigenschluss: 25. 9. 2015

Erfolgreich werben. Crossgenial.

derStandard.at

DER STANDARD

Telefon: +43(0)1/531 70-707
E-Mail: anzeige@derStandard.at





Schach, Rätsel, Sudoku S. 18

Sonderthema: Tirol und Vorarlberg S. 19 und I 10

FREUDE
inklusive - Immobilien
die Freude machen.
www.ehl.at



Bezahlte Anzeige

derStandard.at/Immobilien



Foto: Dietmar Tollner

Angekommen in Ottensheim (von links): Fayaz, Quadir, Quaiser, Osman, Hafiz (ein Nachbar, der aufs Bild wollte), Hamid (sitzend) und Kamran fühlen sich hier endlich sicher.

Einer kocht, einer putzt, einer wäscht ab

In der Straßenmeisterei in Ottensheim wohnen seit ein paar Wochen 75 **Flüchtlinge** aus vier Ländern. Einige haben sich mit **Franziska Zoidl** darüber unterhalten, wie sie in Österreich wohnen und wovon sie träumen.

jetzt nicht zugeben will. Auch die vielen Kuscheltiere im Regal haben wir geschenkt bekommen. Unser Kindskopf Hamid sammelt sie für seine Tochter. Sie ist zwei Jahre alt und im Iran.

tag. Wir essen zusammen an diesem Tisch, trinken Tee, wenn wir Gäste haben, und lernen Deutsch.

Die Wände sind vielleicht ein wenig kahl. Erinnerungsstücke an zu Hause konnten wir nicht mitbringen, Fotos haben wir nur auf unseren Handys. Ein Poster wäre schön, Osman zum Beispiel wünscht sich eines von Sportlern. Auch über einen Teppich, ein paar Boxen und einen Kasten für unsere Kleidung würden wir uns freuen. Aber es gefällt uns sehr gut hier.

Hier fühlen wir uns sicher. Das ist wahrscheinlich der größte Unterschied zu unseren Heimatländern. Hier können wir uns frei

bewegen, dort haben wir Angst vor Bomben und Gewalt. Die Menschen sind größtenteils sehr freundlich, manche Nachbarn kommen vorbei und fragen, wie es uns geht und was wir brauchen.

Leicht ist es natürlich trotzdem nicht, so weit weg von zu Hause zu sein: Hamid hat Zahnweh, gestern wurde ihm ein Zahn gezogen. Er muss wahrscheinlich operiert werden und hat starke Schmerzen. Er hatte heute den ganzen Tag sein Gesicht mit einem Schal dick eingewickelt und wie ein Taliban ausgesehen.

Natürlich machen wir uns Sorgen, dass wir nicht hierbleiben dürfen. Besonders Quaiser hat Angst. Sein Bruder wurde in seiner Heimat getötet. Wir träumen alle davon, hier zu leben, in einem schönen Haus mit Mama, Papa und unseren Geschwistern. Wir wollen arbeiten und unserem Land Österreich etwas zurückgeben. Osman zum Beispiel möchte Zahnarzt werden.

Was wir hier am meisten vermissen? Unsere Familien natürlich. Aber wir kennen Weihnachten nicht und freuen uns schon darauf. Hoffentlich sind wir dann noch in Ottensheim. Dann stellen wir hier vielleicht einen Weihnachtsbaum auf.

„Drei von uns leben in diesem Zimmer, die anderen im Zimmer Nummer 4 nebenan. Wir sehen uns ständig: Wer in die Nummer 4 will, muss durch unser Zimmer durch. Wir kommen aus Afghanistan und Pakistan. Seit rund einem Monat sind wir in Ottensheim – eigentlich kennen wir uns aber schon länger: Im Sommer waren wir in Feldkirchen, vorher in Traiskirchen.“

Bevor wir nach Österreich kamen, haben wir eigentlich nichts darüber gewusst, bis auf eines: Hier müssen wir keine Angst mehr haben.

Als wir einzogen, gab es nur Betten, Tisch und Sesseln. Die Ottensheimer haben dann vieles für uns vorbeigebracht: das Regal und die Kommoden zum Beispiel. Es hat uns überrascht, wie großzügig die Menschen sind. Der Spiegel an der Wand ist wichtig für uns – Fayaz ist eitel, auch wenn er es

Sogar einen alten Computer haben wir. Abends schauen wir manchmal Filme darauf, Hamid etwa liebt koreanische Filme auf Farsi. Am wichtigsten ist der Computer aber für jene, die kein Smartphone haben, um mit ihren Familien in Kontakt zu bleiben. Einfach ist das nicht: Osman hat nichts von seinen Eltern gehört, seit er nach Österreich kam. Ihre Nummer funktioniert nicht mehr. Letzte Nacht hat er geweint.

Die Leute im Haus teilen sich drei Duschen und eine Küche. Das funktioniert. Hier wohnen die unterschiedlichsten Menschen zusammen. Das ist nicht immer leicht: In der Nacht ist es oft laut, dann können wir nicht schlafen. Aber auch wenn man nicht dieselbe Sprache spricht, irgendwie kann man immer kommunizieren.

Ordnung ist wichtig. Wir haben im Zimmer eine fixe Arbeitsteilung. Einer kocht, einer putzt, einer wäscht ab. Sonntag ist Putz-



Wohn:park:zwölf



- 15 Eigentums- und Vorsorgewohnungen
- 2-4 Zimmer
- 31 m² - 89 m² Wohnfläche
- Balkone, Terrassen, Loggien
- Teilweise Privatgärten
- Hochwertige Ausstattung
- Ideale Infrastruktur

Kaufpreis ab EUR 144.000,-
HWB: 28-37 (B) kWh/m²a

Für nähere Informationen kontaktieren Sie bitte Frau Andrea Pöchhacker unter +43-1-512 76 90-417 oder a.poechhacker@ehl.at.

www.wohnung.at

Wir leben Immobilien.



STANDARD EXKLUSIV



DIREKT VOM BAUTRÄGER!

**MEIN 11ER
TRENDIG & MODERN WOHNEN**
11., NUSSBAUMALLEE 14

- 120 freifinanzierte Eigentumswohnungen
- 2-4 Zimmerwohnungen mit Loggia, Balkon, Terrasse oder Garten
- HWB 19,17 kWh/m²a – 21,79 kWh/m²a
- Fertigstellung ca. Herbst 2016

(01) 972 73 20
wvg.at

Wie in Österreich Unterkünfte für Flüchtlinge gesucht werden

Immo-Wirtschaft auf Herbergssuche

Das Innenministerium sucht Unterkünfte für Flüchtlinge, dabei hilft der WKO-Fachverband der Immobilitätstreuhänder. Flüchtlingskoordinator Christian Konrad wird am Bundestag kommende Woche in Wien dabei sein.



Das ehemalige „Kurier“-Gebäude in der Wiener Lindengasse, das jetzt Raiffeisen Evolution gehört, steht bis zum Frühjahr für Flüchtlinge zur Verfügung.

Foto: Putschögl

Ganz Österreich sucht nach Unterkünften für Flüchtlinge. Was liegt da näher, als diejenigen einzubeziehen, die sozusagen „an der Quelle sitzen“ – die Immobilienwirtschaft? „Wir haben schon vor ein paar Wochen eine Information an unsere Mitglieder versandt, dass das Innenministerium Unterkünfte für Kriegsflüchtlinge sucht“, berichtet Rudolf North, Geschäftsführer der Fachgruppe Wien der Immobilitätstreuhänder in der WKO. Vorangegangen war dem Schreiben ein Ersuchen des Ministeriums an die WKO, bei der Quartiersuche mitzuhelfen.

Einige Mitglieder der Wiener Fachgruppe hätten sich auch bereits gemeldet, berichtet North. Denn als Zwischennutzung eines Gebäudes in dem Fall, dass der Bauträger auf eine Genehmigung für Umbau oder Sanierung wartet, ist die Unterbringung von Flüchtlingen eine sehr gute Möglichkeit.



Wie bereits berichtet, wird das nun beim ehemaligen „Kurier“-Haus in der Wiener Lindengasse so gemacht. Schon seit Jahren geht auch WKO-Bauträgersprecher Hans Jörg Ulrich mit gutem Beispiel voran. Dem Verein „Purple Sheep“, der sich für die Rechte von Asylwerbern einsetzt, hat er derzeit rund 50 Wohnungen in Häusern, die auf ihre Sanierung noch ein wenig warten müssen, zur Verfügung gestellt.

North erzählt, dass solche Zwischennutzungen seit dem Aufruf an die Mitglieder laufend angeboten werden. Zuletzt etwa auch von einem Hauseigentümer, der eine geplante Sanierung deshalb extra noch verschieben will. Wer eine Unterkunft anzubieten hat, sollte sich gleich direkt ans Ministerium wenden. Dort wird dann entschieden, ob das Angebot angenommen wird oder nicht. Auch auf dem Bundestag der Immobilitätstreuhänder kommende Woche in Wien werden Flüchtlingsunterkünfte ein Thema sein. Der Fachverband hat nämlich kurzerhand einen Tagesordnungs-

punkt eingeschoben: Christian Konrad, Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, wird zu den Immo-Experten sprechen. Und ganz auf eigene Initiative arbeitet etwa auch der Bauunternehmer Wilhelm Sedlak mit Hilfsorganisationen zusammen. Im burgenländischen Podersdorf unterstützt er ein Projekt des Samariterbundes. 40 Jugendliche bekommen dort im Rahmen der Betreuung Informationen über Berufe in der Baubranche. Am heutigen Samstag gibt es dort zum Auftakt ein Gartenfest mit Gerichten aus der Heimat der jungen Flüchtlinge. (mapu)

Hilfe anders gedacht: „Duale Integration“

Lange Haare, Bärte, Ketten, Ringe – im Salzburger Club Heavy Rotation regiert musikalisch das Schwermetall. Die harten Jungs aus dem Heavy-Metal-Klub können aber auch anders: Für die Flüchtlingshilfe der Caritas wird am 26. September eine Tombola organisiert, deren Erlös von den Betreibern verdoppelt wird. Zusätzlich haben die Metal-Freaks für einen syrischen Musiker eine Gitarre organisiert. Jetzt sucht man für ihn eine passende Salzburger Band.

Integration nur in die eine Richtung sei zu wenig, hat sich hingegen Rene Zechner, Gründer und Leiter der kleinen autonomen Salzburger Kulturinitiative Denkmal, gedacht. Eines der Probleme hierzulande sei das Nichtverstehen anderer Kulturen. Also plant Zechner, gemeinsam mit einem syrischen Arzt und Flüchtlingen einen Basissprachkurs Arabisch anzubieten. Bei diesem sollen auch kulturelle Hintergründe vermittelt werden. Mit etwas Augenzwinkern nennt Zechner das „duale Integration“. Start ist Anfang Oktober. (neu)

www.denkmalsalzburg.at
www.facebook.com/heavyrotationsalzburg

SIGNA

DAMIT IHR NEUES BÜRO EIN STATEMENT UND NICHT NUR EIN ARBEITSPLATZ IST!

<p>GOLDENES QUARTIER</p> <p>Ihr Business-Standort mit Prestige</p> <p>HWB: 50,78 kWh/m².a</p>	<p>HAUS AN DER WIEN</p> <p>Arbeiten in erster Reihe fußfrei</p> <p>HWB: 26,64 kWh/m².a</p>	<p>THE ICON VIENNA</p> <p>Eine Adresse, die ein Zeichen setzt</p> <p>HWB: 14,5 kWh/m².a</p>	<p>IZD TOWER</p> <p>Inmitten der grünen Lunge Wiens</p> <p>HWB: 24 kWh/m².a</p>	<p>RIVERGATE</p> <p>Mitarbeiterfreundliche Infrastruktur</p> <p>HWB: 38,5 kWh/m².a</p>
<p>TUCHLAUBEN/SEITZERGASSE</p> <p>ab 250m²</p>	<p>VORDERE ZOLLAMTSSTR.13</p> <p>ab 350m²</p>	<p>HAUPTBAHNHOF</p> <p>ab 350m²</p>	<p>WAGRAMER STRASSE 19</p> <p>ab 400m²</p>	<p>HANDELSKAI 92</p> <p>ab 250m²</p>

VERMIETUNG 05 99 98 9990 | vermietung@signa.at

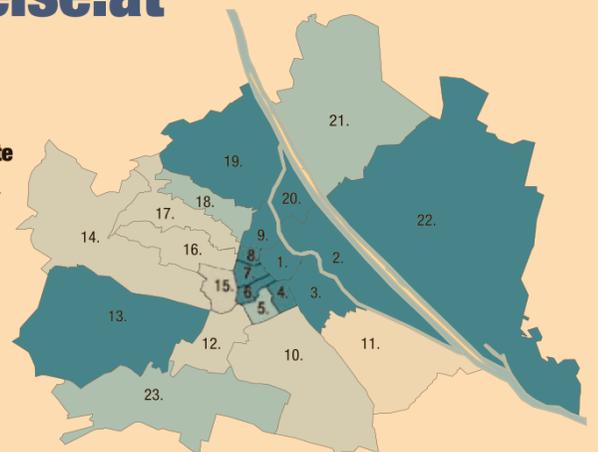
immopreise.at

Preisspiegel

Wien
Wohnungen Neubau Miete

Angaben in Euro je Quadratmeter

- k.A. (keine Angabe)
- bis € 12,00
- € 12,01 - € 14,00
- € 14,01 - € 15,00
- über € 15,00



Bezirk	<80 m ²	81-129 m ²	>130 m ²	Durchschnitt/m ²
1., Innere Stadt	19,60	16,95	24,16	20,31
2., Leopoldstadt	16,17	15,03	18,31	16,10
3., Landstraße	16,40	15,61	16,58	16,20
4., Wieden	15,31	16,95	15,54	15,81
5., Margareten	14,82	14,77	14,16	14,79
6., Mariahilf	15,03	16,11	15,53	15,48
7., Neubau	16,85	16,19	15,86	16,56
8., Josefstadt	15,09	15,14	k.A.	15,21
9., Alsergrund	15,22	16,20	14,98	15,48
10., Favoriten	14,61	12,69	k.A.	13,97
11., Simmering	11,90	12,10	k.A.	11,91
12., Meidling	14,11	12,56	12,13	13,78
13., Hietzing	15,29	16,08	15,55	15,48
14., Penzing	13,79	13,51	13,48	13,67
15., Rudolfsheim-Fünfhaus	14,13	13,00	k.A.	13,87
16., Ottakring	14,05	13,58	k.A.	13,88
17., Hernals	13,63	11,91	k.A.	12,83
18., Währing	14,62	14,57	14,87	14,77
19., Döbling	15,84	15,87	18,23	16,44
20., Brigittenau	15,32	13,87	k.A.	15,08
21., Floridsdorf	14,61	12,63	k.A.	14,29
22., Donaustadt	16,30	16,43	14,84	16,32
23., Liesing	15,14	13,78	13,00	14,60

Gesamtanzahl der Objekte: 3426

Datenbasis: September 2015

Basis der Berechnungen sind die Angebotspreise jener Objekte, die im Betrachtungszeitraum auf derStandard.at/Immobilien inseriert wurden. Von tatsächlich erzielten Marktpreisen können die Daten deshalb abweichen. „Tendenz“ spiegelt den Vorjahresvergleich wider. Jeder Preis errechnet sich aus allen, mindestens aber vier Objekten in der jeweiligen Kategorie und stellt einen Durchschnittspreis, bereinigt um statistische Ausreißer, dar. Verkaufspreise sind Bruttopreise, Mietpreise verstehen sich inklusive Betriebskosten und Umsatzsteuer. Datenquellenfehler und Irrtümer vorbehalten.

Powered by

derStandard.at/Immobilien



Ganymed Dreaming Ein Text des Schriftstellers **Martin Pollack** zum Projekt im Kunsthistorischen. **A 3**

Literatur Eine Handvoll Rosinen: der Schriftsteller **Daniel Zipfel** über die Welt der Schlepper und Asylbürokraten. **A 4**

Architektur Und wenn es nur ein Teppich ist: die Soziologin **Yana Milev** über perfekte Flüchtlingsunterkünfte. **A 8**



Sayed in Wien-Währing: „Ordentlich“ in Festtagskleidung wird er am 28. September seine Ausbildung in der Gastgewerbefachschule starten.

Mensch braucht Mensch

Nach sieben Monaten auf der Flucht landet der junge Afghane Sayed zuerst in Traiskirchen und später in einer Caritas-WG in Wien. Er hatte Glück, hat aber für dieses Glück hart gearbeitet. Porträt eines „Vorzeigeflüchtlings“.

Mia Eidlhuber

Sayed lächelt mit seinen perfekten Zähnen wie für ein Vorstellungsgespräch, als wir uns vor einem Jahr zum ersten Mal gegenüber sitzen. In Magdas Hotel in Wien. Das Caritas-Projekt hat noch vor seiner offiziellen Eröffnung im Februar 2015 einige Österreicher und Asylwerber zum gemeinsamen Essen geladen. Zu diesem Zeitpunkt ist Sayed gerade 17 Jahre alt, hatte aber über 6000 Kilometer Fluchtweg hinter sich, für die er sieben Monate unterwegs war. Später, als wir uns besser kennen, erzählt er, dass er noch nie in seinem Leben beim Zahnarzt war.

Wer Sayeds Geschichte hört, versteht vielleicht, warum er keine andere Chance hat, als sein Leben als einziges Vorstellungsgespräch zu begreifen. Sein freundliches Lächeln hat ihm nicht nur geholfen, sondern auch einiges erspart und ihn dorthin gebracht, wo er heute ist. Nach Österreich, mit einem festem Wohnsitz in Wien – ein ehemaliger Flüchtling, der im Herbst seine Ausbildung zum Gastgewerbefachmann beginnen wird.

Aber von vorn. Am Ende der Veranstaltung in Magdas Hotel gebe ich ihm meine Visitenkarte.

Weil er jede Situation im Leben als Chance begreift, ruft er an. Wir treffen uns zunächst einmal, irgendwann wieder, dann regelmäßig, trinken Kaffee oder gehen essen. Sayed erzählt viel über sich, zuerst in bemühtem Deutsch, das sich im Laufe des vergangenen Jahres in ein tadelloses verwandelt hat. „Ich gebe mein Bestes“ ist ein Satz, den er gerne sagt.

Ich erfahre, dass er in Kabul geboren wurde, seine Familie eine Stunde entfernt in Parwan lebt, dass er drei Geschwister hat, einen Zwillingbruder, einen kleinen Bruder, eine ältere Schwester. Dass er seine Mama vermisst. Sein Vater, erzählt er bemüht gelassen, wurde von den Taliban ermordet. Warum, frage ich. Weil er für die Amerikaner Taxi gefahren ist. Genau deswegen musste auch Sayed seine Heimat verlassen: Er hat schon mit 14 für die Amerikaner als Übersetzer gearbeitet, auch er war in Gefahr. Ohne sein Wissen hat die Mutter nach dem Tod des Vaters Sayeds Flucht geplant. Bezahlt hat sie 8000 Euro – das ganze Geld, das sie hatte. Davon erfahren hat Sayed erst kurz vor seiner Abreise.

Will man gedanklich mit Sayed dorthin zurück, wo der Abschied

von seiner Familie liegt und seine Reise im September 2012 beginnt, wird der Junge, der sonst gerne redet, still. Auch damals konnte er, 15 Jahre alt, kein Wort sagen, noch immer sieht er seine Mutter, der Tränen übers Gesicht laufen: „Leb wohl, mein Sohn, und pass auf dich auf.“ Seinen Rucksack haben ihm amerikanische Soldaten zusammen mit einem Paar fester Schuhe und 250 Dollar geschenkt.

Darin stecken ein Nokia-Handy, ein paar Kleidungsstücke, ein Schal, von seiner Mama gestrickt, und noch einmal umgerechnet 200 Euro Bargeld. Keine Papiere, keine Fotos, keine Erinnerungsstücke. Aber bald jede Menge Kekse, das Grundnahrungsmittel, das Schlepper „ihren“ Flüchtlingen mit auf die langen Fußmärsche geben. Einen Tag und eine Nacht ist er mit zwanzig anderen über die bergige Grenze zwischen Afghanistan und dem Iran unterwegs. Irgendwann nach der Grenze kommt ein Bus, in dem sie zusammengekauert unter Decken versteckt bis nach Teheran gefahren werden. In einem riesi-

gen Kellerlager für Flüchtlinge bleibt Sayed insgesamt zwei Monate. Eine Zeitspanne, in der er, laut Schlepperversprechen, sicher in Europa landen sollte.

Auf dieser ersten Etappe lernt Sayed die Regeln der Flucht, die da heißen: Du musst warten. Nur der Schlepper bestimmt, wann du dein nächstes „Game“ hast, so heißt es im Schlepperjargon, wenn die Reise weitergeht. Ein Spiel, bei dem viele auf der Strecke bleiben.



Sein Schlepper heißt Mirwais. Und wenn auf den vielen Kilometern in Richtung Europa jemand fragt: „Wer ist ein Mann von Mirwais?“, dann zeigt Sayed auf.

An der Grenze zwischen dem Iran und der Türkei ist er nach zwölf Stunden Fußmarsch so erschöpft, dass er es durch den Schnee nicht mehr weiter schafft. Die Schlepper haben Pferde, aber nur für jene, die sich das leisten können. Sayed bezahlt 40 Dollar und nimmt noch eine Frau mit auf den Gaul. Sie kommen in ein kleines Dorf namens Van, dort bleibt er wieder, wohnt bei einer Frau, die Ausweise fälscht.

Sie hat, erinnert sich Sayed, zwei Töchter und eine alte Mutter. Nach 25 Tagen und Nächten kauft sie ihm ein Ticket und schickt ihn in einem modernen Reisebus und mit gefälschten Papieren weiter nach Istanbul.

Auch in der Türkei wird er fast zwei Monate verbringen. Wie das System der Schlepper genau funktioniert, weiß auch Sayed nicht. Eigentlich saß er in Antalya schon auf einem Boot mit rund 150 anderen Flüchtlingen. Zum Glück war der Motor kaputt, und er konnte vor der Polizei, die die Aktion im Morgengrauen entdeckt hatte, fliehen. Nachdem afghanische Freunde, die er aus Istanbul kannte, die aber in einem anderen „Game“ unterwegs waren, mit einem Boot ertrunken waren, wollte er keinesfalls mehr über das Mittelmeer nach Europa. Verzweifelt ruft er seine Mutter an, will nicht weiter, weint. Sayed wird einem anderen Schlepper übergeben. Einer, der die Balkanroute nach Europa organisiert. Jene Route, auf der heute tausende Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, unterwegs sind.

Zu zwölf rudern sie in zwei kleinen Schlauchbooten von der
 ▷ Fortsetzung auf Seite A 2

▷ Fortsetzung von Seite A 1

Türkei nach Mytilini auf der griechischen Insel Lesbos. In der Gruppe ist er unterwegs mit einer Ägypterin. Die beiden könnten Mutter und Sohn sein, die gemeinsam in Griechenland Urlaub machen. So soll es auch aussehen auf der Fähre nach Athen, für die der Schlepper Tickets besorgt hat. Sie kommen durch, und Sayed landet kurz vor Silvester 2012/2013 in Athen. In der Türkei, sagt Sayed, waren die Menschen freundlich, in Griechenland dann nicht.

Er wartet wieder Wochen – im Schlepperquartier, raus kann er nicht, ähnlich wie im Iran, zu groß ist ihre Angst vor der griechischen Polizei. Weil der Fährweg von Griechenland nach Italien, getarnt als Tourist, einfacher ist als die lange Balkanroute, geht er in Patras noch einmal mit gefälschten Dokumenten an Bord: Er ist jetzt Bulgare. Aber es klappt nicht. Gleich beim Check-in wird er geschnappt, ins Gefängnis abtransportiert – und dort

auch geschlagen. Er ist sich sicher, dass hier seine Reise zu Ende ist. Was er nicht weiß: Minderjährige Flüchtlinge dürfen die Behörden nicht festhalten. Sayed ist nach drei Tagen wieder draußen und bekommt ein Papier, das besagt, dass er innerhalb weniger Tage das Land verlassen muss.

Sein neuer Schlepper bringt ihn in das Dorf Goumnissa an der griechisch-mazedonischen Grenze. Vielleicht beginnt da schon Sayeds neues Leben. Im Schlepperquartier lernt er einen jungen Afghanen kennen, mit dem er es gemeinsam bis nach Österreich schafft. Nicht nur das. Mit Ali gemeinsam landet er in Traiskirchen, kommt zwei Monate später in einer Wohngemeinschaft der Wiener Caritas unter und bezieht schließlich mit ihm ein neues Zuhause in Wien, eine Wohnung, die ihnen von einer Wiener Apothekerin zur Verfügung gestellt wird.

„Sauber“ und „ordentlich“

In Sayeds Facebook-Account sieht man Fotos von einem jungen Mann, der vor schönen österreichischen Kulissen posiert. Scrollt man nach unten in seine Vergangenheit, sieht man ihn zusammen mit anderen jungen Afghanen in Griechenland, wo er auf seiner Flucht seine Facebook-Seite eingerichtet hat. Niemand würde ahnen, welche Anstrengungen er und andere hinter sich haben. Wie viele andere Flüchtlinge war Sayed stets darum bemüht, „ordentlich“ und „sauber“ auszuschauen. Wer nichts mehr hat, will zumindest das.

Sayed ist der erste Muslim, mit dem ich mich nicht nur auf Facebook befreundete. Wer ist der aufgeweckte junge Mann, der Dari und Urdu, Persisch und Englisch spricht und Deutsch scheinbar mühelos gelernt hat, stets hilfsbereit und höflich ist und nebenbei seinen Weg konsequent verfolgt? In seiner Ringmappe, die er sehr gerne herzeigt, ist alles fein säuberlich in Klarsichthüllen geordnet: Zeugnisse von Sprachkursen, Auszeichnungen, eine Urkunde, die bezeugt, dass er an einem Redewettbewerb im Parlament teilgenommen hat, und nicht zuletzt das Zeugnis für seinen Pflichtschulabschluss, für den er elf Monate zur Schule gegangen ist. Er hat sich extra eine Schule ausgesucht, in die nur Österreicher gehen, weil er so am schnellsten Deutsch lernt. Sein Caritas-Bildungsbudget von 1800 Euro hat er bis zum letzten Cent ausgeschöpft, sagt er. Kein Wunder, dass er von den Caritas-Mitarbeitern immer als Vorzeigebispiel präsentiert wird, dass die ihn zum Botschafter für die Flüchtlings-sache machen. Einer wie er soll

signalisieren: Keine Angst. Schaut her, so gut kann Integration funktionieren. Er selbst aber hatte Angst, besonders vor seinem 18. Geburtstag im Februar 2015. Da würde er volljährig und aus der Jugend-WG für Flüchtlinge ausziehen müssen.

Im Oktober davor schreibt die Zeitung *Kurier* zum Glück einen Artikel über Sayed, den auch Ranthild Salzer-Fölz liest. Frau Salzer ist Apothekerin, hat zwei erwachsene Töchter, die längst aus dem Haus sind, und ist seit 2012 verwitwet. Weil sie in ihrem großen Haus nicht mehr allein leben will, trifft sie eine für ihr Umfeld ungewöhnliche Entscheidung. Eigentlich, erzählt die elegante Frau im Kostüm, die mit über siebzig noch berufstätig ist,

„Kein Wunder, dass er von Caritas-Mitarbeitern als Vorzeigebispiel präsentiert wird. Einer wie er soll signalisieren: Keine Angst. Schaut her, so gut kann Integration funktionieren.“

wollte sie eine syrische Flüchtlingsfamilie mit Kleinkind aufnehmen. Die gab es aber nicht. „Zum Glück“, sagt sie mit Blick auf Sayed, der seit Jänner ihr Untermieter ist.

Es läuft gut. Regeln gibt es keine, gegenseitiger Respekt vorausgesetzt: „Ich bin aber beim Sie geblieben“, sagt Salzer, „er sagt Frau Salzer zu mir, und ich sage Herr Sayed.“ Die Erklärung: „Meine beiden Untermieter sind nicht meine Kinder, wir sind nicht verwandt, sie sind meine Mitbewohner.“

Wir sitzen bei Kaffee und Kuchen mitten in bester Währinger Gegend. Negative Reaktionen? Sie schüttelt den Kopf. Eher das Gegenteil: „Na, jetzt werden Sie noch berühmt“, sagen die Leute. Und manche fragen höchstens: „Haben Sie keine Angst?“ Hat sie nicht. Und macht stattdessen einen Witz: „Ich muss mich nicht verschleiern, wenn ich zu ihnen raufgehe.“ Dann lacht sie. Frau Salzer stellt den jungen Afghanen nicht nur Wohnraum für symbolische 50 Euro Miete, die von der Caritas bezahlt wird, zur Verfügung, sie unterstützt vor allem auch Sayed, der ab 28. September eine private Gastgewerbeschule besuchen wird. Das Schulgeld und die Arbeitskleidung hat Frau Salzer bezahlt. Mit den 280 Euro, die Sayed pro Monat vom Staat bekommt, könnte er sich das alles nicht leisten.

Ranthild Salzers Entscheidung war nicht nur uneigennützig. Wenn sie nach ein paar Bissen feinem Himbeerkuchen von ihren „kleinen Hintergedanken bei der ganzen Sache“ erzählt, dann erinnert das fast ein bisschen an die Politik von Angela Merkel, die vielleicht auch solche hatte, als sie die syrischen Kriegsflüchtlinge nach Deutschland einlud. Viele von denen, die jetzt kommen, sind gut ausgebildet und könnten, wie jüngst in der *Zeit* geschrieben stand, einem alternden Staat wie Deutschland die notwendige Frischzellenkur verpassen.

Bei Frau Salzer ist das vielleicht ähnlich: Sie freut sich, wenn jemand da ist, wenn sie abends nach Hause kommt. Obwohl es eine Bedienerin gibt, kümmern sich die Burschen um manches, das anstehende in Haus und Garten. Zudem hatte sie im vergangenen Jahr drei kleine Operationen und kann nicht schwer tragen. Nachdem bei ihr eingebrochen und Schmuck gestohlen worden ist, ist ihr Haus mit den Untermietern auch nach außen hin belebt. Vor dem Einbruch, erzählt sie, war sie gewohnt, Broschen zu tragen. Sie könnte sich das alles wieder kaufen: „Aber“, sagt sie, „ich lebe ohne Broschen sehr gut!“ Lieber fährt sie mit den beiden auf Urlaub. Zum Beispiel auf den Semmering oder nach Zell am See. Auf dem Kitzsteinhorn auf 3000 Meter Höhe Cheeseburger zu essen war ein großer Spaß, und auch im feinen Traditionshotel Panhans am Semmering sind die drei – Frau Salzer sagt das mit einem Selbst-



Nickelsdorf am 14. 4. 2013: sein erstes Foto in Österreich.



In der Caritas-WG in Wien: Sayed mit Betreuerinnen.



Wien kennenlernen: mit Onkel Toni auf dem Haus des Meeres.



Sayed spricht im Parlament zum Thema Kinderrechte.



Fast nur Bestnoten: sein Zeugnis zum Pflichtschulabschluss.



Ausflug nach Gnas: Caritas-Betreuerin mit jungen Afghanen.



Urlaub im schönen Zell am See: „Herr Sayed“ und Frau Salzer.



Unterwegs zum Semmering: Frau Salzer mit „Mitbewohner“.

bewusstsein und einer Offenheit, die vielen Frauen ihrer Klasse abgehen – „nur positiv aufgefallen“. Angesichts der vielen Flüchtlinge, die derzeit nach und durch Österreich strömen, das gibt sie ehrlich zu, ist sie heilfroh, dass „ihre Burschen“ schon sicher gelandet sind. Im Sommer, als in Traiskirchen das Auffanglager mehr als überfüllt war, hat auch sie gezittert, ob die beiden ihren positiven Asylbescheid, der für das Antreten ihrer Ausbildungsstellen notwendig ist, noch rechtzeitig bekommen.

Als Sayed am 12. August einen Brief in Händen hält, hat er wirklich große Angst. Was, denkt er, wenn nicht ...? Als er ihn öffnet, fällt sein Blick auf eine Zeile: „Willkommen in Österreich“, steht da geschrieben, und obwohl das eine todernte Angelegenheit für ihn war, muss er trotzdem lachen. Willkommen in Österreich: „Ich bin schon zweieinhalb Jahre hier.“ Zweieinhalb Jahre, in denen er viele Menschen getroffen hat, die ihm geholfen haben: Asylbetreuer in Traiskirchen und Wien. Mitarbeiter und Rechtsberater der Caritas. Seinen Onkel Toni, einen Arzt in Ruhestand, der ihn in seiner ersten Zeit unterstützt und ihm Wien gezeigt hat. Nachhilfelehrer und Mitschüler, die mit ihm gelernt haben. Sayed hatte Glück, aber er hat an diesem Glück schwer mitgearbeitet. Und zu einer Integration braucht es dieses Glück und Menschen, die bereit sind, zu helfen.

Eine Fahrt in die Vergangenheit

Irgendwann in diesem Spätsommer, als mit den vielen Flüchtlingen auch die große Welle der Hilfsbereitschaft anrollt, spricht Caritas-Chef Michael Landau auf Ö1. Sein Rechenbeispiel: Wenn eine Million Flüchtlinge nach Europa kämen, käme bei 500 Millionen Europäern, die es gibt, ein Flüchtling auf 500 Menschen – die unterstützen könnten. Bei Sayed waren es viel weniger Menschen. Und trotzdem steht er heute anders da als im April 2013, als er nach Österreich kam.

Spätestens seit er seinen positiven Asylbescheid bekommen hat, ist für ihn eine Fahrt nach Traiskirchen wirklich ein Ausflug in die Vergangenheit. Ohne Genehmigung spazieren wir eine Runde um die Außenmauern des riesigen Areals, in dem Sayed seine ersten Wochen in seiner, wie er sagt, „zweiten Heimat“ verbracht hat. Die Zelte, die den heißen Sommer über Thema

reichischen Boden betreten hatte. Er ist in einem Hilfskonvoi mitgefahren, um an der ungarischen Grenze beim Dolmetschen zu helfen. Sayed hat in ein Megafon gesprochen, um wichtige Informationen weiterzugeben: wie es weitergeht, wo es Taxis gibt, wie viel die kosten dürfen, wann die Busse abfahren usw.

Bevor er losgefahren ist, hat er eine SMS geschrieben: „Heute fahre ich nach Nickelsdorf mit vier anderen Leuten. Unsere Ziel ist, dass wir Flüchtlinge helfen. Medikamente haben wir mit und andere Sachen, was gebraucht wird. Ich mache das, weil ich selber in dieser Situation war. Mensch braucht Mensch. Lg Sayed“

lag, ist er in Ohnmacht gefallen und erst im Krankenhaus wieder aufgewacht. Bei ihm war eine alte Tante, die ihn im Arm hielt. Du musst jetzt stark sein, hat sie gesagt. „Aber“, sagt Sayed, „ich hatte damals keine Ahnung, dass eine so lange Reise in eine ganz fremde Kultur auf mich wartet.“

Auf dem Rückweg redet Sayed mit einer jungen Frau aus Afghanistan und streichelt den Kopf ihrer kleinen Tochter. Sie sorgt sich, weil sie ihr in Ungarn die Fingerabdrücke abgenommen haben, sie hat Angst, dorthin abgeschoben zu werden. Sie wartet auf die weiße Karte, erklärt Sayed. Was hat sie noch gesagt? Sayed lächelt: „Sie hat mich gefragt, wie ich bloß diese Sprache gelernt habe.“

Er weiß schon lange, dass Sprachen der Schlüssel sind für sein neues Leben in Österreich. Und durch die Sprachen, die er spricht, kann er etwas zurückgeben, von der Hilfe, die er selbst erhalten hat. Er hilft beim Übersetzen. Einer Psychotherapeutin, die mit afghanischen Jugendlichen arbeitet, oder auch am Tag, als die ersten Züge am Wiener Westbahnhof voll mit Flüchtlingen ankommen. Die haben gerade jene Fluchtroute hinter sich, die auch Sayed vor zweieinhalb Jahren nach Österreich gebracht hat.

Sayed und sein Freund Ali sind im März 2013 mit Schleppern in Serbien gelandet. Im Schlepperquartier in Subotica kurz vor der ungarischen Grenze, dort, wo die ungarische Regierung seit vergangener Woche den Stacheldraht komplett dichtgemacht hat, wird Sayed nach einem Fehlversuch und mithilfe geschmierter ungarischer Grenzbeamten nachts und „wie in einem Agentenfilm“ über die letzte Schengen-Außengrenze geschleust. Von Ungarn hat er nichts gesehen, er lag die Fahrt über im Kofferraum eines Autos, bis ihn der Schlepper auf österreichischem Boden rausschmiss. Das war am 14. April 2013 um vier Uhr früh. Zehn Minuten später war die Polizei vor Ort. Aber anstatt der Schläge, die er befürchtet hatte, nahm ihm eine Polizistin seinen schweren Rucksack ab und sagte: „Don't be afraid. You are safe.“ Ich bin fast sicher, Sayed hat gelächelt.

Von Österreich hatte Sayed bis dahin noch nie gehört, auch er wollte nach Deutschland wie die meisten, die im Moment zum Beispiel in Nickelsdorf stranden. Am vergangenen Sonntag war er wieder dort, wo er zum ersten Mal in seinem Leben öster-

reichischen Boden betreten hatte. Er ist in einem Hilfskonvoi mitgefahren, um an der ungarischen Grenze beim Dolmetschen zu helfen. Sayed hat in ein Megafon gesprochen, um wichtige Informationen weiterzugeben: wie es weitergeht, wo es Taxis gibt, wie viel die kosten dürfen, wann die Busse abfahren usw.

Bevor er losgefahren ist, hat er eine SMS geschrieben: „Heute fahre ich nach Nickelsdorf mit vier anderen Leuten. Unsere Ziel ist, dass wir Flüchtlinge helfen. Medikamente haben wir mit und andere Sachen, was gebraucht wird. Ich mache das, weil ich selber in dieser Situation war. Mensch braucht Mensch. Lg Sayed“



Mia Eidlhuber, geb. 1971, studierte Publizistik, Politikwissenschaft, ist seit 2004 beim STANDARD, seit 2009 Redakteurin im ALBUM. Foto: Katsy

ALBUM

Mag. Christoph Winder (Redaktionsleitung)
E-Mail: album@derStandard.at

Zwischen toten Kindern und sterbenden Hoffnungen

Karim El-Gawhary und Mathilde Schwabeneder geben in „Auf der Flucht“ dem Leid hinter nackten Flüchtlings- und Todeszahlen ein Gesicht.

Alois Pumhösel

Karim El-Gawhary hat sich unter den Journalisten, die österreichische Medien bedienen, eine besondere Position erarbeitet. Der Nahostkorrespondent mit Wurzeln in Ägypten und Deutschland ist mehr als ein Beobachter. In seiner Identität liegt bereits jene Brückenfunktion, die ihn in den engagierten, manchmal auch emotionalen Berichten über sein Herkunftsland Ägypten zu einem der Lieblingsreporter der ORF-Seher macht.

Ausgestattet mit dieser Autorität eines leidenschaftlichen und glaubhaften Vermittlers, mag die Aufklärungsarbeit, die er mit seiner ORF-Kollegin, der Rom-Korrespondentin Mathilde Schwabeneder, im soeben erschienenen Reportageband *Auf der Flucht* betreibt, fruchtbaren Boden finden; fruchtbaren Boden bei jenen, die sich nach Aufklärung sehnen über die Gründe und Mechanismen, welche die Menschen in Massen an Bahnhöfen in Österreich und Deutschland stranden lassen.

Ansätze dieser Aufklärung leistet der Band tatsächlich. Die „Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers“, die der Untertitel verspricht, beschränken sich nicht auf die Leidensporträts Geflüchteter. Sie geben gleichzeitig Einblick in die Funktionsweise des großangelegten Schlepper- und Menschenhandelsbusiness und in die Systeme des politischen Versagens dies- und jenseits des Mittelmeers. Die knapp 200 Seiten lassen sich als anschaulicher Überblick der Krise lesen, die sich in den letzten Jahren an den Grenzen Europas angebahnt hat.

Die größte Leistung des Buches ist aber, dass es Lesern ihre Fantasie zurückgibt. Die Fantasie, die

Schmerzen zumindest zu erahnen, die diese Menschen auf ihrer Flucht begleiten. Die Fantasie, die angesichts der immer neuen Zahlen von Ankömmlingen, Internierten oder Ertrunkenen verloren gegangen ist.

Mit der Drastik, die die Einzelschicksale vor Augen führen, muss man allerdings zurechtkommen. Da sind Kinder und Mütter, die in Lagern an Kälte oder Mangel an Hygiene sterben, oder gebrochene Menschen, die angesichts des Erlebten erstarren und sich in ihr Inneres zurückziehen; die versklavte, stetig misshandelte Frau, die als Prostituierte nach Österreich verkauft werden sollte; der Säugling, dessen Schädel von einer Kugel zerfetzt wird. Wenig rührt so sehr wie das erbitterte Aufrechterhalten letzter Hoffnungen, bevor auch diese sterben.

Die Autoren versuchen im Verlauf des Buches mehr positive Elemente zu verweben: ein Vater, der seine Familie zurückkaufen konnte, geglücktes Unterkommen in Betreuungsstätten, die Arbeit engagierter Helfer. Das Integrations-thema wird am Beispiel des Ortes Großraming im Ennstal verhandelt, wo eine Konvertierung von ängstlicher Ablehnung zu gemeinsamem Anpacken möglich erscheint. Als Lohn für die Konfrontation mit all den schweren Schicksalen winkt, dass man sich wieder etwas mehr verbunden fühlt mit der Welt und nicht mehr am Horizont der Staatsgrenze zu scheitern droht.



Karim El-Gawhary / Mathilde Schwabeneder, „Auf der Flucht“, € 22,- / 192 S., Kremayr und Scheriau, Wien 2015

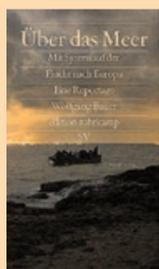
Irrfahrt zwischen Räubern

Die Flucht nach Europa als Undercover-Reportage

Alois Pumhösel

Die Flucht von Syrien nach Europa ist gesäumt von Räubern, Entführern und Erpressern. Wer nicht sein Leben lässt, lässt zumindest sein Hab und Gut. Das ist eine der Lehren, die man aus Wolfgang Bauers Reportage *Über das Meer* ziehen kann. Der *Zeit*-Reporter hat sich inkognito unter Vertriebenen gemischt, um mit der Beschreibung ihrer Reise die Absurdität und das Leid vor Augen zu führen, die die „Festung Europa“ bedeuten. Bauer, der in Alexandria aufbrach, tritt damit etwa in die Fußstapfen des italienischen Journalisten Fabrizio Gatti, der in *Bilal* (Kunstmänn, 2010) seine Undercover-Reise von Dakar Richtung Europa dokumentierte.

Bauer stellt seine Mitreisenden ins Zentrum der Reportage. Wie sie sich in Alexandria verstecken und von Wohnung zu Wohnung wechseln. Wie sie von konkurrierenden Schlepperclans entführt werden. Wie die Schleuser immer mehr Geld aus ihnen, die oft dem syrischen Mittelstand angehörten, herauspressen. Und wie dieses Ausplündern auch in Europa kein Ende hat, weil Taxifahrer oder Zugschaffner Gelegenheit für ein Zubrot wittern.



Wolfgang Bauer, „Über das Meer“, Mit Syrern auf der Flucht nach Europa. Eine Reportage. € 14,40 / 136 Seiten. Edition Suhrkamp, Berlin 2014



11. Mai 2015, Izmir (Türkei): Ibrahim, ein christlicher Flüchtling aus Syrien, wartet in einer Absteige in der türkischen Stadt Izmir auf die Weiterreise nach Europa. Seine Freundin lebt in Schweden, erzählte er dem Fotografen Daniel Etter. Einer der Schlepper

Nur ja keine Heim

Das richtige Buch für eine konfuse Zeit: Daniel Zipfel schildert, was Flüchtlinge, Schlepper und Asylbürokraten umtreibt. Ein

Christoph Winder

Für viele Autoren, die nicht nur Autoren sind, sondern nebenher einen Broterwerb ausüben, ist es eine verständliche Versuchung, Berufserfahrungen und Berufseinsichten in ihr literarisches Werk „einfließen“ zu lassen, wie das so schön heißt. „Einfließen lassen“, das bedeutet: Man kann von etwas berichten, was man aus erster Hand kennt. Man heimst, sofern man sein Metier versteht, einen Authentizitätsbonus ein. Und: Man darf darüber hinaus auf das Interesse der Leser hoffen.

Denn der Impuls, wissen zu wollen, wie es sich in Berufen abspielt, die man quasi nur von der Außenseite her kennt – und das sind, vom eigenen abgesehen, die meisten –, ist intensiv und weitverbreitet. Was tun Diplomaten, Werbeleute, krebserkrankte Chemieprofessoren, Boulevardjournalisten, Bestatter, Mafiabosse, Provinzpolitiker, Bademeister, Drogendealer, Schönheitschirurgen, Gerichtsmediziner, Investmentbanker oder Winkeladvokaten, wenn der Tag lang ist? Von der episch breiten Ausgestaltung der Antworten auf diese Fragen lebt derzeit mehr als ein Roman und mehr als eine Fernsehserie.

Und wenn wir schon dabei sind: Was treibt denn eigentlich jene Figuren um, die momentan grell ausgeleuchtet auf der zeitgeschichtlichen Vorderbühne stehen: die Schlepper, Fremdenpoli-

zisten und anderen Asylbürokraten? Das sollte uns ein Mann wie Daniel Zipfel vermitteln können. 1983 in Freiburg im Breisgau geboren, hat Zipfel in Wien ein Jusstudium absolviert und als Asylrechtsberater und Schriftsteller gearbeitet. Die literarischen Funken, die er in seinem elegant konstruierten Romanerstling *Eine Handvoll Rosinen* aus dieser Doppelerfahrung und Doppelberufung schlägt, sind beachtlich. Zipfel gehört nicht zu jener großen Kohorte von Hobbyschriftstellern, die sich ihre Berufsprobleme ohne ästhetische Rücksichten vom Leib schreiben, sondern ist ein Profi seines Fachs.

Eine Handvoll Rosinen spielt im Österreich des Jahres 2003, das sich unter asylpolitischen Aspekten offenbar nicht stark vom Österreich des Jahres 2015 unterschieden hat: Schon damals kam, wie wir bei Zipfel erfahren, die Nachricht aus dem Autoradio, dass Bund und Länder bei der Unterbringung von Flüchtlingen „keine Einigung erzielen konnten.“ Die wichtigsten Protagonisten des Geschehens sind Ludwig Blum, ein ordnungsliebender, aber gutherziger Pedant von einem Fremdenpolizisten sowie der Afghane Nejat Salarzai, Dolmetscher und zugleich ein mit allen schmutzigen Was-

sern seines Gewerbes gewaschener Schlepper, der aber andererseits nicht frei von humanen Regungen ist.

PVC-Böden und Neonröhren

Blum und Salarzai haben sich bei der professionellen Zusammenarbeit in Traiskirchen kennengelernt, wo auch weite Teile der Romanhandlung angesiedelt sind. Es ist erwartungsgemäß kein sehr angenehmes Milieu, mit dem der Leser konfrontiert wird, und da reden wir noch gar nicht vom Menschlichen, sondern von einer Innenausstattung, in der gesprengelte PVC-Böden und Neonröhren eine zentrale Rolle spielen. Die kafkaesken Gepflogenheiten der bürokratischen Flüchtlingsverwaltung tun ein Übriges, nur ja keine Heimeligkeit aufkommen zu lassen: „Zwei Erwachsene, zwei Minderjährige, Afghanistan. AIS-Zahlen 0325418 bis 0325421.“



Jurist, Asylrechtsberater und Schriftsteller: Daniel Zipfel.

Foto: Manfred Weis

Um das Paar Blum/Salarzai gruppiert Zipfel etliche zum Teil sehr plastisch gezeichnete Nebenfiguren – einen von der Abschiebung bedrohten syrischen Ornithologen, den versoffenen Betreiber einer Notschlafstelle, eine pestige Amtsleiterin – aber den Drive erhält der Roman im Wesentlichen durch das Zusammen- und Gegegenanderspiel von Blum und Salarzai. Die



...ischen Hafenstadt Izmir darauf, dass ihn ein Menschenschmuggler nach ... hat sein Büro übrigens direkt in diesem Altstadthotel eingerichtet.

Foto: Daniel Eiter

meligkeit

...lert in „Eine Handvoll Rosinen“, ...n sehr beachtliches Romandebüt.

Motive, aus denen die beiden handeln, sind nachvollziehbar, überzeugend und halten den Roman in Schwung bis hin zum überraschenden Schluss, den die Leser quasi noch als Bonustrack geliefert bekommen (kein Spoiler-Alert nötig, der Rezensent verrät nichts). Das Drängende und Hastende der Handlung akzentuiert Zipfel, indem er weder selbst als reflektierender Autor in Erscheinung tritt noch uns viel Einblick in die Reflexionen seiner Figuren gewährt.

Die Stärken dieses Romandebüts liegen auf der Hand: Konstruktion und Milieuschilderung, aber auch der Umstand, dass sich der Autor konsequent jedem sauren Gefühlskitsch und der Versuchung versagt, dem Leser den einen bösen Schuldigen an einer grauenhaften Situation zum Fraß vorzuwerfen, wie dies manch einer ja gerne hat (die Innenministerin ist schuld, die EU ist schuld, die Amis sind schuld usw.). *Eine Handvoll Rosinen* spielt durchgehend in einer Atmosphäre der moralischen Ambiguität, und wer in einer solchen Gutes tun will, wird schnell auf Brecht'sche Art belehrt: „Allein, die Verhältnisse sind nicht so.“ Natürlich kommt auch die Aktualität dem Buch entgegen. In der erschreckendsten, brillant geschilderten, Szene versucht Blum, eine Gruppe erstickungsbedrohter

Flüchtlinge aus einem Kühlaster zu befreien: Die Parallelen zur Tragödie auf der Ostautobahn sind gespenstisch frappant.

Der Roman hat auch seine Schwächen, Zipfels Drang etwa, weit ausführlicher über die Witterungsverhältnisse von 2003 zu informieren, als einem dies lieb sein kann. Die Anzahl der Windstöße, Sturm böen, Nebelschwaden und Regengüsse, die er als meteorologische Staffage für die seelischen Nöte seiner Protagonisten aufbietet, ist entschieden zu hoch.

Stellenweise überkommt einen das Gefühl, das Buch im Regenmantel lesen zu müssen. Auch anderes ist zu dick aufgetragen: Dass Blum ordnungsliebend ist, hat man so bald verstanden, dass man nicht immer wieder darauf hingewiesen werden möchte, desgleichen ist ein ständig wiederkehrendes Rimbaud-Zitat, das durch den Roman geistert, eine eher entbehrliche Zuwaage. Davon abgesehen aber: Ein gutes, informatives und wichtiges Buch zum großen Pallawatsch, in dem wir alle uns gerade wiederfinden.



Daniel Zipfel, „Eine Handvoll Rosinen“ € 19,90 / 240 Seiten. Kremayr und Scheriau, Wien 2015



Ein Haufen Stoff

Das Buch der Stunde: Shumona Sinhas „Erschlagt die Armen!“ über Migration, Entwurzelung, Ortlosigkeit, Versagen, Verzweiflung.

Alexander Kluy

Lange nachdem ich diese Büros verlassen hatte, kamen die Worte zu mir zurück, nachts, in mein leeres Zimmer. Ihr Rauschen füllte den Raum, ließ ihn überlaufen. In manchen Nächten wache ich atemlos auf, als würde ich in der steigenden Flut aus Geflüster, Gemurmel und Geschrei ertrinken.“

Die steigende Flut, das ist die Asylbewerberschar. Deren Erzählungen hat die junge Unheldin von Shumona Sinhas Roman *Erschlagt die Armen!* zu übersetzen. Sie ist Dolmetscherin für französische Aufnahmeprüfungsbehörden. Tagtäglich fährt sie weit hinaus aus Paris – dorthin, wo riesige, heruntergekommene Betonblöcke sind –, um die Elendsberichte und Auskünfte der ins Land Gespülten zu übermitteln.

Attacke in der U-Bahn

Doch heute ist sie selbst die Ausgefragte – die bekennen muss, sich bekennen muss. Sie sitzt in einer Zelle. In der Pariser Métro hat sie, die Dunkelhäutige, einem noch dunkelhäutigeren Migranten eine Rotweinflasche über den Schädel gezogen. Warum? Wie kam es zu dieser Tat? Und konterkariert die Attacke, die Notwehr war (oder doch nicht?) nicht die hehre universelle Solidarität unter den Ärmsten der Armen?

Erschlagt die Armen! ist das Buch der Stunde. Dabei ist es bereits im Jahr 2011 erschienen, in einem ganz kleinen Pariser Verlag, und führte dazu, dass Shumona Sinha fristlos gekündigt wurde.

Bis dahin war sie als Dolmetscherin für französische Asylbehörden angestellt. Die literarische Reaktion auf dieses hochpolitische, zugleich hochliterarische Buch: die Nominierung für einige der wichtigsten französischen Literaturpreise. Und nun die Entdeckung durch die Hamburger Edition Nautilus, einen der wenigen Verlage, die anarchistisches Erbe noch ebenso pflegen wie in der Literatur auch immer das Politische zu finden wissen.

Shumona Sinha kam mit 28 im Jahr 2001 zum Studium nach Paris – und blieb. In Kalkutta geboren, hat sie schon vor ihrer Zeit in Europa für ihre Gedichte Preise bekommen.

Heute schreibt sie auf Bengalisches wie auch auf Französisch. Ein Französisch, das angereichert ist mit Literatur, aber das ganz das ihre ist. Die Sprache ist expressiv, gehämmert, hie und da, selten, schiefe Bilder findend. Manch-



Foto: Patrice Normand

„In manchen Nächten wache ich atemlos auf, als würde ich in der steigenden Flut aus Geflüster, Gemurmel und Geschrei ertrinken“: die in Kalkutta geborene Pariser Autorin Shumona Sinha.

mal herausgeschrien, ungebärdig. Auch rasend verzweifelt: weil kein Halt da ist, nirgendwo, nicht geografisch, nicht gesellschaftlich, nicht emotional. Das Rasen will diesen Dämon namens Wirklichkeit, das Grauen namens Leben, nein: nicht bändigen, eher wegdrücken.

Jede Berührung ein Schrei

Dabei ist dies alles andere als ein „Empört euch!“ soignierter Pensionisten aus großen Altbauwohnungen. Das signalisiert schon die Wahl des Mottos, entlehnt von Pascal Quignard, einem der schwierigeren französischen Gegenwartsauctoren, der derzeit nach und nach hierzulande in neuen Übersetzungen greifbar ist.

Und natürlich der Titel, der so sehr ins Auge springt, der so aggressiv ist und der von Charles Baudelaire stammt, dem Flaneur, dem Liebhaber künstlicher Paradiese, der sich, wie Walter Benjamin anmerkte, auf die Seite der Asozialen schlug, jener Baudelaire, der im Gedicht *Der Schwan* bekannte: „Alles wird mir Allegorie.“

Einfache Fragen gibt es bei Sinha nicht, auch keine simplen Antworten aus den Dunstnebeln über den Stammtischen. Gut? Ist hier keiner, ohne Ausnahme. In anteilnehmenden Fragen der Sachbearbeiter, überfordert, desinteressiert oder zynisch, lauern Widerhaken.

Die Advokaten: scheinheilig, dreist, dumm. Die Antragsteller: gebriefte Schauspieler, die sich in

den eigenen Lügengebäuden nicht auskennen. Die Übersetzerin: als Frau verachtet von reaktionären Männern, bei denen mit Fragen nachzuhaken ihr obliegt.

Dies ist ein Buch, das allen ohne Ausnahme wehtut. Und wann gab es das zum letzten Mal? Eine Prosa, die wirklich schmerzt. Nicht weil sie exhibitionistisch ist oder nihilistisch, weil das gut für die Marketingkampagne ist, sondern weil hier jemand die eigene Haut zu Marke trägt, die ihr abgezogen wird, so dass jede Berührung zum Schrei führt.

Wie heißt es bei Charles Baudelaire: „Die Hoffnung, die besiegte, weint, und die Angst, wild und despotisch, auf den geneigten Schädel pflanzt sie mir die schwarze Fahne“. Die Fahne der Bedrückung, absoluter Enttäuschung, tiefster Leere.

„Lange nachdem ich diese Büros verlassen hatte, kamen die Worte zu mir zurück, nachts, in mein leeres Zimmer. Ihr Rauschen füllte den Raum, ließ ihn überlaufen. In manchen Nächten wache ich atemlos auf, als würde ich in der steigenden Flut aus Geflüster, Gemurmel und Geschrei ertrinken.“



Shumona Sinha, „Erschlagt die Armen!“ Aus dem Französischen von Lena Müller.“ € 18,50 / 128 Seiten. Edition Nautilus, Hamburg 2015

Fluchtgedanken

München, Bilder im Kopf und ein Geruch in der Nase. Eine literarische Erfahrung.

Armin Baumgartner

Ich hatte vor einigen Jahren das Vergnügen, aus beruflichen Gründen in München an einer Veranstaltungselektronikmesse teilzunehmen. Mit Vorbedacht hatte ich mein Rückfahrticket für den vorletzten Messetag gebucht, trat also vorzeitig meine Heimreise mit dem Zug nach Wien an.

Nachdem ich mich im Hotel noch geduscht und von dort mein Gepäck geholt hatte, begab ich mich zum Münchner Bahnhof. Gegen 22 Uhr dort angekommen, stieg mir am Eingang ein unangenehmer Geruch in die Nase.

Da sah ich sie schon, die vielen

Menschen, die allein oder in Pärchen auf den Bahnsteigen lagen. Sie trugen fremdartige Kleidung, hatten nur das Allernötigste bei sich wie etwa Getränke und Handtaschen und Mobiltelefone und schiefen ohne Unterlage verstreut auf dem nackten Asphalt, sodass ich zum Teil über sie drübersteigen musste, um zu meinem Perron zu gelangen.

Sie verströmten einen intensiven Geruch, der vermuten ließ, dass sie sich schon längere Zeit nicht mehr waschen

konnten. Ich war unangenehm berührt, wollte nur so schnell wie möglich heim nach Wien. Um selbst mit diesen Bildern im Kopf während der Heimreise auch etwas Schlaf finden zu können, wollte ich mir beim Kiosk nebenan noch Bier besorgen.

Der Verkäufer sagte mir jedoch, er bedaure, aber es dürfe heute ab 22 Uhr im gesamten Bahnhofsgelände aus Sicherheitsgründen kein Bier mehr verkauft werden: Es war der Tag des Beginns des Oktoberfests.



Armin Baumgartner. Foto: Daniela Otto

Und wenn es nur ein Teppich ist

Die deutsche Soziologin **Yana Milev** beschäftigt sich mit Emergency Design, also mit Entwurfsstrategien in Zeiten der Krise. Gibt es die perfekte Notunterkunft für Flüchtlinge? Ja. Man muss nur die kulturellen Codes respektieren.

INTERVIEW: Wojciech Czaja

STANDARD: Sie haben bulgarische Wurzeln und sind in der DDR aufgewachsen. Wie haben Sie die Flüchtlingsdebatte und die damit verbundene Asylquartierkrise der letzten Wochen miterlebt?

Milev: Es hat mich emotional sehr mitgenommen. Wenn auch aus ambivalenten Gründen. Einerseits hat es mich berührt zu sehen, welche Zivilcourage die Österreicher und Deutschen entwickelt haben, um sich für die Flüchtlinge aus Syrien zu engagieren. Andererseits habe ich beobachtet, welchen Nationalismus und welche Härte die Länder in so einer Notsituation an den Tag legen. Ich habe die Souveränität des Wohlfahrtsstaates vermisst. Hier ist das Modell scheinbar an seine Grenzen gestoßen.

STANDARD: In Österreich werden die Flüchtlinge in Zelte und Container gesteckt.

Milev: Sofern ein Land nicht über perfekt aufbereitete Lager samt der nötigen Infrastruktur verfügt, kann ich nur sagen: Zeltstädte und improvisierte Containersiedlungen sind prinzipiell eine sehr gute und effiziente Methode, um rasch auf Not zu reagieren und in kürzester Zeit zehntausende Menschen aufzunehmen – sofern gewisse Spielregeln beachtet werden. Das zeigen die UN-Flüchtlingslager in Jordanien, aber auch Japans prompt organisierte Notunterkünfte nach Fukushima.

STANDARD: Wie lauten denn diese Spielregeln?

Milev: Obdach, Infrastruktur wie etwa Duschen und WC sowie Versorgungsmöglichkeiten von außen mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten. Das ist einmal die Hardware. Die Software allerdings ist mindestens genauso wichtig. Und damit meine ich einerseits Bewegungsspielräume wie etwa ein Teppich, ein Blumenbeet vor dem Zelt, ausreichend Platz zum Kochen, Essen, Schlafen sowie Sportflächen. Andererseits Handlungsspielräume für kulturelle Codes, etwa für kollektive Rituale, für Religion, für Musik, für einfache Tauschgeschäfte, für Dienstleistungen im temporären Alltag – und sei es nur ein Friseur, der einem nach ein paar Wochen die Haare schneidet.

STANDARD: Ganz alltägliche Dinge also ...

Milev: Im Grunde genommen muss ein Auffanglager für Flüchtlinge all jene Möglichkeiten bieten, die sich in informellen Siedlungen aller Art – so wie etwa in

Slums – ganz von allein entwickeln, wenn man sie nur lässt. Die Erfahrung zeigt, dass diese Spielräume extrem wichtig sind.

STANDARD: Weil?

Milev: Weil die Menschen ihre eigene Kreativität ausleben können müssen, damit sie sich, wenn sie schon kein monetäres Kapital haben, zumindest auf ihr soziales und kulturelles Kapital stützen können, damit sie nach ein paar Wochen nicht durchdrehen und sich nicht gegenseitig umbringen. Die Pflege der Kultur, die Aufrechterhaltung eines gewissen Alltags machen die Menschen psychisch immun.

STANDARD: Haben Sie das Gefühl, dass diese Mindeststandards in den Erstaufnahmezentren und Asylquartieren eingehalten werden?

Milev: Da traue ich mir kein Urteil zu. In den Medien hat man diesen Eindruck jedenfalls nicht vermittelt bekommen.

STANDARD: In Ihrem Buch „Emergency Design“ schreiben Sie, dass gesicherte innere Wohnraumverhältnisse am Anfang aller Architektur- und Designstrategien stünden. Ab wann kann man von einem solchen gesicherten inneren Wohnraum sprechen?

Milev: Sobald die Menschen einen Hauch von Hoffnung und Sicherheit spüren und anfangen, sich wohlzu-

fühlen. Dazu braucht es eigentlich gar nicht viel. Haben Ungarn, Österreich und Deutschland das bieten können? Da bin ich mir nicht sicher ...

STANDARD: Sind Ihnen positive Beispiele für Notunterkünfte bekannt, wo es gelungen ist, rasch, billig, effizient und dennoch hochwertig zu handeln?

Milev: Da gibt es viele gute Beispiele. Ich denke etwa an den Wiederaufbau von New Orleans nach dem Hurrikan Katrina, an die Flüchtlingslager der UN, an ein Kunstprojekt von Daniel Kerber in Saatar, das größte Flüchtlingscamp der Welt, oder etwa an den Flat Pack Shelter, den Ikea für die UNHCR entwickelt hat. Die Erfahrung ist da, das Know-how ist da, man soll die Menschen nicht unterschätzen.

STANDARD: Es gibt einige Unternehmen, die sich darauf spezialisiert haben, schnellen, kostengünstigen, modular aufgebauten Wohnraum zu schaffen, der sich später sehr leicht für andere Nutzungen adaptieren lässt. Wäre das nicht nachhaltiger?

Milev: Ich finde es beeindruckend, wie sich hier im Laufe der Zeit ein eigener Marktweig entwickelt hat. Nur allzu verständlich! Die Anmietung von

Containern ist ja auf Dauer auch nicht gerade billig. Und ich denke, dass sich hier in den kommenden Jahren eine eigene neue Industrie mit Mehrweghäusern und recycelbaren Einwegunterkünften etablieren wird.

STANDARD: Noch mehr, als das heute schon der Fall ist?

Milev: Ja. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund – weil der Notfall keine einmalige Sache mehr ist. Seit den Neunzigerjahren sind wir mit Naturkatastrophen und politischen und wirtschaftlichen Desastern in einer wahrnehmbar erhöhten Frequenz konfrontiert. Notfälle und Emergencies stehen mittlerweile auf der Tagesordnung. Wir bräuchten längst schon eine Industrie, die sich auf Container- und Zeltsiedlungen spezialisiert, die auf Knopfdruck aufgebaut und aktiviert werden können.

STANDARD: Was ist mit Immobilienleerstand? Laut einer Untersuchung der britischen Tageszeitung „The Guardian“ stehen in der EU mehr als elf Millionen Häuser und Wohnungen leer. Allein in Deutschland sind es über 1,8 Millionen ungenutzte Objekte.

Milev: Das ist mehr, als ich zu glauben gewagt hätte. Schwierig! Die Zurückhaltung von leerstehenden Immobilien ist ein enormes Problem der Kapitalgesellschaft. Leider wird das Zurückhalten der privaten Ressourcen umso stärker, je prekärer die Situation,

je größer die Krise ist. Bei den Privaten sehe ich also schwarz.

STANDARD: Und was ist mit der öffentlichen Hand? Wäre es nicht volkswirtschaftlich sinnvoller, sich kurzfristig in diesen Leerstand einzumieten, anstatt das Geld für Zelte und Container auszugeben? Lässt sich so ein System nicht entwickeln?

Milev: Theoretisch ist das möglich. Hier muss man an die politische Ebene sowie an die NGOs appellieren. Doch praktisch halte ich die Aktivierung von Immobilienleerstand für einen sehr langen, steinigen Weg. Leider. Der beste Ansatz wäre hier noch die Nutzung leerstehender Kasernen. Davon gibt es in Österreich und Deutschland ja eine Menge.

STANDARD: Abschlussfrage: Was ist Ihr Wunsch für hier und jetzt?

Milev: Danke für diese Frage! Ich wünsche mir, dass wir uns auffaffen, die Institutionen – vor allem die politischen – zu übergehen, denn diese haben auf weiter Flur versagt. Wir müssen selbst losgehen und handeln. Jetzt sofort. Und wir müssen anfangen, Eigenkapital zu investieren. Und wenn es nur ein bisschen unseres Reichtums ist. Das ist unsere Verantwortung.

Yana Milev, geboren in Leipzig, ist Kulturphilosophin, Soziologin und Kuratorin. Sie ist Forscherin am Seminar für Soziologie (SFS) sowie Dozentin an der School of Humanities and Social Sciences (SHSS) an der Universität St. Gallen. 2015 gründete sie das Klypton3000 Institut für Gesellschafts- und Zukunftsforschung. 2011 erschien ihr Buch „Emergency Design“ (Merve-Verlag).



Fotos: Architekten

Kann Low-Budget-Bauen auf die Schnelle auch würdig sein? In der roten Containersiedlung in Bremen-Walle haben die Architekten Feldschneiders+Kister auf die Wünsche, Anforderungen und alltäglichen Abläufe der Flüchtlinge reagiert. 180 Menschen finden hier, gruppiert um eine Art Dorfplatz, ein temporäres Zuhause.



Yana Milev: „Alltagskultur ist extrem wichtig.“

Foto: privat

